E 2814

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 8-9/09 Jahrgang 58

ver.di

Zeitungssparen

Dicke Luft in deutschen Verlagen

inhalt

Screenshot: www.deutschland2430.de

titelthema: zeitungssparen

8 **Dicke Luft in deutschen Verlagen**
Von Günter Frech

10 **Zauberwort Synergien**
„Einer für alle" – Motto für Qualitätssteigerung und Kosteneffizienz

12 **Großer Verzicht für Belegschaft**
Jahresleistung und Urlaubsgeld im Nordbayerischen Kurier gestrichen

M Archiv im Web
http://mmm.verdi.de/archiv
(Internetarchiv beginnt 1996)

aktuell

4 **dju-Fotografentag am 10. Oktober in Hannover**

4 **Meldungen:** Journalistentag, Presseausweise, ver.di-Personalien, connexx-Veranstaltungen, Selbstständige, Dokumentation Schweriner Pressetag.

5 **Tarifabschlüsse für Verlagsangestellte**

5 **Recherchereise nach Israel**

kolumne

6 **Im Namen der Rendite**
Fragliche Verlegerforderung nach Leistungsschutzrecht

porträt

7 **Räte mit mehr Verantwortung**
Ulrike Fürniß sitzt seit neun Jahren im NDR-Rundfunkrat

20 jahre danach

14 **Kurzer Frühling**
DDR-Traditionstitel in der Hand Westdeutscher Großverlage

15 **Einfalt statt Vielfalt?**
Qualitätsjournalismus in Mecklenburg-Vorpommern weggespart

Foto: Kurt Hamann / M Archiv

journalismus

18 **Guerilla im Kornfeld**
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft schickt Journalisten auf Deutschlandtour

19 **Mit WonAIR zur Wahl**
Radio-Kampagne der Bundeszentrale für politische Bildung

19 **Qualität mit Zukunft – Zukunft mit Qualität**
– Herbstforum von IQ

20 **Qualität und Krise**
Baden-Württemberger fordern kritische Recherche ein

20 **Schon entdeckt? Antifaschistisches Infoblatt**

rundfunk

21 **Operation am offenen Herzen**
Mit ALEX fegt ein frischer Wind durch den Offenen Kanal Berlin

22 **Erfolgreicher Tarifabschluss für NDR-Freie**

22 **Nur ein erster Schritt**
Als letzte ARD-Anstalt verhandelt RBB über Gehälter und Honorare

23 **Fair Radio**

online

23 **Mehr, moderner und subtiler**
Rechtsextremes Angebot im Internet wächst

film

24 **Betriebsratswahl im Kino verhindert**
Initiatoren gekündigt

24 **Tatort Drehort**
Debatte über Arbeitszeiten am Set zum Filmfest in München

25 **Tarifrunde für Filmproduktionen vertagt**

25 **Kinobeschäftigte gehören ins Licht**

25 **Filmrezension: Hunger**

recht

26 **Verfassungsgericht schränkt Pressespiegel-Haftung ein**

26 **Rechtswidrig**
Kein angemessenes Honorar durch Total-Buy-out-Verträge

27 **Freche Kopien**
Urheberrechte im non-fiktionalen TV-Bereich auf dem Prüfstand

kommentiert &

Betrugsszenarien

Von Steffen Grimberg | Nicht jeder scheint mit dem Fulltimejob einer verantwortlichen Redakteurin für den Bereich Fernsehfilm bei einer ARD-Anstalt voll ausgelastet zu sein, auch das legt der Fall Doris Heinze nah: Nach bisherigem Sachstand hat die langjährige NDR-Fernsehspielchefin über Jahre ausreichend Zeit gefunden, ihrem eigenen Haus eigene Drehbücher und Treatments unter diversen Pseudonymen unterzujubeln. Seit die *Süddeutsche Zeitung* den Fall Ende August publik machte, wird im Tagesrhythmus scheibchenweise mehr und mehr zugegeben. Selbst ob sich hinter dem Pseudonym „Niklas Becker" tatsächlich, wie bislang behauptet, Heinzes Ehemann oder doch wieder sie selbst verbirgt, ist mittlerweile fraglich. Immerhin beim Motiv sieht man jetzt klarer: Zumindest teilweise geht es ganz schnöde ums liebe Geld. Hätte Heinze – was ihr laut NDR ohne weiteres möglich war – die Drehbücher unter eigenem Namen verfasst, hätte sie laut ARD-Haushonorar-Regel nur die Hälfte bekommen. Die Fernsehspielchefin hat den NDR betrogen – und damit den Gebührenzahler.

Im Fall Heinze geht es aber um mehr. Heinze hat auch die Zuschauer, die Kunst betrogen. Für künstlerische Arbeit ist ein hoher Grad an Unabhängigkeit unerlässlich. Kreatives Schaffen braucht Freiräume. Beides hat Heinze schamlos ausgenutzt und zusätzlich ihr Standing in der Branche offenbar als Druck- und Drohmittel gegen diejenigen in die Waagschale geworfen, die kritische Fragen gestellt haben.

Natürlich hat es ein Geschmäckle, wenn es hinterher mal wieder alle schon immer gewusst oder wenigstens geahnt haben. Gerade in diesem Geschäft mit der Kreativität kommt es aber vor allem auf persönliche Geschmäcker, Ansprüche, Qualitätsdefinitionen und auch gute Kontakte an, damit aus einer Idee ein Drehbuch und aus dem Drehbuch ein Film wird. Die Macht ist dabei ungleich verteilt: Sie liegt bei den Großredakteuren wie Heinze – und bei einigen wenigen großen Produzenten. Und: Man kennt sich in dieser Branche sehr gut. Auch deshalb hat die aktuelle Empörung bei diversen ARD-Granden, warum denn nie jemand vorher Zweifel angemeldet habe, etwas naiv-rührendes. Dass sie so leise vorgetragen wird, zeigt, dass die hohen Herren das auch selbst wissen.

Hinter dem Fall Heinze steckt System. Es gilt für die ganze Branche, für Private wie Öffentlich-Rechtliche. Es ist überall möglich. Dass die ARD-Verantwortlichen trotzdem nicht einmal Handlungsbedarf für ihren Verbund erkennen wollen, ist pures Hinhalten. Es wird sich spätestens dann rächen, wenn aus dem Fall Heinze ein Tatort ARD geworden ist.

Foto: Harald Neuber

editorial

Synergieeffekte?

internationales

28 Abbau und Umbau bei Tamedia
Züricher Tages-Anzeiger streicht ein Viertel der Redakteursstellen

30 Tumult im Parlament
Heftige Proteste gegen neues Mediengesetz in Korea

30 Aktion für Dhondup Wangchen, China

31 EURO-MEI in Rom
Neuer Vorstand gewählt

31 Zeitung verboten
Iranische Journalisten und Oppositionelle verhaftet und gefoltert

32 Im Visier der Putschisten
Honduras: Zunehmende Brutalität gegen Demokratisierung

Angebote der dju
http://dju.verdi.de

rubriken

33 Service
36 Impressum
37 Leute / Preise

Gegen Synergieeffekte – die ja das Ergebnis von Synergien sein sollen – also gegen positive Wirkungen, die sich aus dem Zusammenschluss oder der Zusammenarbeit von Unternehmen ergeben, ist generell nichts einzuwenden. Auch Medienkonzerne, ob die Südwestdeutsche Medienholding, Neven DuMont Schauberg, Bertelsmann / Gruner+ Jahr, WAZ (Titel S. 8 – 12) sprechen derzeit häufig von Synergien und Syndikation. Sie sind dabei, ihre Produkte entsprechend umzugestalten, umzuorganisieren. Warum nicht?

Aber worin bestehen die positiven Wirkungen? In jedem Fall in der Kostenersparnis: Weniger Redakteure, Leiharbeit, Auslagerung in tariffreie Gebiete – Gehälter eingespart. Magere Honorare – einmal bezahlt für Mehrfachverwendungen und durch geringere Auftragsvergabe – Honorare eingespart. Weniger Büroräume etwa für weniger Korrespondenten – Sachmittel eingespart (S. 11). Gleichfalls sehen Verleger derlei positive Wirkungen auch für die Qualität und sogar die Pressevielfalt. Freiwerdende Mitarbeiter könnten mehr exklusive Geschichten recherchieren, heißt es da zum Beispiel bei DuMont Schauberg und auch beim Tages-Anzeiger im Schweizer Verlagshaus Tamedia. (S.28 / 29) Wie das gehen soll mit einer sehr viel geringeren Anzahl von Redakteuren, bleibt nebulös. Realität ist wohl eher eine enorme Arbeitsverdichtung für die Verbliebenen. Dennoch bringen viele Freie ihre Geschichten nicht mehr unter, haben erhebliche Einkommenseinbußen. Recherchezeit etwa für die Autoren eines Schreiber-Pools, bei DuMont angedacht, ist eine schöne Sache. Aber wie arbeitet der „Rest" in der Tagesproduktion ohne Zeit für Recherche?

Unter Qualität und Vielfalt, ist etwas anderes zu verstehen. Erscheint jetzt der Artikel einer Korrespondentin wortgleich in vier Titeln und Online, waren es zuvor mindestens vier unterschiedlich geschriebene Beiträge. Das heißt, möglicherweise mit unterschiedlicher Auswahl und Gewichtung der Fakten, mit jeweils anderen Stimmen / O-Tönen, verschiedenen Schreibstilen und bei Meinungsbeiträgen auch mit abweichenden Sichten und Argumenten. Das war Vielfalt! Ein weiterer Aspekt: Wer wird zitiert über die Region hinaus? Nicht unbedingt die ansässige Zeitung in Frankfurt, wenn das Gleiche in der Online-Ausgabe einer Kölner-Zeitung steht. Eine interessante Perspektive hatte dieser Tage ein Nutzer des heiß umkämpften Medienmarktes der Hauptstadt: Abonnent der Berliner Zeitung und der Frankfurter Rundschau, müsse er ja künftig nicht mehr beide haben, wenn das Gleiche drin steht. Anstatt der Berliner könnte ich ja dann wieder Tagesspiegel lesen, meinte er. So werden Marken beschädigt!

Zur Betrachtung der deutschen Medienlandschaft dieser Tage gehören 20 Jahre nach dem Mauerfall die einstigen DDR-Titel – wo sind sie geblieben? Mit einer vierteiligen Serie beschreibt M bis zum Jahresende den Weg jener Medien, die zum größten Teil nach dem November 1989 nur ein kurzes Frühlingserwachen erfuhren – erster Teil Mecklenburg-Vorpommern (S. 14 – 16).

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

aufgespießt

Risiko Journalist

Von Peter Nowak | Die Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Berlin war für die meisten Zeitungen der Sommerlochfüller 2009. Nur die linksliberale *tageszeitung* verzichtete auf eine Life-Berichterstattung von der WM aus Protest gegen die rigiden Akkreditierungsbedingungen. Denn Journalisen mussten, wenn sie von dem Sportereignis berichten wollten, ihr Einverständnis zu einer polizeilichen Sicherheitsüberprüfung geben. Das für die WM-Akkreditierung zuständige Berlin Organising Committee GmbH (BOC) stellte beim Berliner Polizeipräsidenten eine Anfrage, ob Erkenntnisse über den jeweiligen Journalisten vorliegen. Dabei werden sowohl Landes- als auch Bundesdatenbanken abgefragt. Zusätzlich erfolgt eine Anfrage bei den Verfassungsschutzämtern von Berlin, dem Bundesverfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt.

Wer diese Totalüberprüfung verweigerte, bekam vom BOC keine Akkreditierung, wie die beiden-Sportjournalisten der *taz* Andreas Rüttenauer und Markus Völker. Ihnen ist es gelungen, eine Debatte über die immer mehr um sich greifende Durchleuchtungspraxis auch bei Journalisten anzustoßen. Schnell wurde deutlich, dass die Einlassbedingungen bei der Leichtathletik-WM nicht nur den *taz*-Korrespondenten aufgestoßen waren. Dass sich andere Journalisten nicht an dem Boykott beteiligten, belegt den Druck, dem sie ausgesetzt sind. Wer kann es sich schon leisten, einen solchen Auftrag zu verlieren? Unterstützung bekam die *taz* von Politikern der Grünen, von Datenschutzbeauftragen und Journalistenverbänden.

Enttäuschend ist dagegen die Reaktion der Berliner Landesregierung. Richard Meng, der Sprecher von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit, erklärte, dass Zuverlässigkeitsüberprüfungen auch bei anderen internationalen Großveranstaltungen üblich seien, und bezeichnete die Weigerung der *taz*, als „eine etwas alberne PR-Aktion". Dabei hatte Meng als langjähriger Journalist der *Frankfurter Rundschau* in seinen Artikeln durchaus den Wert von Datenschutz hochgehalten.

2011 wird mit der Frauen-Fußball-Weltmeisterschaft ein weiterer großer Sportevent in Berlin stattfinden. Wieder wird eine Privatfirma für die Akkreditierung der Journalisten zuständig sein. Deren Sprecher Stephan Eiermann hat allerdings schon angekündigt, sich die Richtlinien der Leichtathletik-WM nicht zum Vorbild zu nehmen und kein Interesse an Journalistenüberprüfungen zu haben. Wenn es nicht bei schönen Worten bleibt, wäre das ein nachträglicher Erfolg für die *tageszeitung* und könnte vielleicht auch andere Kollegen zu mehr Zivilcourage ermutigen.

dju-Fotografentag 09: „Grenzüberschreitungen“ am 10. Oktober 2009, von 10 bis 17 Uhr

Ort: Fachhochschule Hannover, Fachbereich Design und Medien. Hörsaal Kurt-Schwitters-Forum, Expo Plaza 2, 30539 Hannover

- Mein Gesicht gehört mir immer? Recht im Alltag / Persönlichkeitsrechte – Grenzen für journalistische fotografische Arbeit?
  Referent: RA Wolfgang Schimmel, ver.di
- Alles meins! Oder: Hier endet der öffentliche Raum und die Pressefreiheit! Eigentumsgrenzen / Panoramafreiheit – was dürfen wir als Journalisten fotografieren?
  Referent: RA Prof. Christian Donle
- Grenzenlos: Neue Möglichkeiten für Fotojournalisten mit neuer cross-medialer Technik. Audio, Video, Internet als neue Präsentationsmöglichkeiten.
  Referent: Stefan Sobotta

Bilder am Bauzaun: Die Teilnehmer können wieder eigene Fotos mitbringen - möglichst zum gleichen Thema, die wir dort ausstellen und die in den Pausen zu Diskussionen und Austausch, zum Kennenlernen und Vernetzen anregen sollen.

Die Veranstaltung ist für die Teilnehmer kostenlos. Reisekosten werden nicht erstattet.
Bitte anmelden per E-Mail: andje.raudszus@verdi.de, Fax 030 / 69 56 36 57, Post: ver.di Bundesverwaltung, Fachbereich 8, Ressort 4, dju, 10 112 Berlin
http://dju.verdi.de/fotografen/fotografentag_09

dju. Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union

Journalistentag | Der 23. Journalistentag 2009 wird am 28. November den „Wert unserer Arbeit“ (heute und in Zukunft) zur Diskussion stellen. Das Programm und die konkrete Einladung werden in der nächsten M veröffentlicht und natürlich auf der Website der dju http://dju.verdi.de.

Presseausweise | Mit der aktuellen Ausgabe «*M*» liegt wieder ein Antrag für den Presseausweis in der *publik* bei. Ab 15. September steht er auch online auf der dju-Webseite. Ab 1. Oktober werden die Anträge in den Ländern bearbeitet. Am 1. Dezember beginnt der Versand der Ausweise.

Publik-Personalie | Henrik Müller, 54, ist seit 1. Juli stellvertretender Chefredakteur der ver.di-Mitgliederzeitung *Publik*. Mit 19 Jahren als Redaktionsvolontär in den Betriebsrat der *Siegener Zeitung* gewählt, mit 24 Jahren Lokalchef und stellv. Betriebsvorsitzender bei der *Hagener Westfalenpost*, arbeitet der Journalist seit mehr als 27 Jahren hauptberuflich für die Gewerkschaftspresse: zunächst als Redakteur der *feder*, Zeitschrift der IG Druck und Papier für Journalisten und Schriftsteller, einer Vorgängerpublikation von *M*, seit 1996 verantwortlich für *Druck+Papier*.

Leiter in Lage-Hörste | Holger Menze (61), bereits von 1979 bis 1992 erfolgreicher Chef der damals als „Institut für Arbeitnehmerbildung“ (IfAB) firmierenden Bildungsstätte der IG Druck und Papier (später IG Medien), zeichnet ab 1. September wieder für die inhaltliche und wirtschaftliche Ausrichtung des Heinrich-Hansen-Hauses verantwortlich. Von 1992 bis 2001 hatte Menze in Hannover den Landesbezirk Niedersachsen/Bremen der IG Medien und von 2001 bis 2007 in der Berliner ver.di-Zentrale die Bereiche Erwerbslose und Migration geleitet.

Filmschaffende | Zu einer Veranstaltung zu den Themen „Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz für Filmschaffende“ lädt connexx.av in Kooperation mit dem Institut für Schauspiel, Film- und Fernsehberufe (iSFF) und dem Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGetSi) am 26. September von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr nach Berlin ein. Ort: Filmstudio iSFF, Linienstraße 162, 10115 Berlin. Moderation: Monika Schopp (Vorstandsmitglied BVR), Kathlen Eggerling, (Projektmanagerin connexx.av), Teilnahmegebühr: 20 Euro. Referentinnen und Referenten: Olaf Hofmann (Projektmanager connexx.av), Alexandra Hölzer (RAin, Medienrecht); Monika Zachert (LAGetSi) Bitte umgehend anmelden:
Kathlen.Eggerling@connexx-av.de, Fon 030 / 88 66 54 16

Connexx im Rhein-Main-Gebiet | Die Veranstaltungsreihe für Medienschaffende von connexx.av in Kooperation mit dem Medienforum Rhein-Main wird im zweiten Halbjahr 2009 fortgesetzt. Veranstaltungen: am 26. Oktober „Infos rund um die Künstlersozialkasse“, am 23. November „Ausbildung in der Medienbranche“.

Beginn ist jeweils um 19 Uhr, Veranstaltungsort ist das Cafe Bistro Wiesengrund, Finkenhofstrasse 17 in Frankfurt am Main. Die Teilnahme ist kostenlos, eine vorherige Anmeldung nicht erforderlich. Für den 27. September ist zusätzlich um 11 Uhr ein „Filmfrühstück“ geplant. Es kostet für Nichtmitglieder 10 Euro, für Mitglieder wird dieser Beitrag übernommen. Für das Frühstück bitten wir um eine Anmeldung. Weitere Fragen an:
Conny Dörries von connexx.av Frankfurt, Fon: 069 / 25 69 15 24, E-Mail: frankfurt@connexx-av.de, www.connexx-av.de

Selbstständige | Post bekommen? Das Referat Selbstständige hat in den letzten Tagen alle ver.di-Mitglieder angeschrieben, die selbstständig oder freiberuflich arbeiten. Wir bitten alle, die keine Post erhalten haben, sich – am liebsten unter Angabe der Mitgliedsnummer – zu melden. Per Post an ver.di – Referat Selbstständige, 10112 Berlin, Fax an: (030) 69 56 – 36 46, Mail an: selbststaendige@verdi.de

Dokumentation Schweriner Pressetag | Die Initiative „Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern.“, die von ver.di gemeinsam mit Partnern getragen wird, hat die Dokumentation des Pressetages in Schwerin von Anfang Mai vorgelegt. Im Schloss der mecklenburg-vorpommerschen Landeshauptstadt diskutierten Wissenschaftler, Journalisten und Politiker über die Situation der Tageszeitungen im Nordosten und Möglichkeiten, deren Qualität zu sichern. Der Band kann auf der neu gestalteten Webseite der Initiative bestellt oder als PDF heruntergeladen werden: www.qualitaet-und-vielfalt-sichern.de.

Tarifabschlüsse für Verlagsangestellte

In der Gehaltstarifrunde für Angestellte in Zeitungs-, Zeitschriften und Buchverlagen in den Ländern sind fünf Abschlüsse erzielt worden. Im herstellenden Buchhandel / Zeitschriften- und Buchverlagen Baden-Württemberg wurde für die Angestellten einschließlich Azubis eine tabellenwirksame Erhöhung von 1,9 Prozent mindestens jedoch 50 Euro ab dem 1. Mai 2009 vereinbart. Dazu kam eine Einmalzahlung von 140 Euro (Azubis 50 Euro) im Juli 2009. Die Laufzeit endet am 31. Juli 2010.

In Bayern wird das Gehalt für die Angestellten in Buchhandel und Buchverlagen um 1,5 Prozent (mindesten 36 Euro) ab 1. August 2009 erhöht, in den Zeitschriftenverlagen um 1,1 Prozent ab 1. Juni 2009. Die Tarifverträge gelten 12 Monate bis zum 31. März bzw. bis zum 30. April 2010.

Für die Angestellten der Zeitungsverlage und -druck Tarifbereich „Küste“ gibt es ab 1. April des kommenden Jahres 1,6 Prozent mehr Gehalt. Die Einmalzahlung von 250 Euro (Azubis 120 Euro) wird im September 2009 ausgehändigt. Der Tarifvertrag gilt bis 31. März 2011. Die Angestellten der Zeitungsverlage in Hamburg erhalten 2 Prozent mehr Gehalt ab 1. Mai 2010. Eine Einmalzahlung von 280 Euro gibt es im Oktober 2009. Als Laufzeitende wurde der 30. Juni 2011 festgelegt.

Die 2. Verhandlungsrunde für Angestellte in Zeitungsverlagen in Rheinland-Pfalz / Saar endete ohne Angebot der Arbeitgeberseite. Am 2. Oktober ist der nächste Termin.
Ausführlichere Informationen: http://tarif-druck.verdi.de ■

Recherchereise nach Israel: 31.10. – 8.11.09

Der ver.di Fachbereich Medien und die dju bieten eine 8-tägige Reise für ihre Mitglieder aus den Medienberufen und dem Journalismus nach Israel an vom 31. Oktober bis 8. November 2009. Deutschsprachiger Reiseführer, Verständnis der englischen Sprache hilfreich. Im Reisepreis enthalten sind acht Übernachtungen im Doppelzimmer in Mittelklasse-Hotels, Halbpension, Transport hin / zurück zu den Programmpunkten, Reiseleitung durch ver.di und Keshet – The Center for Educational Tourism, in deutscher und englischer Sprache. Bitte beachten: Für eine Einreise nach Israel ist ein gültiger Reisepass (mind. 6 Monate vor Ablauf) notwendig. An- und Abreise nach Israel auf eigene Kosten. Der Preis staffelt sich je nach Teilnehmerzahl: 15 Teilnehmer: 1110,- Euro pro Person im DZ; 20 Teilnehmer: 990,- Euro p.P./Dz; 25 Teilnehmer: 920,- Euro p.P./Dz; Einzelzimmerzuschlag: 360,- Euro.
Reisebegleiter in Israel ist Samson Altman-Schevitz (ver.di-Mitglied) www.keshetisrael.de. Ansprechpartner in Deutschland: Jörg Reichel – Gewerkschaftssekretär;
E-mail: risau@bb.verdi-bub.de

Anzeige

Im Namen der Rendite

Fragliche Verlegerforderung nach Leistungsschutzrecht

Von Rüdiger Lühr | Geld verdienen im Internet – das wollen viele. Die deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverlage versuchen es seit mehr als einem Jahrzehnt, teils mit Millioneninvestitionen, die aber selten Rendite brachten. Andere machen das Milliardengeschäft, so Google. Angesichts „Werbekrise“ und sinkender Auflagezahlen verlangen deutsche Verleger – von ihren Medien protegiert – ein größeres Stück vom Kuchen. Sie fordern ein Leistungsschutzrecht und finden Gehör. Doch wer soll zahlen?

Die Medienkampagne „Leistungsschutzrechte für Online-Angebote“ wurde am 22. April 2009 von Mathias Döpfner zur Springer-Hauptversammlung gestartet. „Eine Arbeitsteilung, dass die einen mit hohem Aufwand Inhalte produzieren und die anderen diese im Netz kopieren und vermarkten, ohne dafür zu bezahlen, wird auf Dauer nicht funktionieren“, ließ der Vorstandsvorsitzende verbreiten. Diese „Gesetzeslücke“ müsse dringend geschlossen werden. Schon am nächsten Tag folgten Berichte über die Zustimmung weiterer Verlagschefs. Am 7. Mai appellierte die Delegiertenversammlung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger „einmütig“ an die Politik, den Weg für ein Leistungsschutzrecht freizumachen. Noch am selben Tag erklärte Bundesjustizministerin Zypries, in der nächsten Legislaturperiode wolle man das Leistungsschutzrecht für Verlage auf die Tagesordnung setzen.

Eine gut organisierte Kampagne! Schon länger reisen zwei Herren des Springer-Konzerns durch die Republik, um für Unterstützung zu werben. Auch bei den Mediengewerkschaften und -verbänden wurde angeklopft.

Nachdem ein Leitartikel von Konzernchef Hubert Burda in der FAZ vom 30. Juni 2009 („Wir werden schleichend enteignet“) eine Riesenwelle von Berichten und Diskussionen in Print und Online auslöste, mochte denn auch DJV-Vorsitzender Michael Konken nicht länger abseits stehen. Seine Forderung nach Maßnahmen des Gesetzgebers gegen die „Gratis-Kultur des Internets“ plus Angebot einer „konzertierten Aktion gegenüber Google“ fand große Resonanz. Allerdings weniger bei den Verlegern, zu denen er ins Boot steigen wollte. Nicht zuletzt unter dem Eindruck im Netz verkündeter Austritte aus dem Journalisten-Verband, ruderte er zwei Wochen später zurück. Man müsse auch die Internetrechte der Freien berücksichtigen, äußerte Konken – natürlich ebenfalls in der FAZ, die sich mit vielen Zeitungsseiten und einer eigenen Rubrik im Internet als Leitmedium der Debatte über und den ebendort gestarteten „Heidelberger Appell“ gegen das „Google Settlement“ (M 1–2 und 6–7/2009) profiliert.

Wieso Google?

Das erklärt auch, dass seit Burdas Artikel Google im Mittelpunkt steht. Vorher hatte die Suchmaschine in der Verleger-Debatte keine Rolle gespielt. Denn es geht ja um ein Leistungsschutzrecht für Verlage.

Erstens zahlt Google nicht erst seit dem „Book Search Settlement“ für urheberrechtliche Nutzungen. Um Nachrichten in „Google News“ direkt anzuzeigen, hat der Internetkonzern bereits 2007 Lizenzvereinbarungen mit amerikanischen und britischen Nachrichtenagenturen abgeschlossen, im März 2009 mit acht weiteren europäischen. Verhandelt wird mit dpa. Auch YouTube zahlt.

Zweitens sind nach deutschem Recht weder Links auf Online-Artikel noch Snippets (Kurztexte in den Such-Ergebnissen) urheberrechtliche Nutzungen. Ein gesetzlicher Verleger-Leistungsschutz hätte also null Auswirkungen gegenüber Google. Außerdem brauchen die Verlage die Suchmaschine, damit ihre Online-Angebote gefunden und genutzt werden. Um Google zu boykottieren, reicht eine einfache Zeichenfolge im Quellcode (<meta name ="googlebot“ content="noindex“>). Das aber will kein Verlag.

Burdas Forderung nach einem „Recht, an den Erlösen der Suchmaschinen zu partizipieren“, wurde denn auch als „Hilferuf“ gewertet oder als „genauso absurd, wie von Kioskbesitzern eine Abgabe dafür zu verlangen, dass der Focus in der Auslage liegt.“

„Burdas Google-Bashing“ ist nur populäres Mittel zum Zweck. Worum es geht, schrieb der Präsident des Zeitschriftenverleger-Verbandes nämlich auch: Verlage brauchen „das ausschließliche Recht auf Vervielfältigung, Verbreitung, öffentliche Wiedergabe und öffentliche Zugänglichmachung für Presseerzeugnisse … und das muss auch für digitale Medien gelten.“ Heißt: Die Enteignung der freien Journalisten durch Total-Buyout-Verträge und AGBs soll für die Zukunft per Gesetz festgeschrieben werden.

Springer-Chef Döpfner schlug indes die „Gründung einer Verwertungsgesellschaft nach dem Vorbild der GEMA“ vor. Die Einnahmequelle nannte sein Adlatus Würtenberger: eine „Internet-Abgabe“ beim PC-Kauf. Also Geld, das auch den Journalisten zusteht. Die Verwertungsgesellschaften verhandeln darüber mit der Geräteindustrie, eine Einigung scheint noch 2009 möglich.

Die Verlegerkampagne für ein Leistungsschutzrecht – wie die erst danach gestartete für „Paid Content“ im Internet – wird mit Zukunftssicherung von „Qualitätsjournalismus“ verbrämt. Deshalb findet sie Zuspruch nicht nur quer durch (fast) alle politischen Lager, sondern auch bei vielen durch Stellenabbau um ihre Zukunft besorgten Journalisten.

Um so mutiger, dass die ver.di-Fachgruppe Medien sich unter dem Motto „Urheber first!“ gegen den vermeintlichen Mainstream positioniert hat. Sie fordert die Verleger auf, ihre sehr allgemeine Forderung vor einer ernsthaften Diskussion zu konkretisieren, und erklärt, dass ein Leistungsschutzrecht analog zu dem der Filmproduzenten keinesfalls akzeptabel wäre. „Das bisher geltende Urheberrecht für Autoren darf nicht eingeschränkt werden“, heißt es in dem Positionspapier.

Da die Online-Veröffentlichungen von Zeitungen und Zeitschriften bisher weitgehend ohne zusätzliche Vergütung der Urheber erfolgen, wird bei den Verlegern angemahnt: Wer glaubwürdig gegen „Content-Klau“ vorgehen will, muss dafür sorgen, dass zuvor die Vergütungsverhandlungen für freie Journalisten zu einem akzeptablen Abschluss kommen.

Rüdiger Lühr ■

Rüdiger Lühr

Foto: Christian von Polentz / transit

Rüdiger Lühr ist freier Journalist in Hamburg mit thematischem Schwerpunkt im Urheber-, Medien- und Internetrecht. Ehrenamtlich ist er unter anderem Sprecher der dju-AG Urheberrecht und verhandelt über die Vergütungsregeln für Freie an Tageszeitungen und Zeitschriften.

Foto: Photo Art & Design GmbH

Räte mit mehr Verantwortung

Ulrike Fürniß sitzt seit neun Jahren im NDR-Rundfunkrat

Von Wulf Beleites | „Zwei mal im Jahr gab es bei ihm zu Hause Chili con Carne und natürlich einen guten Wein dazu." Und vor allem Gespräche, Gespräche, Gespräche. Noch in der Erinnerung an diese Abende bei ihrem Vertrauensprofessor leuchten die Augen von Ulrike Fürniß (Bild). Denn ihr Professor an der Hamburger Universität war der Politikwissenschaftler Hans Kleinsteuber, der seit 1982 auch Journalistik und Kommunikationswissenschaft lehrt. Es ist eine Bewunderung und Hochachtung, die bei so vielen ehemaligen Kleinsteuber-Studenten noch heute anzutreffen ist.

Als Böckler-Stipendiatin studierte Fürniß fünf Jahre lang Wirtschaftsgeschichte, Italienisch und Journalismus. Bis 1990, jenem Jahr als von ihrem Vertrauensprofessor das Buch „Radio und Fernsehen in der Bundesrepublik. Erfahrungen und Ansätze für eine gewerkschaftliche Politik" erschien. Ein Buch, das den Blick der Journalistin und späteren Gewerkschaftssekretärin sicherlich geschärft hat und eine gute Grundlage für ihre Tätigkeit als NDR-Rundfunkrätin ist, einem Gremium, in dem sie seit 2000 für den DGB Landesbezirk Nord sitzt, mittlerweile als stellvertretende Vorsitzende.

1974 trat die ehemalige Industriekauffrau und Broscheck-Betriebsrätin in die Gewerkschaft, die damalige IG Druck und Papier ein. Drei Jahre später flog sie, die aktives Mitglied im KB, dem Kommunistischen Bund war, wieder raus. „1982 wurde ich wieder aufgenommen. Und", erinnert sie sich lachend, „Detlef Hensche hat sich später bei mir persönlich entschuldigt."

Nach ihrem Studium begann für das dju-Mitglied bei der Bergedorfer Zeitung, dem NDR in Kiel und der Filmförderung Hamburg die Zeit als „Generation Praktikum", ein Begriff, den es damals zwar noch nicht gab, der aber durchaus schon bittere Realität war. Aber es gab auch schon die gewerkschaftliche Frauen-Power. Fürniß: „Uwe Körner war hier Landesvorsitzender der IG Medien und sagte eines Tages: Ich werde keine Männer mehr einstellen." Also wurde Ulrike Fürniß Sekretärin für den Medienbereich, später dann stellvertretende Landesvorsitzende.

Seitdem liest sich ihre medienpolitische Vita wie folgt: Mitglied der Unabhängigen Landesanstalt für das Rundfunkwesen in Schleswig-Holstein (ULR), Mitglied im Filmverband Mecklenburg-Vorpommern, im Vorstand des Kulturrats Mecklenburg-Vorpommern, Medienkommission der IG Medien, Filmförderanstalt des Bundes, Kuratoriumsmitglied der Akademie für Publizistik in Hamburg und natürlich im NDR-Rundfunkrat und dem Landesrundfunkrat Hamburg.

Selbstständige Prüfungsaufgaben

Locker referiert Ulrike Fürniß aus dem NDR-Staatsvertrag: zum Beispiel der Programmauftrag, der „der Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung zu dienen" und „die Vielfalt seiner Regionen, ihrer Kultur und Sprache" zu berücksichtigen habe; oder die Programmgrundsätze, die „für die Friedenssicherung und den Minderheitenschutz eintreten, die Gleichstellung von Mann und Frau unterstützen und zur sozialen Gerechtigkeit beitragen."

Darauf zu achten, das seien Schwerpunkte. „Aber", so betont die Rundfunkrätin, „die Programmhoheit liegt beim Intendanten. Der Rundfunkrat darf nicht im vornherein tätig werden, sondern nur im Nachhinein bewerten. Das wäre ja sonst Zensur, das ist der Unterschied von Kontrolle und Zensur." Dennoch habe sich in den vergangenen Jahren einiges verändert, habe „ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Eine Gängelung findet nicht mehr statt. Der Rundfunkrat hat jetzt selbstständige Prüfungsaufgaben und die Räte übernehmen Entscheidungen."

Mit Inkrafttreten des 12. Rundfunkstaatsvertrages zum 1. Juni werden die öffentlich-rechtlichen Anstalten dazu verpflichtet, ihre Online- und Telemedienangebote dem „Drei-Stufen-Test" zu unterziehen. Zu prüfen ist, inwieweit das Angebot den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht, in welchem Umfang das Angebot in qualitativer Hinsicht zum publizistischen Wettbewerb beiträgt und welcher finanzielle Aufwand dafür erforderlich ist (siehe auch: M 06–07.2009). Rundfunkrätin Fürniß: „Dieser Drei-Stufen-Test ist ein Ergebnis der permanenten Angriffe des VPRT, des Verbands Privater Rundfunk und Telemedien gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ein Machtangriff, um den Öffentlich-Rechtlichen kleinzukriegen." Aber hier sei auch eine Chance für die Kontrollgremien: „Jetzt ist der Rundfunkrat selbst Handelnder und hat eine eigene Handlungskompetenz. Wir arbeiten selbstständig und entscheiden, tragen somit eine erhöhte Verantwortung." Und in dieser Verantwortung sieht sich die 56jährige Großmutter von vier Enkelinnen: „Es gibt die Gefahr, dass der Öffentlich-Rechtliche die Jugendlichen abhängt. Und deshalb muss im Internetbereich nicht nur Berichterstattung stattfinden, sondern es müssen auch eigene Beiträge rein."

Das wäre eigentlich ein schöner Schluss für das Gespräch mit der NDR-Rundfunkrätin, aber so leicht lässt Ulrike Fürniß einen nicht weg. Schließlich ist sie ja auch noch Gewerkschaftsfunktionärin, zuständig als Sekretärin für Selbstständige. Und da ist gerade ein großes Paket von der ver.di-Zentrale aus Berlin bei ihr angekommen: Flyer, Prospekte, Plakate – alles Informationen für Solo-Selbstständige. Also legt sie auf den Rundfunkstaatsvertrag gleich noch einen ordentlichen Schwung drauf: Flyer, Prospekte und Plakate, denn die gilt es zu verteilen – auch bei den Freien im NDR. ■

Infos für Selbstständige

http://www.ndr.de/unternehmen/organisation/rundfunkrat/ndr1156.html

Dicke Luft in deutschen Verlagen

In den großen deutschen Verlagshäusern tobt der „Sparzwang". Den schwarzen Peter dafür liefert die Finanzkrise. Unternehmenszahlen, die das Klagen auf hohem Niveau verdeutlichen oder Kritiken an Strategien, werden nicht gern gehört. Mit massiven Stellenstreichungen, Auslagerungen, Zentralisierungen, Mantelmodellen, Honorarkürzungen und sogar Kurzarbeit sollen dabei Qualitätsjournalismus und Pressevielfalt erhalten bleiben, wird aus Verlegerkreisen hartnäckig versichert. Zweifel an einer solchen „Strategie" sind angebracht. Exemplarisch dafür kann die Südwestdeutsche Medienholding (SWMH) stehen. Dort ist zur Zeit dicke Luft.

Von Günter Frech

Neustadt an der Weinstraße ist die geheime Zeitungshauptstadt der Republik. Geheim ist wörtlich zu nehmen. Ein „clantestines Unternehmen" sei die Südwestdeutsche Medienholding (SWMH), so ein Wirtschaftsredakteur der *Süddeutschen Zeitung*; der Mann an der Spitze sei der wohl „mysteriöseste Verleger hierzulande, aber immerhin ein Verleger". Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung am Sonntag* nennt das verschachtelte Medienunternehmen des Dieter Schaub „Ein Reich des Schweigens". Es besteht aus 616 Einzelbeteiligungen, Überkreuzbeteiligungen und Zwischenholdings, wie die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) auf 27 DIN-A4-Seiten dokumentiert. Vom idyllischen Weinort in der Pfalz aus spinnt Altverleger Schaub die Fäden. Die werden in Stuttgart von Richard Rebmann, dem Geschäftsführer der Holding, aufgenommen. Der ehemalige Verleger des *Schwarzwälder Boten* ist Schaubs Mann für subtile Mitarbeitermotivation.

Freiwilliger Abgang

Unter den vom Manager-Magazin ermittelten 100 reichsten Deutschen sind neun Verleger zu finden. Mit 1,1 Milliarden Euro gilt Schaub unter den hiesigen Verlegern als der Zweitärmste – dicht gefolgt von Erich Schumann (WAZ) der es nur auf 0,95 Milliarden bringt. Um in die Spitzengruppe zu Bertelsmann-Patriarch Reinhard Mohn (6,5 Milliarden) aufzurücken, muss dringend gespart werden. Die WAZ macht vor, wie das funktioniert (siehe M Nr. 6–7/2009 „Lokal ausgedünnt").

Auch Rebmann verordnete einen gnadenlosen Sparkurs. Doch weil Schaub seiner Holding eine „Art Informationszölibat" (*Der Spiegel*) verordnet hat, bekommt niemand eine aussagekräftige Bilanz zu Gesicht. Klar, wer „das Geld mit der Schubkarre erst rein und dann wieder rausfährt" (ein Redakteur), hat keine Zeit für penible Buchführung. Teilbereiche der Holding bringen es nach Betriebsratsschätzungen auf Umsatzrenditen von um die 20 und mehr Prozent. Und irgendwie müssen die gut 700 Millionen Euro, die im Frühjahr 2008 zum Kauf der *Süddeutschen Zeitung* aufgebracht wurden, refinanziert werden.

Das spürten zuerst die Kolleginnen und Kollegen in München. Um 15 Millionen Euro einzusparen, stellte Rebmann einen üppigen Abfindungstopf auf und innerhalb einer „Selbstentlassungsfrist" sollten möglichst viele Redakteure freiwillig gehen. Das taten dann vor allem Verlagsangestellte. Pauschalisten wurden gekündigt und der Honorartopf um 20 Prozent gekürzt. Ein Redakteur: „Im ersten Buch und im Wirtschaftsteil dürfen wir keine Freien mehr beschäftigen." Das hatte zur Folge, dass auch jede Menge Informationskanäle flöten gingen.

Neben der Großbaustelle *Süddeutsche Zeitung* gibt es in der Medienholding „so viele Baustellen, da brauchen wir einen Navigator, damit wir uns zurechtfinden" meint ein Redakteur der *Stuttgarter Zeitung*. Womit auch ein Problem beschrieben wäre: die Stimmung in den Redaktionen sei mehr als schlecht – die Leute hätten Angst. Und seinen Namen möchte der Redakteur – wie auch andere – nicht in der Gewerkschaftszeitung gedruckt sehen.

Dagegen ist für SWMH-Verhältnisse Rebmann ein geradezu geschwätziger Mensch. Der *Sonntag Aktuell*-Redakteurin Susanne Stiefel gewährte er sogar ein Interview. „Sie brauchen auch zufriedene Redakteure, denn die gestalten die Zeitung. Die wissen aber nicht, wie lange ihr Schreibtisch steht. Wann gibt es mehr Klarheit?" wollte Stiefel von Rebmann wissen. Rebmanns Antwort: „Mitte Juli werden wir wissen, welchen Weg wir weiter verfolgen werden."

Gekündigt und beschimpft

An einem Tag Mitte Juli lief die Produktion von *Sonntag Aktuell* gerade auf Hochtouren, als ein Verlagsmanager verkündete, zum Ende des Jahres seien alle 17 festangestellten Redakteurinnen und Redakteure gekündigt. Zuvor musste sich die Redaktion anhören, sie machte ein „beliebiges, weinerliches und betuliches Blatt", das der Verlegergruppe einfach zu teuer sei. „Das ist nicht nur im Ton unanständig, sondern auch inhaltlich eine reine Manager-Fiktion, die den letzten Rest an journalistischem Urteilsvermögen vermissen lässt", so Konzernbetriebsratsvorsitzender Samir Alicic in einem offenen Brief an den Holdingvorstand.

Für den Südwesten der Republik produziert die *Sonntag Aktuell*-Redaktion seit 30 Jahren im Auftrag etwa 40 Tageszeitungen der Holding die „siebente Aus-

HAUPTGESELLSCHAFTER:

1. MEDIEN UNION (MU)
Die Rheinpfalz (Ludwigshafen) ist die Keimzelle der MU von Dieter Schaub.
Mit **45,9 Prozent** ist die MU an der SWMH beteiligt.

Die Rheinpfalz (12 Lokalausgaben, Auflage: 235.000)
Freie Presse (Chemnitz, 19 Lokalausgaben, 295.000)
Westermann Druck- und Verlagsgruppe (Braunschweig)
Walhalla-Fachverlag (Regensburg)

2. GRUPPE WÜRTTEMBERGER VERLEGER (GWV)
Die Gruppe um den Verleger Eberhard Ebner (Südwest Presse Ulm) mit 18 Verlagen ist zu **44,4 Prozent** an der SWMH beteiligt.
Südwest Presse – hält 50 % (über 20 Lokalausgaben, 310.000)
Märkische Oderzeitung – 50 % bei der Medienholding Süd (11 Lokalausgaben, 90.000)

3. WEITERE VERLAGE 10,0 %

SÜDWESTDEUTSCHE MEDIENHOLDING (SWMH)

HERAUSGEHOBENE BETEILIGUNGEN

MEDIENGRUPPE SÜD (STUTTGART)
(MGS, die SWMH ist mit 82 Prozent beteiligt)

Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft
Stuttgarter Zeitung (mit Stuttgarter Nachrichten 214.000)
Württembergische Zeitung GmbH und
Stuttgarter Nachrichten Verlagsgesellschaft
Stuttgarter Nachrichten (mit Stuttgarter Zeitung 214.000)
Weitere Zeitungen: Schwarzwälder Bote, Leonberger Kreiszeitung, Fellbacher Zeitung, Kornwestheimer Zeitung, Marbacher Zeitung, (produzierte Lokalteile / Gesamtauflage knapp 300.000), Sonntag Aktuell (700.000)

SÜDDEUTSCHER VERLAG, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG GMBH
(SV, die SWMH ist mit 81,25 Prozent beteiligt)

Süddeutsche Zeitung, (10 Lokalausgaben, 440.000)
Unternehmensbereich Neue Produkte mit Buch-, CD- und DVD-Vertrieb
Zeitungsgruppe HCS
Neue Presse (Hof), Frankenpost (Coburg), Freies Wort (Suhl), Südthüringer Zeitung, Meininger Tageblatt (insgesamt rund 30 Lokalausgaben, 201.000).

Darüber hinaus hält der SV Anteile am Münchner Merkur, der Münchner tz und dem Bayerischen Staatsverlag.

Quelle: Formatt-Institut Dortmund

gabe“. Rebmann fand die Zeitung nicht mehr zeitgemäß und wollte etwas anderes – ohne zu wissen, was und wie er sich das vorstellt. In der schon seit Anfang des Jahres bestehenden Projektgruppe, die für die Sonntagszeitung ein neues Konzept erarbeiten soll, ist von der jetzigen Redaktion niemand vertreten. Auf die Frage, warum das so sei, soll Rebmann laut Branchenbeobachter Günther Kress geantwortet haben: „Wenn Beteiligte über ihr eigenes Schicksal nachdenken sollen, kommt es leicht zu Denkblockaden.“ Wertschätzung sieht anders aus.

Was sich das Management leiste, sei einfach nur noch „planloser und ungehemmter Sparwille, der in menschenverachtender Art und Weise durchgezogen wird“, so ver.di-Landesfachbereichsleiter Gerhard Manthey während einer „kämpferischen Mittagspause“, an der sich nach dem Ausspruch der mündlichen Kündigungen etwa 200 Beschäftigte beteiligten. Danach wiegelte das Management ab: noch sei nichts entschieden, es gebe vorerst keine Kündigungsschreiben. Auch sei man gewillt, einige Redakteure zu übernehmen. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe dauerten die Verhandlungen zum Interessenausgleich an.

Unterdessen ist der Relaunch der *Stuttgarter Zeitung* abgeschlossen und bei einer prächtigen Party hat man sich selbst gefeiert. Sogar der Ministerpräsident vom Ländle war da und hat die „anwendungsfreundliche Zeitung“ gelobt. Ob er realisiert hat, dass 20 Prozent Inhalt wegrelauncht wurden? „Es ist doch eine Meldung wert, dass das gleiche Produkt zum gleichen Preis mit 20 Prozent weniger Information ausgestattet ist“, moniert die dju Stuttgart. „Ein Wort des Dankes an die Belegschaft“ wäre zudem eine gute Tat gewesen.

Keinerlei Mitsprache

Auch der Newsroom der *Stuttgarter Zeitung* funktioniert inzwischen. „Dabei wurden gut funktionierende Redaktionsstrukturen zerschlagen“, berichtet eine Redakteurin. Mitsprache bei der Besetzung der Tische: Fehlanzeige! Und während Redakteure anderer Blätter bei der Installation neuartiger Redaktionstechnik vor gar nicht allzu langer Zeit noch sagten, für eine Beurteilung sei es zu früh, ist die Ansage aus Stuttgart glasklar: „Der Newsroom ist ein perfides Rationalisierungsinstrument.“ Ein anderer Redakteur: „Zum Beispiel wird der Artikeltausch zwischen den Blättern immer einfacher.“ Was da momentan in einigen Zeitungshäusern erprobt werde, komme einem Dammbruch gleich: die Vielfalt bleibe auf der Strecke. „Ich will nicht das Gefühl haben, dass ich das, was ich in der *Stuttgarter Zeitung* lese, überall lese“, so der Schwabe Cem Özdemir, Parteichef der Grünen, bei der Relaunch-Party. Die Angst einiger Redakteure, dass der Mantelteil eines Tages aus München geliefert wird, scheint mehr als berechtigt zu sein.

Auf ihren bisherigen gemeinsamen Mantelteil müssen ab kommenden Jahres die Leserinnen und Leser in Coburg (*Frankenpost*), Suhl (*Freies Wort*) und Hof (*Neue Presse*) verzichten – er kommt dann von den *Stuttgarter Nachrichten* (siehe M Nr. 6 – 7 / 2009 „Kein Blatt vor den Mund“). Während sich die Beschäftigten in Thüringen und Franken noch gegen Verschlechterungen aufbäumen, scheint man sich weit im Osten der Republik der Resignation hinzugeben. Die komplette Redaktion und der Verlagsservice der *Märkischen Oderzeitung* wurden in die Holdingeigene Leiharbeitsfirma ausgelagert. Tarifflucht – im Osten erprobt – scheint die neue Konzernstrategie zu werden, befürchtet ver.di-Mann Gerhard Manthey: „Mittelfristig könnte es laut Herrn Rebmann in der Holding keine Tarifbindung mehr geben.“ Die Gewerkschaft stelle sich auf einen heftigen Abwehrkampf ein.

Paul Sethes – „Ich bin kein Linker“ – legendärer Satz „Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“ wäre heute angesichts der Besitzverhältnisse noch zuzuspitzen. In seinem Leserbrief an den *Spiegel* – veröffentlicht am 5. Mai 1965 – hatte Sehte prophezeit: „Da die Herstellung von Zeitungen immer größeres Kapital erfordert, wird der Kreis der Personen, die Presseorgane herausgeben können, immer kleiner. Damit wird unsere Abhängigkeit immer größer und immer gefährlicher.“ ■

Zauberwort Synergien

„Einer für alle" – Motto für Qualitätssteigerung und Kosteneffizienz

Personal, Gehälter, Honorare, Redaktions- und Verlagsstrukturen stehen derzeit in unterschiedlicher Intensität vielerorts auf dem Prüfstand. So bei DuMont Schauberg, Holtzbrinck, Gruner + Jahr, der WAZ oder dem Nordbayerischen Kurier (Seite 12). Eine vollständige Aufzählung ist kaum möglich, täglich kommen neue Hiobsbotschaften hinzu. Gravierende Beispiele aus den letzten Monaten widerspiegeln den Trend.

Ein halbes Jahr nach der Übernahme der deutschen Verlage der Mecom-Zeitungsgruppe (*Berliner Zeitung, Berliner Kurier, netzeitung, Tip-Stadtillustrierte, Hamburger Morgenpost*) durch den Kölner Verlag M. DuMont Schauberg (MDS) wurden nun konzernweit Pläne zur Kostensenkung und zum Umbau von Redaktionen verkündet. Danach sollen für verschiedene Bereiche sogenannte Schreiber-Pools gebildet werden. Die Wirtschaft der *Berliner Zeitung* und der *Frankfurter Rundschau* (die ebenso wie *Kölner-Stadt-Anzeiger* und *Mitteldeutsche Zeitung* zu MDS gehören) soll in Frankfurt und die Politik in Berlin zentralisiert werden. Das Wissenschaftsressort der *Berliner Zeitung* soll es künftig nicht mehr geben, die Berichte kommen von der *FR*. Medienthemen wiederum werden für beide Blätter vor allem aus Berlin geliefert. Damit mache MDS „die Hoffnungen der Beschäftigten zunichte, dass in Menschen und Qualität investiert" werde, heißt es in einer Presseerklärung von ver.di. „Jetzt deklariert auch DuMont Schauberg für die mit über 10.000 Beschäftigten drittgrößte deutsche Zeitungsgruppe strikte Sparvorgaben und setzt mit dem Umbau der Redaktionen unter den Stichworten Synergien und Syndikation die Identität der profilierten Titel und die Bindung zu Lesern und Leserinnen der Zeitungen aufs Spiel", kritisierte ver.di-Vize Frank Werneke.

80 Redakteurinnen und Redakteure der *Berliner Zeitung* protestierten beim Chefredakteur Uwe Vorkötter. In einem Offenen Brief der Redaktionsversammlung vom 24. August an Neven DuMont heißt es: „Bei der Übernahme unseres Hauses haben Sie zugesagt, die *Berliner Zeitung* zu entwickeln und die Redaktion an diesem Prozess zu beteiligen. Unser Vertrauen in diese Zusage ist erschüttert. … Eine Umsetzung der Pläne würde die Redaktion im Kern treffen, die Substanz der führenden Hauptstadtzeitung gefährden und die Marke Berliner Zeitung mit ihrer engen Leser-Blatt-Bindung beschädigen. Zudem widersprechen die Pläne dem von Ihnen anerkannten Redaktionsstatut. Dieses legt fest, dass die *Berliner Zeitung* eine „Autorenzeitung mit Vollredaktion" ist, die eigene überregionale und regionale Ressorts umfasst. Im Statut ist ferner das gemeinsame Ziel von Verlag und Redaktion festgeschrieben, „das Qualitätsniveau der Zeitung weiter zu steigern". Der Vorbesitzer Mecom habe die Zeitung „ausgequetscht wie eine Zitrone", hatte Chefredakteur Vorkötter noch Ende Juni formuliert. „Wir haben uns aber nicht drei Jahre den Zumutungen David Montgomerys und seines Statthalters Josef Depenbrock widersetzt, um nun ähnliche Pläne erneut vorgesetzt zu bekommen", sagen die Redakteure.

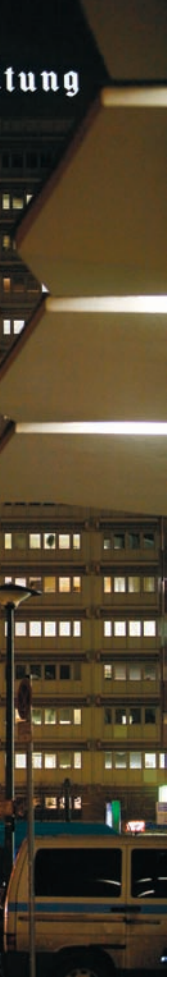
Schreiber-Pool und Exklusivität

Konstatin Neven DuMont, Sohn des Verlagschefs, sagte derweil gegenüber der *Süddeutschen Zeitung (SZ)*, er könne „die Aufregung nicht so recht nachvollziehen". „Wir wollten diesen Wandel eigentlich geräuschloser gestalten." Er bestätigte die Aufteilung von Wissenschaft und Medien. Im Falle der Pläne – Politik in Berlin, Wirtschaft in Frankfurt, sollten *FR* und *Berliner Zeitung* ihre Ressorts beibehalten. Alle „Vorschläge" würden mit der Redaktion diskutiert. Der Austausch von Artikeln laufe außerdem zwischen den anderen Abozeitungen *FR, Mitteldeutsche Zeitung, Kölner Stadt-Anzeiger* schon länger. Der Schreiber-Pool solle Qualität bieten für alle vier Titel auch für die Berliner. Die durch diese Syndikation freiwerdenden Mitarbeiter könnten mehr exklusive Geschichten recherchieren (Exklusiv für vier Titel?!). Er schließe aber auch Stellenkürzungen nicht aus, so der MDS-Vorstand für Konzernstrategie und Kommunikation bereits im Juli gegenüber der FTD. An der Eigenständigkeit der einzelnen Blätter wolle man nicht rütteln, betonte Konstantin Neven DuMont nunmehr im August in der *SZ*. Die Betriebsräte sind indes empört. „Wir wurden und werden unzureichend bis gar nicht informiert", so Renate Gensch, Betriebsratsvorsitzende des Berliner Verlages.

Foto: Christian von Polentz / transit

Auch die Politikredaktion der *Frankfurter Rundschau* hat nunmehr laut epd am 3. September gegen die Umbaupläne der Verlagsgruppe DuMont Schauberg protestiert. Die Auslagerung bestimmter Kompetenzfelder beeinträchtige Qualität einer Zeitung und schädige die Marke *Frankfurter Rundschau*, heißt es in einem epd-bekannten internen Positionspapier. Der Verlag hat die Mietverträge für die Berliner Büroräume von *FR, Kölner Stadt-Anzeiger* und *Mitteldeutscher Zeitung* nach epd-Informationen zum 30. April 2010 gekündigt.

Die Zeitungsgruppe der *Saarbrücker Zeitung* (49 Prozent Holtzbrinck), zu der auch die *Lausitzer Rundschau* und der *Trierische Volksfreund* gehören, will 190 Stellen vor allem im Verlagsbereich abbauen. Allein bei der *Saarbrücker Zeitung* sind etwa 90 Mitarbeiter betroffen. Eine ganze IT-Abteilung mit 12 Leuten wurde bereits ausgelagert. In welchem Umfang und an welchen Bereichen künftig konkret Stellen eingespart werden sollen, wurde gegenüber dem Betriebsrat noch nicht offen gelegt. Allerdings gebe es von der Verlagsleitung die Zusicherung, dass der Abbau sozialverträglich verlaufen solle, erklärte Betriebsrätin Heidi Kneip-Groß



gegenüber M. Die ausgelagerte Abteilung bleibe im Geltungsbereich des Tarifvertrages. Der Konzernbetriebsrat sei derzeit mit einem Interessenausgleich befasst, der unter anderem Altersteilzeitmodelle sowie Abfindungen für Beschäftigte im rentennahen Alter beinhalte. Der Betriebsrat wolle zudem eine Vereinbarung vorschlagen, in der Besetzungen von Abteilungen festgelegt werden, die nicht unterschritten werden dürfen.

Auch im Hause von Gruner+Jahr Vorstandschef Bernd Buchholz wird weiterhin fleißig an Spargedanken und -modellen gebastelt. Nach internen Berechnungen wird das Verlagshaus 2009 voraussichtlich knapp 2,5 Milliarden Euro erlösen. Im Jahr zuvor waren es noch 2,76 Milliarden. Buchholz Grundidee ist recht simpel: Die Zeitschriften des Hauses sollen bei gleichbleibender Qualität in Zukunft zu geringeren Kosten produziert werden. Dazu wurden die Chefredakteure aufgefordert, sich bis Ende September Gedanken zu machen, wie dies umzusetzen sei. Gesammelt werden die Ideen von einem sogenannten Change Manager.

Ins Gespräch gekommen ist auch der Gedanke an Kurzarbeit. Ein G+J-Sprecher teilte dem Branchendienst „Horizont.net“ aber mit: „Es gibt aktuell keine konkreten Pläne zu etwaiger Kurzarbeit.“ Gleichwohl sei es „vor dem Hintergrund der weiterhin negativen Geschäftsentwicklung nachvollziehbar, auch solche Themen prinzipiell und ergebnisoffen“ zu prüfen. Über die Verhandlungen zwischen Verlag und Konzernbetriebsrat ist Stillschweigen vereinbart worden, an die der KBR sich strikt hält.

Umzug und Kostenvorteile

Und G+J ordnet sein Portfolio neu: Die beiden Frauenzeitschriften *Emotion* und *Healty Living* sollten nach Informationen des Branchendienstes „Werben und Verkaufen“ an den Münchner Atlas-Verlag gehen. Dies scheiterte allerdings in letzter Minute. Aber auch Neugründungen sind angesagt: Für Oktober ist das neue Wirtschaftsmagazin *Business Punk* geplant. Und ebenfalls im Oktober sollen das Männermagazin *Buddy* und das Kochmagazin für ambitionierte Männer *Beef* auf dem Markt erscheinen.

Beim Hamburger Bauer-Verlag geht die Sparwelle ihren klassischen Weg: Auslagerung – gern in den Osten. Das Callcenter, zuständig für die Abonnentenbetreuung, wird geschlossen und nach Magdeburg verlagert, um, so eine Verlagssprecherin laut *Hamburger Abendblatt*, „Kostenvorteile am Standort Magdeburg“ zu nutzen. Betroffen sind 47 Mitarbeiter. Bereits im vergangenen November hatte sich Bauer von 22 Mitarbeitern des Hamburger Callcenters getrennt. Konzernbetriebsratsvorsitzende Kersten Artus: „Wir werden alles unternehmen, den Betroffenen Ersatzjobs in den anderen Bauer-KGs bereitzustellen.“ Sparpläne auch beim Mutterkonzern Bertelsmann: Beklagt wird im Vergleich zum Vorjahr ein Verlust von 333 Millionen im ersten Halbjahr. Konzernchef Hartmut Ostrowski verkündete daraufhin allein 2009 durch strikte Kostendisziplin mehr als 900 Millionen Euro sparen zu wollen.

Kosten reduzieren will auch der Hamburger Jahreszeitenverlag. Hier steht Kurzarbeit auf dem verlegerischen Stundenplan. Da aber keine Titel eingespart werden sollen, kann dies für die Beschäftigten nur eine drastische Arbeitsverdichtung bedeuten. Arbeiten wie gehabt, nur für weniger Geld und in kürzerer Zeit. Dazu ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel: „Es wird erst noch zu beobachten sein, inwieweit die Kurzarbeit tatsächlich eingehalten werden kann.“ Er befürchtet, dass „nicht weniger, sondern mehr gearbeitet wird.“ Das allerdings sei dann ein „klassischer Fall von Betrug.“ Diese Befürchtung betreffe auch eine Reihe von kleineren Verlagen, die „kurzarbeiten“ lassen, ohne dies groß zu vermelden. Hier gebe es oft – mangels Betriebsrat – auch keine Betriebsvereinbarung und keine echte Arbeitszeitkontrolle. Beschäftigte würden sich jedoch, so von Fintel, bei ver.di über Mehrarbeit anstelle vermeintlicher Kurzarbeit beklagen. Anders die *Badischen Neuesten Nachrichten* die offiziell gemeldet haben, Kurzarbeit einführen zu wollen. „Das ist ein Verlag, der bereits in der Vergangenheit auch aus Sicht von ver.di beispielhaft auf Beschäftigungssicherung gesetzt hat“, so Tarifsekretär Matthias von Fintel. „Das einzige Ziel der Kurzarbeit ist, Entlassungen zu vermeiden“, betonte Chefredakteur und Herausgeber Klaus Michael Baur gegenüber *kress*. Es gebe noch keinen Starttermin, die Gespräche mit dem Betriebsrat würden laufen.

Die WAZ-Mediengruppe , die bereits 300 Redaktions- und Verlagsstellen in ihren vier Titeln *Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung, Westfälische Rundschau* und *Westfalenpost* gestrichen hat, hat nun Ende Juli entschieden ihre Zeitschriften in Ismaning bei München zu bündeln. Der Standort Düsseldorf wird aufgegeben. Nahezu 100 Beschäftigte der fünf Titel *Das Goldene Blatt, Neue Welt, Frau aktuell, Echo der Frau* und *Freizeit exklusiv* und die *Welt am Sonnabend* des WaSo-Verlages, der zur WAZ gehört, sind aufgerufen zum Jahresende umzuziehen. Nur einzelne haben bisher gegenüber dem Betriebsrat eine Bereitschaft erklärt, nach Bayern umzuziehen. Der Betriebsrat ist ohnehin verärgert, anstelle einer Mitwirkung bei der Entscheidung wurde er einfach vor vollendete Tatsachen gestellt. Als Begründung führte die WAZ-Geschäftsführung zunächst die Notwendigkeit einer Sanierung des Gebäudes in Düsseldorf an. Später wurde von „einer zukunftsfähigen Zeitschriftengruppe und mehr Möglichkeiten von Qualität und Kreativität“ gesprochen. Wie das gehen soll, bleibt unklar. „Wir haben eher den Eindruck, dass die WAZ-Mediengruppe mit dem Umzug auch gleich noch einige Mitarbeiter loswerden will“, so Frank Biermann, dju-Vorsitzender in NRW. Er kritisiert außerdem die späte Unterrichtung des Betriebsrates und befürchtet eine „weiter Schwächung des Medienstandortes NRW“.

Geht es um das Kostensparen im journalistischen Bereich, meinen Verleger offenbar nach wie vor, dass man das mal eben schnell und einfach bei den Honoraren tun kann. So haben in den letzten Monaten die unmoralischen Angebote an Freie zugenommen, ihre sämtlichen Rechte an ihren Werken für ein meist dürftiges Honorar an den Auftraggeber zu verkaufen. Das betrifft Schreiber wie Fotografen gleichermaßen. Ob Springer, Bauer, *Nordkurier, Südkurier,* die Münchener *tz* … Total-Buy-out-Verträge sollen den Freien aufgezwungen werden. Erste Urteile, von Interessenverbänden und Gewerkschaften erstritten, belegen dieses rechtswidrige Vorgehen mit Blick auf das Urheberrecht (S. 26 in dieser Ausgabe). Honorartöpfe werden auch direkt gekürzt, Freie in bestimmten Bereichen nicht mehr beschäftigt. Leider meinte auch das *Neue Deutschland* diesen unwürdigen Weg gehen zu müssen, als es Anfang des Jahres die ohnehin niedrigen Honorare von 39 Cent je Druckzeile auf 35 Cent kürzte. Die Freien haben sich dagegen gewehrt. Mit Erfolg: Die Entscheidung wurde zurückgenommen. *Karin Wenk, Wulf Beleites* ■

Protest vor dem Neuen Deutschland (Berlin)

Foto: Maichel Dutta

Anzeige

Großer Verzicht für Belegschaft

Jahresleistung und Urlaubsgeld im Nordbayerischen Kurier gestrichen

Keine Jahresleistung und kein Urlaubsgeld in diesem und dem kommenden Jahr, dafür bis Ende März 2011 keine betriebsbedingten Kündigungen und keine Betriebsänderungen, die Übernahme der Jungredakteure und Volontäre in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse, die sofortige Einstellung der bereits beschäftigten Leiharbeitnehmer bei freiwerdenden Stellen und eine genaue Arbeitszeiterfassung. Das ist die knappe Zusammenfassung des „Änderungs- und Ergänzungstarifvertrags", der nach monatelangem Verhandeln für den *Nordbayerischen Kurier* in Bayreuth unterschrieben wurde.

Foto: sus

Das intern auch „Haustarifvertrag" genannte Paragraphenwerk gilt für alle rund 200 Beschäftigten des *Nordbayerischen Kuriers* außer den Auszubildenden und den Arbeitnehmern, die sich in der Altersteilzeit befinden. „Für die Belegschaft bedeutet es einen großen Verzicht", kommentiert die ver.di-Mediensekretärin für Oberfranken, Barbara Schneider, Mitglied der Verhandlungskommission. „Es ist ein erwiesener Vertrauensvorschuss an die Geschäftsführung, der sich nun auch rechnen soll." Dieser Vertrauensvorschuss geht aber mit einer deutlicheren Kontrollfunktion des Betriebsrats einher, als er sonst in den Tendenzbetrieben der Tageszeitungen üblich ist. Denn für die Dauer dieses speziellen Tarifvertragswerks finden nun die Paragrafen 106 bis 109 des Betriebsverfassungsgesetzes Anwendung, die einen Wirtschaftsausschuss und das Einsichtsrecht des Betriebsrats in alle relevanten Wirtschaftsunterlagen vorsieht. Damit soll zum einen die Verpflichtung der Gesellschafter zur Erhöhung des Eigenkapitals überprüft, und zum anderen sichergestellt werden, dass auch die außertariflich Beschäftigten des Kuriers ihr analoges Scherflein dazu beitragen, die Finanzen wieder ins Lot zu bringen.

Die Notwendigkeit für eine solche Sparmaßnahme hatte Verlagsgeschäftsführer Michael Rümmele in einem Interview im *Nordbayerischern Kurier* im Dezember 2008 mit dem nicht ganz korrekten Hinweis begründet, „alle unsere Mitbewerber haben sich aus dem Flächentarifvertrag verabschiedet". Die in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlichte Vermutung, der eigentliche Grund sei eine jahrelange Quersubventionierung des Druckhauses Bayreuth, wies er zurück. Der *Nordbayerische Kurier* litte wie andere Tageszeitungen an zurückgehenden Erlösen aus Anzeigen und Abonnements. Die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern IVW weist für das zweite Quartal 2009 für den Kurier eine verkaufte Samstagsauflage von knapp über 40.000 Exemplaren bei rund 35.700 Abos aus, beide Werte sind in den vergangenen Jahren relativ kontinuierlich gesunken.

Der *Nordbayerische Kurier* entstand 1968 aus dem eher konservativen *Bayreuther Tagblatt* im Besitz der Familie Ellwanger und der 1945 als Lizenzzeitung von Julius Steeger und Walter Fischer gegründeten *Fränkischen Presse*. Während die Familie Ellwanger mit 37,5 Prozent und die Erben Steegers und Fischers mit 62,5 Prozent gemeinsam als Gesellschafter des Zeitungsverlags *Nordbayerischer Kurier* verantwortlich zeichneten, sind sie über all die Jahre mit ihren jeweiligen Druckereien Ellwanger und Druckhaus Bayreuth auch Konkurrenten. Immer wieder gab es Spekulationen um eine verdeckte Teilhaberschaft der SPD am Druckhaus Bayreuth beziehungsweise der Druckhaus Bayreuth Verlagsgesellschaft. Seit vergangenem Jahr reicht ein einfacher Klick auf das Organigramm der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft DDVG, einer SPD-Tochter, um dort eine 47,5-Prozent-Beteiligung an der Verlagsgesellschaft Druckhaus Bayreuth zu finden und die 100-prozentige Übernahme des Druckhauses Bayreuth durch die DDVG, die das Unternehmen in Bayreuth Druck und Media umbenannt hat. Verleger und Herausgeber des *Nordbayerischen Kuriers* sind nach wie vor Wolfgang Ellwanger und Dr. Laurent Fischer, der auch im Vorstand des BDZV und im Aufsichtsrat der dpa sitzt und Vorsitzender des Verwaltungsrates des Presseversorgungswerks ist.

Doch die Veränderungen der oberfränkischen Zeitungslandschaft strahlen schon länger auf Bayreuth aus. Der *Nordbayerische Kurier* bezieht seinen Mantel vom Ring Nordbayerischer Tageszeitungen RNT, ebenfalls mit Sitz in Bayreuth. Bis zum 27. Oktober 2006 gestaltete die Redaktion des RNT die Mantelseiten für vier oberfränkische Tageszeitungen, für den *Kurier* in Bayreuth, das *Obermain-Tagblatt* in Lichtenfels, die *Bayerische Rundschau* in Kulmbach und das *Coburger Tageblatt*. Die beiden letzten Zeitungen gehörten zum Verlag E.C. Baumann und wurden, da sich keine geschäftsführenden Erben fanden, an den *Fränkischen Tag* in Bamberg verkauft. Der verpasste ihnen nach einiger Karenzzeit seinen eigenen Bamberger Mantel. Beim RNT wurde die Redakteurszahl um gut die Hälfte auf sieben reduziert und ein Haustarifvertrag vereinbart. Diese Mannschaft baut mit Hilfe von dpa, ddp und seit einigen Monaten auch dem Artikel-Angebot der zum Holtzbrinck-Konzern gehörenden *Mainpost* aus Würzburg den Mantel für die Bayreuther und die Lichtenfelser. Die Verantwortung für Kultur und Sport liegt seither auch überregional bei der Redaktion des *Nordbayerischen Kuriers*.

Susanne Stracke-Neumann ■

Links

www.ddvg.de/wirueberuns/organigramm/
www.nordbayerischer-kurier.de/
www.ivw.eu/

Foto: Ralph Rieth / M Archiv

Werbung der Mecklenburger Morgenpost in der Rostocker Innenstadt 1991

Kurzer Frühling

DDR-Traditionstitel in der Hand Westdeutscher Großverlage

Zwanzig Jahre nach der Wende stehen die Printmedien in den neuen Ländern gewaltig unter Druck. Die von westdeutschen Großverlagen kontrollierten ehemaligen DDR-Traditionstitel verlieren überdurchschnittlich an Auflage und Anzeigenvolumen. Anders die Situation bei den elektronischen Medien. An die Stelle des 1991 aufgelösten staatlichen DDR-Rundfunks sind moderne in ARD und ZDF integrierte Sendeanstalten getreten. Während bei den Printmedien die monopolisierte Einfalt um sich greift, wurde im TV-Bereich das Angebot vielfach durch eine Fülle lokaler Sender bereichert.

Am 1. April 1990 – ein halbes Jahr vor der offiziellen Vereinigung – wurden die Zeitungen und Zeitschriften der DDR in die raue Welt der Marktwirtschaft entlassen. Der Wegfall staatlicher Pressesubventionen löste eine rasante Pressekonzentration aus, der neben den meisten überregionalen Zentralblättern auch der größte Teil der Nachwende-Neugründungen zum Opfer fiel. Übrig blieben vor allem die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen. Diese auflagenstarken Blätter verfügten schon zu DDR-Zeiten über ein fast vollständiges Monopol orts- und kreisbezogener Berichterstattung. Dass dieser Zustand schon wenige Jahre nach der Wende wieder hergestellt war, war vor allem der kurzsichtigen Politik der Treuhandanstalt zu „verdanken“. Diese hatte im April 1991 die begehrten Bezirkszeitungen an westdeutsche Großverlage verkauft. Kurz darauf war der „Zeitungsfrühling“ beendet, die temporäre Vielfalt drastisch reduziert.

Besonders schlecht erging es den ehemaligen nationalen Sprachrohren der SED, der Blockparteien und der Massenorganisationen. Bis 1992 eingestellt wurden das *Deutsche Sportecho, Der Morgen, die Berliner Allgemeine* (früher: *Nationalzeitung*), das *Deutsche Landblatt* (früher: *Bauern-Echo*) sowie das einstige FDGB-Organ *Tribüne*. Zwei Jahre später erwischte es das frühere CDU-Blatt *Neue Zeit*. Nur das ehemalige SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* und das einstige Sprachrohr der Freien Deutschen Jugend *Junge Welt* überlebten bis heute. Beide Titel erreichen allerdings mit Auflagen von knapp 41.000 (*ND*) bzw. geschätzten 15.000 Exemplaren (*JW*) nur noch einen Bruchteil ihrer früheren Massenauflage von insgesamt 2,6 Millionen.

Auf dem Gebiet der Regionalpresse beherrschen die 14 ehemaligen DDR-Bezirkszeitungen heute unangefochten den Markt. Einzig die *Berliner Zeitung* als einstiger SED-Titel für die DDR-Hauptstadt muss sich starker Konkurrenz durch Holtzbrinck und Springer erwehren. Der zur Jahreswende erfolgte Verkauf der Zeitung an den Kölner Großverlag DuMont Schauberg dürfte in diesem Wettbewerb von Vorteil sein. Ansonsten dominiert die jeweilige Regionalzeitung mit relativ hoher Auflage und großem Verbreitungsgebiet. Allerdings verzeichnen alle Blätter einen dramatischen Auflagenschwund. So hat sich ihre Gesamtauflage innerhalb der vergangenen 20 Jahre faktisch halbiert. Dennoch rangieren unter den zehn größten deutschen Regionalzeitungen derzeit immer noch vier aus dem Osten.

Den Folgen von Struktur- und Wirtschaftskrise begegnen die Verlage zunehmend mit Fusionen, Kooperationen und Auslagerungen. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Prozess in Mecklenburg-Vorpommern, wo faktisch keine einzige selbständige Vollredaktion mehr existiert (vgl. Teil 1 der Serie in diesem Heft).

Nicht weniger dramatisch gestaltete sich die Wende auf dem Zeitschriftensektor. Von den 1989 in der DDR lizenzierten 543 Zeitschriften überlebte nur eine Handvoll. Zu den bekannteren zählen das Verbrauchermagazin *Guter Rat*, die Satirezeitschrift *Eulenspiegel* sowie das einst wegen freizügiger Erotikaufnahmen populäre *Magazin*. Einzige erfolgreiche Zeitschriftenneugründung ist das Wochenblatt *Super Illu*, laut Branchenspott das „Blatt für die geschundene Ost-Seele“.

Anders als bei den Printmedien machten die Vereinigungspolitiker im Rundfunk Tabula rasa.

Der Deutsche Fernsehfunk wurde aufgelöst. Von vier zentralen DDR-Hörfunksendern überlebte nur „Deutschlandsender DS Kultur“ im Schoße des neu gegründeten Deutschlandradio. DS-Kultur, 1994 mit dem Westberliner RIAS zum Deutschlandradio Berlin (heute DLR Kultur) fusioniert, profitierte von der politischen Entscheidung der Länder, neben dem Deutschlandfunk einen weiteren werbefreien nationalen Hörfunkkanal zu betreiben.

Weniger reibungslos lief die Neugestaltung beim Aufbau öffentlich-rechtlicher Strukturen in einzelnen Ländern ab. Die Chance, im Osten leistungsstarke Landessender aufzubauen, wurde durch egoistisches Gezerre innerhalb der ARD teilweise vertan. Am Ende schloss sich Mecklenburg-Vorpommern dem NDR an, während das 2,5 Millionen-Land Brandenburg sich aus Furcht vor einer Dominanz des Hauptstadt-„Senders Freies Berlin“ mit dem Ostdeutschen Rundfunk (ORB) einen eigenen Sender leistete. Eine Fehlentscheidung, die mit der 2003 erfolgten Fusion von ORB und SFB zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) korrigiert wurde. Dagegen gründeten Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt 1991 den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR). Der Dreiländerverbund ist heute die fünftgrößte ARD-Anstalt.

Die Radioszene der neuen Länder ist geprägt durch harten Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Senderketten. Vor allem in Brandenburg und Sachsen ist seit der Wende zusätzlich eine Vielzahl von lokalen TV-Sendern entstanden. Auf diese Weise werden die Defizite lokaler Printberichterstattung zumindest in Ansätzen kompensiert.

Wie sich die Medienszene seit dem Mauerfall in den einzelnen neuen Ländern entwickelt hat, wird *M* in den kommenden Monaten in einer vierteiligen Serie analysieren. Den Anfang macht Mecklenburg-Vorpommern. *Günter Herkel* ■

Einfalt statt Vielfalt?

Qualitätsjournalismus in Mecklenburg-Vorpommern weggespart

Drei Regionalzeitungen informieren die 1,7 Millionen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Unter der Regie von westdeutschen Verlagen wird gespart und kooperiert, was das Zeug hält – zunehmend auf Kosten der Meinungsvielfalt. Die Funkmedien können dieses Defizit nur begrenzt kompensieren.

Am 1. April dieses Jahres stand den Beschäftigten des *Neubrandenburger Nordkurier (NK)* der Sinn nicht nach Scherzen. An diesem Tag nahm die gemeinsame Mantelredaktion von *Nordkurier* und *Schweriner Volkszeitung (SVZ)* ihre Arbeit auf. Gerade mal vier der 27 Mantelredakteure des *NK* wechselten in die mv:m Mantelredaktion GmbH nach Schwerin. Erst zum 1. Oktober 2008 hatte die *SVZ* ihren Mantel ausgegründet und 20 ihrer Redakteure in die mv:m verfrachtet – wohl um der lästigen Tarifbindung zu entkommen. Vorläufiger Höhepunkt eines Konzentrationsprozesses, der bereits wenige Monate zuvor etwas weiter nördlich begonnen hatte. Seit Juni 2008 werden auch die Mantelseiten der *Rostocker Ostsee-Zeitung* und der *Lübecker Nachrichten* von einer gemeinsamen Mantelredaktion produziert. Eine unter dem Gesichtspunkt von Pressevielfalt desolate Entwicklung, „Wir haben praktisch in Mecklenburg-Vorpommern jetzt keine Vollredaktion mehr“, klagt Ernst Heilmann, Landesleiter ver.di Nord.

Um die Öffentlichkeit auf die bedrohliche Entwicklung aufmerksam zu machen, gründeten ver.di, DJV und DGB vor anderthalb Jahren die Initiative „Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern“. Im Auftrag der Initiative untersuchten Kommunikationswissenschaftler der Uni Hamburg, welche Auswirkungen die Spar- und Fusionspolitik der Verlage auf die Berichterstattung in den Bundesländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern hat. Die Besitzverhältnisse bei den Tageszeitungen beider Länder haben sich erst kürzlich verschoben. Im Februar übernahm die Verlagsgruppe Madsack die Anteile der Axel Springer AG an den *Kieler Nachrichten*, den *Lübecker Nachrichten (LN)* und der *Ostsee-Zeitung (OZ)*.

Ein Vergleich der Seiten von *LN* und *OZ* ergab bei den meisten Landesthemen eine weitgehende Identität der Inhalte. „Man hat nur noch andere Stimmen von Bürgern zur Ergänzung eingeholt“, sagt Projektleiterin Elke Grittmann, „aber an sich war die gesamte Berichterstattung komplett gleich“. Der Trend zur „totalen Vereinheitlichung“ bis hin zur „monopolisierten Einfalt“ sei allerdings erst nach der Fusion der Mantelredaktionen beider Blätter eingetreten. Vorher, so die Analyse, hatten beide Zeitungen in ihrem Politikteil – trotz reichlicher Verwendung von Agenturmaterial – durchaus eigene, regionalspezifische Schwerpunkte gesetzt. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit – schließlich erscheinen beide Blätter in unterschiedlichen Bundesländern. Abgesehen vom Schwinden der Themenvielfalt sank auch die journalistische Qualität. „Abwechslungsreiche Darstellungsformen wie Reportagen, Features, Porträts und Interviews gingen zurück“, sagt Grittmann. Es dominiert eher trockene Kost aus Berichten und Meldungen.

Eine Tendenz zur inhaltlichen Ausdünnung, die nunmehr auch in den Verbreitungsgebieten von *Schweriner Volkszeitung* und *Nordkurier* um sich greift. Eindrucksvolle Präzedenzfälle gab es schon vor der Gründung der gemeinsamen Mantelredaktion. Als im August letzten Jahres der Landesvater von MeckPomm, Harald Ringstorff, zurücktrat, informierte der *NK* über dieses wichtige Ereignis mit Agenturmaterial von dpa und ddp. Zu einem eigenen Bericht reichte es nicht. Über ein in der Region heiß umstrittenes landwirtschaftliches Großprojekt – Pläne für eine industrielle Schweinezucht in Alt-Tellin – informierte die *Süddeutsche Zeitung* per Korrespondentenbericht auf Seite 1. Der *Nordkurier* begnügte sich mit einer ddp-Meldung. Ein Armutszeugnis für das Blatt, das doch gerade im Regionalen seine Stärke ausspielen müsste. Profilieren konnte sich der *Nordkurier* zuletzt nur durch eigenwillige Geschäftsbedingungen, die Verlagsleiter Lutz Schumacher den freien Mitarbeitern der Zeitung aufdrücken wollte. Diese enthielten unter anderem die Forderung nach einem „ausschließlichen, zeitlich und räumlich unbeschränkten Nutzungsrecht“ an den journalistischen Leistungen der Freien. Ein Knebelvertrag, den das Landgericht Rostock Ende Juli nach einer Gewerkschaftsklage als klaren Verstoß gegen das Urhebervertragsrecht bewertete und per Einstweiliger Verfügung abschmetterte (s. S. 27). Schumacher gilt in

Die Presse in Mecklenburg-Vorpommern

Titel	verkaufte Auflage in Tsd. Exemplaren			Differenz
	III/1989	II/1996	II/2009	1989 – 2009
Nordkurier	204,0	140,7	90,7	– 55,5 %
Ostsee-Zeitung	295,2	213,0	152,8	– 48,2 %
Schweriner Volkszeitung	202,9	143,7	100,9	– 50,3 %

Quellen: IVW, BDZV

NDR-Life-Übertragung vom Marktplatz in Helmstedt einige Tage nach der Wende

Foto: Kurt Hamann / M Archiv

Anzeige

der Branche als „Brutalsanierer“, seitdem er vor Jahren über Nacht die komplette Lokalredaktion der *Münsterschen Zeitung* (M 01 – 02.2007) auswechseln ließ.

Angesichts von Anzeigenkrise und Auflagenschwund dürften die Verlage auch künftig ihr Heil in Sparorgien und Outsourcing-Manövern suchen. „Unter dem Vorwand der Krise lassen die Verleger jede Verantwortung vermissen und wollen die Gunst der Stunde nutzen, um weit reichende Strukturveränderungen zulasten der Mitarbeiter durchzusetzen“, kritisiert ver.di-Landesleiter Heilmann anlässlich der jüngsten Entlassungswelle bei der *SVZ*. Befürchtungen der Gewerkschaften, es könne bis zu 45 Beschäftigte treffen, wurden vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag – er ist seit 2005 hundertprozentiger Anteilseigner der *SVZ* – dementiert. Allenfalls 15 bis 20 Personen seien betroffen, hieß es. Gefeuert wurde auch *SVZ*-Chefredakteur Thomas Schunck – ihm wird ein 14prozentiger Auflagenschwund aufgrund einer „falschen Ausrichtung“ angelastet. Bereits in der Vergangenheit hatte die Verlagsleitung ein Drittel der Belegschaft abgebaut. Jetzt, so befürchten die Gewerkschaften, geht es an die Substanz. Ein Teufelskreis, findet auch Medienforscherin Grittmann, denn die Einsparungen führten in der Regel zur Verschlechterung des Produkts. „Dann verliert man Leser, die Auflage sinkt und entsprechend auch die Anzeigenpreise.“ Am Ende „wirtschaftet man so die Zeitung herunter“.

Am Anfang der Neuordnung im Rundfunk nach dem Fall der Mauer stand Günther von Lojewskis Traum von NORA. Hinter dem Kürzel steckte das Projekt einer Nordostdeutschen Rundfunkanstalt Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Eine Dreiländeranstalt im Norden, dazu eine weitere – den MDR – für die „Mitteldeutschen“. Nach Auffassung des damaligen Intendanten des Senders Freies Berlin (SFB) hätte eine solche Lösung das Ungleichgewicht in der ARD abbauen helfen und die Finanzierungskonflikte innerhalb des Senderverbunds mindern können. Alles kam anders. Sowohl Brandenburg als auch MeckPomm fürchteten eine zu starke Berlin-Dominanz. Während Brandenburg für die Gründung seiner eigenen „schlanken“ Anstalt ORB votierte, trat Mecklenburg-Vorpommern Ende 1991 dem NDR-Staatsvertrag bei.

Immerhin: Abgesehen von der Hauptstadtregion ist das Integrationsmodell der Vierländeranstalt NDR, darauf wies unlängst der Branchendienst epd Medien zu Recht hin, „die einzige neue Konstellation, bei der auf beiden Seiten der ehemaligen Grenze gesendet wird“. Als Mitgift für den neuen Partner ließ der NDR in Schwerin ein nagelneues Funkhaus bauen. Zugleich investierte er in die Modernisierung der Studios in Greifswald, Rostock und Neubrandenburg. Das Publikum dankte mit hohem Zuspruch etwa für das NDR-„Nordmagazin“, das mit einem Marktanteil von mehr als 30 Prozent Spitzenreiter unter den TV-Regionalmagazinen der ARD ist.

Auch im Hörfunk übernahm der NDR ab 1992 die Versorgung der Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern. Aus dem in der Nachwendephase kurzzeitig existierenden DDR Radio MV wurde nun NDR 1Radio MV. Mitte 1993 trat mit Antenne MV der erste private Wettbewerber auf den Markt. Zwei Jahre später folgte Ostseewelle Hit-Radio MV. 2002 zog eine von der Landesrundfunkzentrale (LRZ) in Auftrag gegebene Studie „Privater Rundfunk in Mecklenburg-Vorpommern“ ein ernüchterndes Fazit. Demnach erfüllten die Privatsender „gerade noch“ die Anforderungen an Vollprogramme. Der Beitrag der Sender zur politischen Meinungsbildung wird darin als „ausbaufähig“ qualifiziert. Die journalistischen Wortbeiträge seien mengenmäßig überschaubar, der Schwerpunkt liege auf Themen aus Kriminalität und Katastrophen. Journalismus werde zudem immer mehr zu Gunsten von Gewinnspielen und gesponserten Sendungen zurückgefahren. Dazu passt eine ddp-Meldung im *Hamburger Abendblatt* vom 11. Oktober 2003 über eine gemeinsame Aktion von Antenne MV und einem Hotel gegen den Bevölkerungsschwund im Lande. Zitat: „Sie luden junge Paare zur ‘größten Liebesnacht aller Zeiten’ ein. Ziel: 1000 Babys.“

Auch solche PR-Aktionen konnten nicht verhindern, dass Antenne MV im Jahr 2006 erstmals vom privaten Konkurrenten Ostseewelle überflügelt wurde. Die beiden landesweiten Privatradios liefern sich einen heftigen Wettbewerb mit den diversen NDR-Wellen. Rivalen der Privaten beim Kampf um die Gunst der jungen Hörer sind vor allem die Rock- und Popwelle NDR 2 und das Jugendradio N-Joy. Letztere unterscheiden sich in Anmutung und Programmprofil kaum noch von den Kommerziellen. Absoluter Spitzenreiter in der Publikumsgunst war 2008 allerdings NDR 1 Radio MV mit einem Marktanteil von knapp 30 Prozent. Für ein paar Vielfaltstupfer im eintönigen norddeutschen Wellenbrei sorgt das alternative Lokalradio Rostock LOHRO, ein nichtkommerzielles Mitmachprogramm, das vom Enthusiasmus seiner überwiegend studentischen Macher lebt. Zur „Vielfaltreserve“ zählt auch der unter Regie der LRZ betriebene Offene Kanal in Neubrandenburg.

Foto: Kurt Hamann / M Archiv

Anfang 1992 kam im NDR Schneideraum auch noch die Schere zum Einsatz

Mitte 2007 schloss Antenne MV seine Regionalstudios in Rostock, Stralsund und Neubrandenburg. Übrig blieb die Zentrale in Plate bei Schwerin. Die schon zuvor magere Regionalberichterstattung wurde damit naturgemäß weiter ausgedünnt. „Diese Strategie der Kostenreduktion (...), die Schließung von Außenstudios sind alle Gift für journalistische Inhalte, weil sie eben den Freiraum für größere Geschichten, für intensivere Recherche sehr eng einschränken“, urteilte Medienwissenschaftler Uwe Hasebrink damals im NDR-Magazin „Zapp“. In der alten DDR verhinderte das ideologische Diktat der SED die Meinungsvielfalt in den Medien. Im vereinigten Deutschland besorgt das mancherorts möglicherweise bald der Markt.

Günter Herkel ■

Screenshots: www.deutschland2430.de

Guerilla im Kornfeld

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft schickt Journalisten auf Deutschlandtour

Mit der Aktion Deutschland 24/30 will die Initiative auf „ehrliche Art und Weise das Thema Soziale Marktwirtschaft wieder in die Köpfe der Leute bringen". Und erlebt dabei ein PR Desaster: Medien und Prominente distanzieren sich.

Sie möchte herausfinden „was ein paar der 82 Millionen Menschen über unser System denken, wie sie mit diesem Land und der sozialen Marktwirtschaft leben". An sich ist Miriam Janke (30) eine umtriebige Journalistin. Sie studierte in Leipzig und Guadalajara / Mexiko und absolvierte als Stipendiatin der *Süddeutschen Zeitung* die Berliner Journalistenschule. Sie hat in Mexiko, Brasilien und Jamaika gelebt. Gearbeitet hat sie für die *taz*, das ZDF und Radio Multikulti. Dem vom RBB eingestellten Sender hält sie die Treue und beteiligt sich am Webradio multicult2.0 – mit „Herzblut und Verstand", wie sie hofft. Und im vergangenen Jahr gehörte die junge Journalistin der Grimme-Jury an.

Und derzeit tourt Jahnke mit einer Kollegin und einem Kollegen für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) durch Deutschland. Das ist jene marktradikale Lobbyorganisation, die den Menschen die Staatsgläubigkeit austreiben soll. Guerillagleich wird an unterschiedlichen Fronten gekämpft. Jüngst wurde das Projekt „Deutschland 24 / 30" aus der Taufe gehoben. Die INSM will „sehen, was aus der Sozialen Marktwirtschaft geworden ist", und schickt „drei Menschen auf die Suche – 30 Tage, 24 Stunden am Tag", so die Idee für das Vorhaben.

„Das Team soll auch in Talkshows auftreten und anderen Medien als Gesprächspartner zur Verfügung stehen" heißt es in einem Schreiben, das von einer Casting-Agentur im Auftrag der INSM an Journalistenschulen und -büros verschickt wurde. Genannt werden: *Neon, Zeit, Bild,* „Anne Will" und „titel, thesen, temperamente". Als „mögliche Interviewpartner" wurden neben vielen anderen Helmut Schmidt, Angela Merkel, Günter Grass, Erich Sixt, Kai Diekmann und Bascha Mika in Aussicht gestellt. Gegenüber der „Sozialen Marktwirtschaft und einem unternehmernahen Auftraggeber" sollten die Bewerber „aufgeschlossen eingestellt" sein. Hier muss der INSM bescheinigt werden, dass sie mit offenen Karten gespielt hat. Und weil Schummeln zum Handwerk einer jeden guten PR-Agentur gehört, sei es der Initiative verziehen, dass sie sich als „überparteiliche Plattform" bezeichnet. Immerhin gibt sie in dem Schreiben zu, dass sie von den Arbeitgebern der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird.

Seit Anfang August kann im Internet bestaunt werden, was die drei Kundschafter – neben Miriam Janke sind da noch Sophie Bleich (24, Bild oben mitte) und Helge Oelert (41, Bilder oben und links) mit auf Tour – in Sachen radikale Journalistenwirtschaft so zu Tage befördern. Wobei bis zum Tag Elf – dem Zeitpunkt des Abfassens dieser Zeilen – Janke selten in Erscheinung trat. Dafür ist Oelert omnipräsent – mit Frau Bleich an seiner Seite, die auch mal eine Frage stellen darf. Während Bleich stets adrett gekleidet ist, versucht Oelert als Erfinder des Kostümjournalismus in die Geschichte einzugehen: in Arbeitsjacke, Gummistiefeln und mit neckischem Hut stapft er zu einem Landwirt, für Roland Berger zieht er sich ein feines Jackett über, für die Behindertenwerkstatt tuts eine Lederjacke und mit der Millionärin badet er – nein, nicht nackt – in formschöner Funktionswäsche im Waldsee.

Unsägliche Vermischung mit PR

In seinem richtigen Journalistenleben arbeitet Oelert für das Fernsehen von RBB und NDR. Aber „nur im Unterhaltungsbereich", wie ein RBB-Sprecher betont. Gegenüber dem *Spiegel* sagt Oelert, ihm sei die unrühmliche Vergangenheit der Initiative nicht klar gewesen. Vertraglich habe er gegenüber der INSM auf journalistische Freiheit bestanden.

Derweil sitzt Frau Janke im bayerischen Landgasthof und mampft laut Blogeintrag Spätzle mit Hirschgulasch sowie Apfelstrudel mit Vanilleeis, Schlagsahne und Schokosoße. So gesättigt, schneidet sie mit Cutter Jimmy bis tief in der Nacht die Beiträge. Tagsüber muss sie Kollegenfragen beantworten. „Ich gebe mich nicht für PR her", sagt sie zur *taz*, „das kann ich mir als freie Journalistin gar nicht erlauben." In ihrem Vertrag sei festgeschrieben, dass ihr die INSM nicht reinrede. „Ich kann mich hier journalistisch austoben."

Korrekt hätte sie „mit einem Journalisten" antworten müssen. Mit Oelert tobt sie nämlich durch „das malerisches Kornfeld. Ich hoffe, der Bauer verzeiht uns ein paar platt getrampelte Brote im Vorstadium – es war einfach zu verlockend, also sind wir einmal quer durchgerannt. Übrigens gar nicht so einfach bei hüfthohen Ähren". Dieser Blogeintrag und das Video sind mit „Zwischenfazit im Kornfeld" (Bild links) überschrieben.

Tags darauf wird in Jankes Geburtsstadt Station gemacht. „Ich bin in Freiburg aufgewachsen. 19 Jahre meines Lebens habe ich hier verbracht. Aber bis zu dieser Deutschlandtour hatte ich keine Ahnung, dass es Walter Eucken in meiner Heimatstadt gab", bloggt sie. Hatte sie überhaupt eine Ahnung davon, dass es den Mitbegründer des Ordoliberalismus gibt? Pardon – zu kluge Journalisten sind für die INSM natürlich ungeeignet. Sie könnten womöglich den Begriff Soziale Marktwirtschaft hinterfragen und belegen, dass er zur Verniedlichung für den real existierenden Kapitalismus eingesetzt wird. Naja, und für ein 7.000 Euro-Monatshonorar drücken Journalisten auch mal beide Aufklärungsaugen zu.

Schade ist nur, dass die Einbettungsaktion nicht von Journalisten, sondern vom Verein LobbyControl aufgedeckt wurde. Dessen Sprecher Ulrich Müller kritisiert: „Die Vermischung von Journalismus und interessengeleiteter PR ist unsäglich und mit berufsethischen Grundsätzen nicht vereinbar." Von Neutralität und objektiver Berichterstattung könne keine Rede sein.

Unterdessen musste die INSM gegenüber dem NDR und *Neon* Unterlassungserklärungen abgeben. Zu keinem Zeitpunkt hätte man eine Zusammenarbeit mit der INSM in Erwägung gezogen. Auch *Bild* und *Die Zeit* distanzierten sich von der PR-Guerilla in Nadelstreifen. Und das Büro von Günter Grass ließ ausrichten, der Dichter gebe der INSM keine Interviews.

Günter Frech ■

Abb.: Titelseite WonAIR

Mit WonAIR zur Wahl

Radio-Kampagne der Bundeszentrale für politische Bildung

„Hallo, hier ist Anne Sophie Mutter“, tönt eine forsche Stimme aus dem Radio. „Stellen Sie sich vor, Ihr Nachbar würde bestimmen, in welches Konzert Sie gehen. Klassik, Pop, Rock. Und das vier Jahre lang.“ Dann die Auflösung: „Am 27. September ist Bundestagswahl. Da bestimmen Sie was läuft.“ Der Wahlaufruf der Star-Violinistin ist Teil einer Kampagne, mit der die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) die politik(er)müden Deutschen an die Urnen locken will. Mehr als 80 Prominente haben im Auftrag der bpb an die 160 Spots aufgenommen, die seit Anfang August über den Äther gehen. Von Sportlern wie Wladimir Klitschko („Mit der Demokratie ist es wie mit dem Sport: Wenn man nicht regelmäßig was tut, ist die Form schnell dahin.“) über Horst-Schlämmer-„Isch-Kandidiere“-Hape-Kerkeling („Wählen gehen! Tun Sie es für mich – den Grandseigneur des gepflegten Lokaljournalismus, die Katharina Witt unter den Buchstabenkunstläufern“) bis hin zu Moderator Frank Plasberg („Aus dem Tierreich wissen wir. Ziegen meckern immer. Das dürfen die auch. Bei uns ist das was anderes. Wer meckern will, muss auch zur Wahl gehen.“). Die „Promi-Lockrufe für die Wahlkabine“ sind Teil des „WonAIR“ genannten Radio-Kit, mit dem die bpb 540 öffentlich-rechtliche und private Hörfunk-Redaktionen im ganzen Bundesgebiet versorgt hat. Anders als weniger geglückte Wahl-Mobilisierungskampagnen aus jüngster Zeit lässt diese Aktion keinen Zweifel an ihren Absichten zu. Neben der DVD-ROM mit 160 Promi-Spots enthält das Kit einen 170 Seiten starken Reader mit kreativen Programm- und Format-Ideen, Themen-Tipps und Recherche-Quellen.

W(ahl)-Award ausgelobt

Konzipiert und realisiert wurde das Material von den Berliner Rundfunk-Journalisten Thomas Röhr und Jörg Wenzel. Eine Fundgrube für Berichterstattungsneulinge wie für alte Hasen. Mit der Mobilisierung zur Wahl lobt die Bundeszentrale auch den „W(ahl)-Award 09“ aus. Ein Journalistenpreis, bei dem „die besten Zeitungsseiten und Radiominuten“ prämiert werden, die bis zur Schließung der Wahlkabinen am 27. September erscheinen bzw. gesendet werden. Zu beziehen ist das Material über die bpb (www.bpb.de / Tel: 0228/99515-558).

kel ■

Die „Initiative Qualität im Journalismus“ veranstaltet ihr fünftes Herbstforum:

„Qualität mit Zukunft – Zukunft mit Qualität?“

19. Oktober 2009, 11 bis ca. 16.15 Uhr im Deutschlandradio Berlin:

Das Herbstforum dieses Jahr steht unter dem Leitmotiv „Qualität mit Zukunft – Zukunft mit Qualität?“ und wird sich mit der Frage beschäftigen, wie sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und angesichts einer Fülle neuer, digitaler Informationsquellen Qualität und Glaubwürdigkeit der Medien sichern lassen.
Den Eröffnungsvortrag „Perspektiven in der Krise“ hält Dr. Volker Lilienthal, erster Professor für Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg. Über Agenturen und Autoren als „Garanten der Qualität“ diskutieren Johannes Bruckenberger (APA, Wien), Prof. Susanne Fengler (Erich-Brost-Institut, Dortmund), Peter Stefan Herbst (Saarbrücker Zeitung), Wilm Herlyn (dpa, Hamburg) und Sven Gösmann (Rheinische Post, Düsseldorf). Ein zweites Panel ist der Qualität im Internet gewidmet mit Domenika Ahlrichs (Netzeitung, Berlin), Fried von Bismark (Deutscher Presserat, Hamburg), Stefan Krempl (freier Journalist, Berlin), Prof. Norbert Schneider (LfM, Düsseldorf), und Prof. Petra Werner (Fachhochschule Köln). Für Einführung und Ausblick sorgen Deutschlandradio-Intendant Willi Steul und IQ-Sprecherin Ulrike Kaiser. Die Moderation der Veranstaltung hat Werner Lauff, Publizist und Medienberater (Düsseldorf).
Im Internet: www.initiative-qualität.de

Qualität und Krise

Baden-Württemberger fordern kritische Recherche ein

Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten werden an Journalistinnen und Journalisten besonders hohe Anforderungen gestellt. Es geht darum, die Ursachen der Krisen zu erklären; zu zeigen, wie sich die Krise auf die Gesellschaft auswirkt, wer dafür verantwortlich ist, wer davon profitiert und wer darunter zu leiden hat. Doch werden sie dieser Aufgabe gerecht? Darüber diskutierten am 22. Juli im Esslinger Gewerkschaftshaus Gewerkschafter, Journalisten und interessierte Bürger auf Einladung der IG Metall Esslingen und des Landesvorstandes der dju in ver.di.

„Seit vielen Jahren werden die neoliberalen Glaubenssätze nachgebetet", so Sieghard Bender, Erster Bevollmächtigter der IG Metall. „Oft werden Statements von Geschäftsleitungen einfach wiedergegeben." Keine Spur von kritischer Recherche, selbst ein einfacher Anruf bei Gewerkschaften oder Betriebsräten unterbleibe. Kai Bliesener, Sprecher der IG Metall Baden-Württemberg plädiert für einen „kritischen Blick statt pauschaler Medienschelte". Er kennt auch viele Positiv-Beispiele. Der Konkurrenzdruck – auch durch neue Medien – ist groß. Nachrichten werden oft direkt nach einer Pressekonferenz abgesetzt, vorab online publiziert oder von den Agenturen an die Redaktionen weitergegeben. Bliesener rät den Gewerkschaftern: „Selbst aktiv werden, Kontakt aufnehmen, Informationen an die Redaktionen weitergeben. Denn gerade jetzt sind Gegenpositionen gefragt!" Ein Rat, der bei den Journalisten auf Zustimmung stieß. Uli Schreyer, Vorsitzender des dju-Landesvorstands betonte: „Journalismus braucht Anregung und Kritik von innen und außen." Leider seien viele Redaktionen personell ausgedünnt, viele Kollegen klagten, ihnen fehle die Zeit zu eigenständiger Recherche. Etliche sorgten sich um ihren Arbeitsplatz, weil die Konjunktur-Krise auch die Medienhäuser trifft und mancher Unternehmer unter dem Deckmantel der Krise strukturelle Veränderungen vornimmt und einen strikten Einsparungs-Kurs fährt.

In einer gemeinsamen Resolution erinnerten Gewerkschafter und Journalisten daran, dass Qualitäts-Journalismus entsprechende Arbeitsbedingungen voraussetzt. Pressevielfalt und unabhängige Berichterstattung (ohne Pressionen von Interessengruppen oder Verlegerseite) sind für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar. IG Metall und dju vereinbarten, dass die im vorigen Jahr in Esslingen begonnene Diskussions-Reihe fortgesetzt wird. Sie fordern zudem die Gewerkschaftsorganisationen auf, „Medienpolitik nicht länger stiefmütterlich zu behandeln. Gerade in Krisenzeiten müssen die Voraussetzungen für kritischen Qualitätsjournalismus erhalten werden. Daran müssen die Gewerkschaften schon in ihrem eigenen Interesse stärker als bisher mitwirken." *Red.* ■

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Antifaschistisches Infoblatt

Die wirtschaftliche Krise birgt die Gefahr, dass durch Angst vor Sozialabbau und Jobverlust rassistische und rechtsextreme Antworten wieder populärer werden. Bisher scheint es, als können neonazistische Parteien in der Bundesrepublik nicht durch die Krise profitieren. Das liegt unter anderem daran, dass seit Jahren antifaschistische Kampagnen energisch gegen rassistische Stereotypen und Vorurteile eintreten. Das inhaltliche Fundament liefert ihnen insbesondere das Antifaschistische Infoblatt (AIB) aus Berlin. Die bundesweit erscheinende Zeitschrift berichtet beständig über Entwicklungen der extremen Rechten und antifaschistische Aktivitäten – bundesweit und international.

Erstmals 1987 publiziert zählt das AIB heute zur Pflichtlektüre für kritische Journalistinnen und Journalisten sowie für Aktive aus der antifaschistischen Praxis. Das Heft liefert Hintergrundartikel, die in kommerziell ausgerichteten Medien in dieser Ausführlichkeit nur selten Platz finden. Auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit des AIB legt die Redaktion besonders viel Wert, was Autor Markus Ragusch gegenüber M bestätigte: „Unsere Zeitschrift bekommt keinerlei staatliche Zuwendungen und finanzielle Unterstützung von Parteien. Uns ist es wichtig, jederzeit unabhängig und kritisch zu berichten, ohne die Sorge zu haben, dass sich Sponsoren auf den Schlips getreten fühlen".

Auf den Schlips getreten fühlen könnten sich zum Beispiel Gliederungen der „Vertriebenenverbände", einige Studentenverbindungen oder konservative Denkfabriken, die als Schnittstelle zum Rechtsextremismus gelten. Über diese Organisationen berichtet das AIB regelmäßig und ausführlich. Unter besonderem Augenmerk des AIB liegen zudem neonazistische Organisationen und Parteien wie die NPD oder die netzwerkähnliche Struktur von Kameradschaften – sie selbst bezeichnen sich auch als „Autonome Nationalisten".

Oft widersprechen die Recherchen des AIB den offiziellen Verlautbarungen von Politikern und Sicherheitsbehörden, insbesondere wenn Neonazismus bagatellisiert oder bei Übergriffen eilig ein rechtsextremer Hintergrund ausgeblendet wird.

Die Zeitschrift beschäftigt sich darüber hinaus auch mit den geistesgeschichtlichen Aspekten der extremen Rechten sowie mit deren ideologischen Bezügen. Die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus rundet die inhaltliche Vielfalt ab. In der Sommerausgabe wurde etwa darüber berichtet, wie US-Geheimdienste nach 1945 auf das Wissen von Ärzten, Medizinern und Wissenschaftlern zurück griffen, die zuvor an Verbrechen der Nazis unter anderem in den KZ beteiligt waren.

Das Antifaschistische Infoblatt erscheint alle drei Monate und kooperiert mit regionalen Zeitschriften. Seit 1988 arbeitet die Redaktion zudem mit antifaschistischen Initiativen in Europa und Nordamerika zusammen. Ein Schwerpunkt ist die Berichterstattung über die internationalen Netzwerke, die den Vertrieb von Neonazimusik organisieren.

www.antifainfoblatt.de *Bettina Erdmann* ■

Operation am offenen Herzen

Mit ALEX fegt ein frischer Wind durch den Offenen Kanal Berlin

Foto: ALEX

Neuer Name, neues Logo und neuer Internetauftritt: Als ALEX setzte der 1985 gegründete Offene Kanal Berlin (OKB) Ende Mai eine Zäsur im Evaluations- und Reformprozess. Sichtbar sind technische Erneuerungen – wie digitale HD-fähige Kameras oder Bildmischer, Anlagen für die digitale Sendeabwicklung. Unverkennbar sind auch Veränderungen im Programm. Über den Neustart von ALEX sprach Helma Nehrlich mit Leiter Volker Bach (Bild).

M | *Es heißt, mit ALEX werde der verdienstvolle OKB aus der Krise geholt?*

VOLKER BACH | Vor drei, vier Jahren war der OKB nicht mehr zeitgemäß. Die Berliner kannten das Fernsehprogramm – wenn überhaupt – nur als das „mit dem Krisselbild". 2006 zählte man wohl nur noch rund 270 Nutzer. Die Qualität des ausgestrahlten Programms war umstritten. Zudem ging mein Vorgänger in Pension. All das hat die Medienanstalt Berlin-Brandenburg veranlasst, ihren Bürgerkanal 2006/07 zu evaluieren. Der Medienrat sah ein Potenzial, aber es musste reformiert werden. Im Abgeordnetenhaus wurde das im Februar 2008 dann beschlossen.

M | *Was bedeutete das?*

BACH | Das war verbunden mit der Forderung, höhere Ansprüche an Qualität und Inhalte anzulegen, sich neuen Nutzern und Ideen zu öffnen sowie in der Medienlandschaft in Berlin angemessener als regionale Plattform zu agieren. Unser Auftrag ist stärker zweigeteilt. Es geht weiter um die Vermittlung von Medienkompetenz. Wir wollen aber auch besser in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, Kreativität in der Region bündeln. Das hat intern einen Lernprozess und Debatten bedeutet. Wir haben jetzt fast doppelt so viele Mitarbeiter – 13 Festangestellte, etliche Werkstudenten, Projektstellen, neuerdings sogar einen Volontär.

M | *Wie läuft der Reformprozess?*

BACH | Quasi als Operation am offenen Herzen. Der Betrieb lief weiter, Neues kam laufend hinzu. Die Atmosphäre hat sich grundlegend geändert. Wir sind offener, transparenter geworden, Erscheinungsbild und Inhalte passen besser zusammen. Die Macher sollen sich wohlfühlen, als Teil einer ALEX-Gemeinschaft. Diesen Gedanken fördern wir sehr – auch indem sich die Produzenten gegenseitig in ihren Sendungen ankündigen.

M | *Mit dem Werkstudio kümmern Sie sich um Produzentenfortbildung?*

BACH | Schon vor ALEX gab es sehr gute Programmbestandteile, Formate und Sendungen. Es wurden auch immer wieder Kurse angeboten. Neu ist: Wir bündeln und liefern alles kompakt. Künftig wollen wir für die Qualifikation sogar Zertifikate vergeben. Wir organisieren auch spezielle ALEX Lectures, wo gestandene Profis Wissen weitergeben. Generell wird es im ALEX Werkstudio drei Fortbildungsstufen geben. Das Werkstudio klassik ist bereits eingeführt und bietet das Basiswissen in etwa zehn Einführungkursen pro Monat. In der zweiten Jahreshälfte 2009 gehen wir die nächsten beiden Stufen an, genannt plus und pro. Da werden inhaltliche Gestaltung, spezielle Lichteffekte und ähnliches im Vordergrund stehen, auch Genrefragen etwa beim Hörfunkfeature. In Stufe drei wollen wir Kreativkurse anbieten, wo neue Redaktionsmodelle und ähnliches erprobt werden können – für Radio, Fernsehen oder Web 2.0.

M | *Strahlen diese Bemühungen aus bis in die Profi-Medien?*

BACH | Die Moderatorin unserer Sendung „Film gevagued" etwa wurde kürzlich vom rbb angefragt. Solche „Abwerbung" wäre für unsere Macher zunächst bitter, entspricht aber genau unserem Konzept als Sprungbrett für qualitativ Gutes, schließlich sind wir gebührenfinanziert.

M | *Und wie steht es damit, gutes Altes zu bewahren, aber neue Inhalte, neue Macher aufzubieten?*

BACH | Wir haben inzwischen etwa 580 eingetragene Produzenten. Da sind Gestandene darunter, denen wir jetzt helfen, etwa jahrzehntealte Vorspänne oder die Studiodekoration zu modernisieren. Erste wesentliche Schritte haben wir auf den Mediennachwuchs in Berlin zugetan. ALEX hat sich in allen erreichbaren Ausbildungseinrichtungen vorgestellt und um Mitarbeit geworben. Zugleich wurden im Netz gute Sachen ausfindig gemacht und „Content-Scouts" in die junge Szene losgeschickt. So stießen wir auf die Musik-Talk-Show „TV Noir" von Enthusiasten in Kreuzberg, die inzwischen mit unserer Technik aufgezeichnet bei uns gesendet wird – im Fernsehen und im Netz. Auch „Lotte-TV" entstand so. Und wir kooperieren, etwa mit Festival-TV oder nach wie vor mit Uni-Radio. Das so entstandene Programm – 20 neue Sendungen wurden inzwischen etabliert – muss sich jetzt stabilisieren.

M | *Sie haben 3 bis 5 Jahre Zeit zur Erneuerung. Was soll ALEX dann sein?*

BACH | Der Sender für das attraktive Berlin unterhalb der Profi-Ebene. Slogan könnte sein: „Wenn du an Medien in Berlin denkst, sollst du auch an ALEX denken. Wenn du an Bürgermedien denkst, musst du nach Berlin gucken." So ehrgeizig sind wir dann schon. ■

Über ALEX

ALEX ist als Einrichtung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) gebührenfinanziert. Das Fernsehprogramm erreicht rund 1,25 Millionen Berliner Kabelhaushalte unverschlüsselt und direkt. Im Radio ist ALEX über die UKW-Frequenz 97,2 und über Kabel 92,6 auf Sendung. www.alex-berlin.de

Foto: Petra Dreßler

Nur ein erster Schritt

Als letzte ARD-Anstalt verhandelt RBB über Gehälter und Honorare

Am 20. August wurden im RBB (Bild) endlich Verhandlungen über die Gehälter und Honorare der festen und freien Mitarbeiter aufgenommen. Höchste Eisenbahn, läuft doch der alte Tarifvertrag – und damit die Friedenspflicht – am 30. September 2009 aus. Die Gewerkschaften hatten darauf gedrängt, frühzeitig Tarifvertragsverhandlungen aufzunehmen und nicht erst kurz vor Toresschluss. Das Ziel: Ein Abschluss, der die Gehälter und Honorare auf ARD-Niveau bringt.

Die Geschäftsleitung hatte eine rasche Aufnahme von Gesprächen wegen „Terminschwierigkeiten“ zunächst abgelehnt. Als sie nun im August überraschend doch Zeit für eine erste Runde gefunden hatte, bot sie eine Erhöhung der Gehälter für Festangestellte um jeweils 2,2 Prozent ab Oktober 2009 und nochmals ab Oktober 2010 an. Die Gewerkschaften werteten das Angebot als einen ersten Schritt, mehr jedoch nicht.

Für die Freien will der RBB die tarifierten Honorare um den gleichen Betrag anheben. Dies lehnen ver.di und der djv jedoch kategorisch ab. Der Hintergrund: Die tarifierten Honorare, die dort zugrunde gelegt werden sollen, wurden bereits vor vielen Jahren festgelegt. Sie sind längst überholt und liegen weit unter den tatsächlich gezahlten Honoraren. „Eine Erhöhung dieser Papierzahlen bringt keinem Freien auch nur einen Cent mehr“, so eine Sprecherin der Freienvertretung rbbpro. Die Gewerkschaften fordern deshalb eine Erhöhung der tatsächlich gezahlten Honorare, analog zu den Gehältern der Festen!

ver.di ging am 20. August mit der Forderung eines einheitlichen Festbetrags von 300 Euro auf jedes Gehalt zuzüglich einer linearen Erhöhung der aufgestockten Gehälter um drei Prozent ins Rennen. Damit sollen die Gehälter der unteren Vergütungsgruppen prozentual stärker angehoben, die sich immer weiter öffnende Einkommensschere ein wenig geschlossen werden. Die Zahlung eines Festbetrags gleich welcher Höhe hat die Unternehmensleitung bisher abgelehnt. In allen anderen ARD-Anstalten wurde jedoch ein Festbetrag abgesegnet, allerdings nur zwischen 30 bis maximal 50 Euro. „Insgesamt liegt das bisherige Angebot des RBB weit unter ARD-Niveau“, erklärt ver.di-Verhandlungsführerin Stephanie Damm, „das bedeutet eine weitere Abkopplung von den ARD-Gehältern und -Honoraren.“

Uneins waren sich die Parteien auch bezüglich der Laufzeit eines neuen Gehalts- und Honorartarifvertrages: Während die Gewerkschaften zwölf Monate wünschen und sich analog zu den anderen ARD-Abschlüssen maximal auf eine Laufzeit von 24 Monaten einlassen wollen, will die Geschäftsleitung 27 Monate. Im Falle einer Einigung zum 30. September wäre das Laufzeitende der 31. Dezember 2011. „Wer verhandelt über Weihnachten? Wer setzt sich am Neujahrsmorgen für seine Einkommenssteigerung ein“, zweifelt Damm, „die Gefahr von Leermonaten ohne Gehaltserhöhung ist erheblich.“ Wenn man sich auf 27 Monate einlasse, sei man immer Schlusslicht, meint auch Jürgen Schäfer, ebenfalls Verhandlungsführer für ver.di. Man wolle sich jetzt in den ARD-Zyklus einreihen.

Ein weiteres „No go“: Die Geschäftsleitung knüpft ihr Angebot an Verschlechterungen im Manteltarifvertrag: Sie möchte die Dienstzeitstufen in den unteren Stufen L bis E streichen. Außerdem will sie, dass über die Gewährung der Endstufen in den Vergütungsgruppen A und B künftig allein die Intendantin entscheidet. „Ausdehnung der Gutsherrinnenart à la rbb“, fragt sich Damm. Die Gewerkschaften lehnen jede Vermengung mit Themen des Manteltarifvertrages ab. „Wir wollen eine reine Gehalts- und Honorarrunde“, so Schäfer. Beide Seiten seien gewillt, vor Ablauf des Tarifvertrags zu einer Einigung zu kommen. Für den 18. September ist die nächste Verhandlungsrunde verabredet. Auf einem ver.di-Flugblatt gab man sich jedenfalls kämpferisch: Man wolle sich „politisches Taktieren und Kräftemessen“ am liebsten sparen, werde aber notfalls „die Konfrontation nicht scheuen“. *ucb* ■

Informationen

Informationen: www.rundfunkfreiheit.de und über den ver.di-Mailverteiler, anzufordern unter: verdi-rbb@verdi.de

Erfolgreicher Tarifabschluss für SR-Freie

Erstmals Sonderzahlung

Die Verhandlungen über die Honorarerhöhungen für die 12a-Freien des Saarländischen Rundfunks (SR) sind am 8. Juli erfolgreich abgeschlossen worden.

„Wir bekommen im Ergebnis genau so viel wie die Festangestellten, und wir haben es auch geschafft eine soziale Komponente in den Abschluss einzubauen“, heißt es in einer Pressemitteilung der ver.di-Verhandlungskommission. Der Abschluss im Einzelnen: Ab 1. September 2009 werden 1,7 Prozent mehr Honorar gezahlt, ab 1. Januar 2010 sind es 2,5 Prozent. Außerdem gibt es erstmals auch für die 12a-ler eine Sonderzahlung in Höhe von 385 Euro mit der diesjährigen November-Abrechnung. Wie bei der Einmalzahlung erhält jeder 12a-ler – unabhängig von seinem individuellen Honorar – die gleiche Summe. Der große Unterschied zur Einmalzahlung liegt aber darin, dass es diese Sonderzahlung unbefristet auch in den nächsten Jahren immer wieder im November geben wird, als Quasi-Weihnachtsgeld. Als Ausgleich für die im Vergleich zu den Festangestellten spätere lineare Erhöhung erhalten die Freien in diesem Dezember eine höhere Einmalzahlung von 500 Euro. Außerdem konnten wir die Geschäftsleitung davon überzeugen, den Berechnungsmodus für das Urlaubsentgelt leicht zugunsten der 12a-ler zu verändern, so dass ab dem 1. Januar 2010 alle Freien etwas mehr Urlaubsgeld bekommen. Insgesamt hat der neue Honorartarifvertrag eine Laufzeit bis zum 30. April 2011. *Red.* ■

Mehr, moderner und subtiler

Rechtsextremes Angebot im Internet wächst

„Das Internet ist die Kommunikationsplattform Nummer 1 für Rechtsextreme geworden", sagte Stefan Glaser von Jugendschutz.net bei der Vorstellung des Jahresberichts in Berlin. Professionell und modern gestaltet sind die rechtsextremen Seiten oft schwierig zu erkennen. Deshalb bittet Jugendschutz.net die Internet-Community um Hinweise, denn durch Kooperation mit den Providern gelingt es immer öfter, diese Webangebote aus dem Netz zu drängen.

Jugenschutz.net, 1997 von den Ländern gegründet, hat 2008 ein weiteres Anwachsen rechtsextremer Websites von 1635 auf 1707 beobachtet. Dabei ist speziell die Zahl der Web-Angebote aus dem Umfeld neonazistischer Kameradschaften und „Autonomer Nationalisten" gewachsen. Mit 1.500 rechtsextremen Videos und Profilen in sozialen Netzwerken wurden doppelt so viele Verstöße und Unzulässigkeiten dokumentiert wie 2007. „Unzulässig", so Jugendschutz.net-Pressesprecherin Meike Steinle, sind „Inhalte, wenn sie nach dem Strafgesetzbuch oder dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) verboten sind." Im Umkreis rechtsextremer Web-Seiten handele es sich aber meistens um strafbare Inhalte wie verbotene Symbole (67 Prozent), Volksverhetzung (25 Prozent oder Holocaust-Leugnung (5 Prozent). Als Beispiele für Inhalte, die unzulässig, aber nicht strafbar sind, nennt Steinle Posenangebote von Kindern und Jugendlichen in einer unnatürlich geschlechtsbetonten Körperhaltung. „Statt einer Haft- oder Geldstrafe kann dem Täter hier neben der Sperrung des Angebotes eine Geldbuße auferlegt werden."

72 Prozent der rechtsextremen Seiten nutzen deutsche Internet-Dienste. Die Häufigkeit unzulässiger Inhalte ist seit 2006 von 18 auf zehn Prozent gesunken, die Agitation wird immer subtiler verpackt. Bei den im Ausland angemeldeten Seiten kommen rund 70 Prozent aus den USA. Eine Rolle spielen auch niederländische und österreichische Server mit 8 und 6 Prozent. Bei rechtsextremen Verstößen auf ausländischen Seiten hat jugendschutz.net häufig mit Hinweisen auf die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Providers Erfolg, wenn in ihnen Hassreden oder rassistische Äußerungen explizit verboten sind. Die Zahl der rechten Szene-Dienste ist 2008 auf mindestens 12 Provider angestiegen, die der rechten Internet-Radios auf 16. Ebenso wächst das Angebot zur rechten Website-Gestaltung, für CDs, Flirt-Börsen oder Graffiti-Vorlagen. Rund 170 Szene Vertriebe nutzen außerdem das Internet als Verkaufsplattformen für Kleidung, Devotionalien und Musik.

Als wirksames Mittel gegen rechtsextreme Web-Inhalte erweist sich laut Jugendschutz.net die Kooperation mit in- und ausländischen Providern oder Plattformen wie „YouTube". 80 Prozent der kritisierten Angebote wurden so aus dem Netz entfernt. Bei diesem Monitoring der rechtsextremen 2.0-Szene arbeiten inzwischen 17 nationale Online-Meldestellen im 2002 entstandenen Netzwerk INACH (International Network Aganinst Cyber Hate) zusammen.

Deshalb bezeichnete es Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung (BPB), als unverständlich, dass die Einrichtung in Deutschland von den Ländern nicht ausreichend finanziert werde. Die BPB unterstütze Jugendschutz.net deshalb seit 2007 für zunächst vier Jahre mit jährlich 200.000 Euro. Ebenso greift die Bundeszentrale zusammen mit dem Bundesfamilienministerium der von einem Verein organisierten Online-Beratung gegen Rechtsextremismus finanziell unter die Arme. Sie bietet Aussteigern, aber auch Eltern, Lehrern, Arbeitgebern und Kollegen anonym und kostenlos Rat, wenn sie mit Rechtsextremismus konfrontiert sind. *sus* ■

Weiter lesen

www.jugendschutz.net
www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de
www.bpb.de/themen/R2IRZM,0,0,Rechtsextremismus.html
www.inach.net/

INACH
BRINGING THE ONLINE IN LINE WITH HUMAN RIGHTS

Fair Radio

Wer das Radio einschaltet, glaubt Authentisches zu hören. Mitunter klafft jedoch eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Oft wird etwas vorgegaukelt!
Die Fair Radio Initiative sammelt Beispiele, über die M in dieser Rubrik berichtet.

Halt die Stimme kenne ich doch, werden viele Radiohörer jedes Wochenende sagen. Aber sicher sind sie doch nicht, ob es wirklich die Stimme ist, die sie sonst vom Radio kennen.
Ob Fußball, Radsport, Wintersport, oft ist außer der jeweiligen Stimme der Reporterin oder des Reporters eine weitere Stimme zu hören, die viele irgendwie doch auch aus dem Radio kennen. Und sie haben Recht. Die öffentlich-rechtliche ARD hat so etwas wie eine Art „führende Rolle" bei den Stadionsprechern im Fußball und bei anderen Sportveranstaltungen.
Liegt es daran, dass ARD-Radioleute so bekannt sind, dass sie gerne genommen werden? Liegt es daran, dass vor allem freie ARD-Mitarbeiter diese Jobs machen müssen, weil ARD-Intendanten genau da sparen, womit Sie eigentlich ihr Geld verdienen, im Programm / in den Redaktionen? Liegt es daran, dass manche Sportchefs es einfach toll finden, dass ihre Mitarbeiter so gefragt sind? Ein Sender nennt das Redaktionsintern „das zeigt doch wie nahe wir dran sind am Geschehen".
Ist das unabhängiges Radio ? Können Journalisten, die oft auch noch über die Vereine berichten (müssen), von denen sie dann in ganz anderer Funktion bezahlt werden, wirklich unabhängig arbeiten? Müssen Radiomacher / Radiohörer das hinnehmen, weil Redaktionsetats immer knapper werden und freie Mitarbeiter gar keine andere Chance haben, ausreichend Geld zu verdienen? Macht es Radiohörern gar Spaß, wenn sie Tage vorher die Kollegen als Reporter im Radio und sie bei der Bundesligaschalte am Wochenende als Stadionsprecher im Hintergrund hören?
Kolleginnen und Kollegen haben uns berichtet, dass teilweise Redaktionen sogar während des Spiels Gebrauch von den Stadionsprechern machen, um so an exklusive Infos heranzukommen.
Die Fair Radio Initiative will diese Vorgehensweisen in den nächsten Wochen zur Diskussion stellen und von Hörern wie Kollegen erfahren, ob das so alles richtig ist oder, ob so die Unabhängigkeit der Journalisten nicht doch den Bach runter geht. Dabei ist der Sport in diesem Fall nur ein Beispiel von vielen, dennn wie rechtfertigen gerade öffentlich-rechtliche Sender eine angeblich unabhängige Berichterstattung über genau genommen kommerzielle Unterhaltungsevents, die sie über Wochen in ihren Radioprogrammen als Präsentatoren gepowert und gepusht haben? *Seiwert-Fauti* ■
Im Internet unter: www.fair-radio.info

Betriebsratswahl im Kino verhindert

Initiatoren gekündigt

Mit Kündigungen und Drohungen wurden Beschäftigte des Mathäser-Kinos München, die eine Betriebsratswahl durchführen wollten, eingeschüchtert. Die Wahl ist deshalb vorerst gescheitert.

Am Abend des 13. Juli fand im Münchener Multiplexkino Mathäser eine Betriebsversammlung zur Wahl eines Wahlvorstandes statt. Die 128 anwesenden Kinomitarbeiter haben sich jedoch nicht für den vorgestellten Wahlvorstand entscheiden können, am Ende fehlten drei Stimmen.

Im Vorfeld der Versammlung war es zu gezielten Aktionen des Arbeitgebers, der Kinopolis GmbH & Co. Multiplex KG, gegen die sieben Initiatoren der Wahl gekommen. Zwei der sieben Mitarbeiter wurden ohne schriftliche Angabe von Gründen fristlos gekündigt und am Tag der Betriebsversammlung durch Ausspruch eines Hausverbots an der Teilnahme gehindert. Zwei Tage vor der Wahl verkündete der Gesamtbetriebsleiter, dass es ab dem 13. Juli angebliche Einsparungen im Personalbereich geben werde: wie Gratis-Popcorn und Mineralwasser für die Mitarbeiter, Gratis-Parkmöglichkeiten, Schichtwünsche und andere betriebliche Regelungen sollten gestrichen werden.

Vor dieser Drohkulisse haben sich dennoch 63 Mitarbeiter für die Einsetzung des Wahlvorstands entschieden. Damit wurde das nötige Quorum knapp verfehlt. „Die Art und Weise, wie im Mathäser die Grundrechte von Beschäftigten beschnitten werden, ist unerträglich. Wir werden gegen die gezielte Behinderung der Betriebsratswahl strafrechtlich vorgehen, denn auch ein Kino ist kein rechtsfreier Raum“, erklärte ver.di-Sekretär Ertunç Eren. Die entsprechende Klage gegen die Betriebsleiterin ist eingereicht worden.

Am 21. Juli fand die Güteverhandlung der beiden gekündigten Kollegen statt. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie im April während ihrer Arbeitszeit geraucht hätten. Der zuständige Arbeitsrichter war von diesem Kündigungsgrund nicht sehr überzeugt. Inzwischen hat einer der Kollegen die gütliche Einigung angenommen. Das andere Verfahren läuft weiter. Auf Betreiben des Arbeitgebers wurde ein Mitarbeiterrat gegründet, der natürlich keinen Betriebsrat ersetzt. Die angedrohten Kürzungen wurden zurück genommen. *Red* ■

Tatort Drehort

Debatte über Arbeitszeiten am Set zum Filmfest in München

Abb: www.filmfest-muenchen.de

Die gut besuchte Black Box am Münchner Gasteig war Ende Juni anlässlich des Filmfestes Schauplatz einer spannenden Podiumsdiskussion zum Thema „Arbeitsbedingungen am Set – kann die Branche so weitermachen wie bisher?“

Etwa 100 interessierte Besucher, darunter viele Filmschaffende, waren live dabei, als hochkarätige Podiumsgäste den „Tatort Drehort“ untersuchten: Bettina Reitz, Programmbereichsleiterin Spiel-Film-Serie des Bayerischen Rundfunks (BR); Uschi Reich, Produzentin; Jana Karen, Szenenbildnerin; Manu S. Scheidt, Herstellungsleiterin; Jobst Oetzmann, Regisseur; Stefan Hornung, Regieassistent; und Matthias von Fintel, ver.di-Tarifsekretär. Sie erörterten unter der Gesprächsleitung von Journalistin Corinna Spies die drängenden Fragen: Warum wird so lange gearbeitet? Wieso werden die Budgets für TV-Produktionen mit jedem Jahr kleiner (obwohl die Rundfunkgebühren steigen)? Warum werden die Drehzeiten immer kürzer (obwohl die Stoffe nicht unaufwändiger werden)?

Feste Tarif- und Arbeitszeitstandards forderte Stefan Hornung und machte überzeugend klar, dass überlange Arbeits- und Drehzeiten eher die Regel als die Ausnahme darstellen. Jana Karen kritisierte, dass die eigentliche Konzeptarbeit für das Projekt mittlerweile nachts stattfände, damit tagsüber der Dreh absolviert werden könne: ein Ergebnis der immer kürzeren Vorbereitungszeit bei gleichzeitig immer später abgeschlossenen Drehfassungen der Bücher. Die Regularien der Budgetvergabe müssten dringend überarbeitet werden, betont Bettina Reitz. Die einstige Produzentin vertrat ihre Position als Sendervertreterin und Auftraggeberin, wie man es so offen und problembewusst vielleicht nicht erwartet hatte. Der BR sei bisher einer der wenigen Sender, der die Budgets noch etwas variieren konnte. Leider wird es jetzt wohl auch dort eine Deckelung geben. Überlange Arbeitszeiten kommentiert sie mit: „Filmzeit ist Lebenszeit!“

Manu S. Scheidt verwies auf die Schwierigkeit der zementierten Sendermbudgets und wünschte sich mehr Flexibiltät bei der Vergabe. Manchmal ließe sich ein 90-minütiges TV-Movie auch mit 200.000 Euro weniger realisieren, die gleichzeitig bei einem „Tatort“-Budget fehlten. Auch sie forderte tariflich festgelegte Arbeitszeiten, die sich dann allerdings auch in der Drehplanung niederschlagen müssten.

Uschi Reich sah das Problem länger werdender Arbeitszeiten nicht so zugespitzt und führte dies auf das von ihr betreute Genre zurück, den überwiegend für das Kino produzierten Kinder- und Familienfilm, bei dem zwangsläufig gesetzlich definierte Arbeitszeiten und -pausen für Kinder und Jugendliche den Takt vorgeben. Aber sie kritisierte, dass sie in ihrer Laufbahn auch schon einige unvorbereitete Regisseure erlebt habe und dies in Bezug auf die Verantwortung für ein Filmprojekt als Affront sähe. Jobst Oetzmann definierte derartiges Verhalten als eine Frage der Berufsehre. Auch er wünschte sich insgesamt mehr Spielraum an Dreh- und Arbeitszeit. Aber eben nicht bezogen auf die tägliche Arbeitszeit, die ihn dazu zwinge, „nach etwa 16 Stunden von den Schauspielern nur noch Totalen zu drehen“. Oetzmann verwies auch darauf, dass er, als die Nachwirkung des alten Tarifvertrags im Jahre 2005 für kurze Zeit keinen Bestand hatte, einmal eine Produktion zur gesetzlich definierten Arbeitszeit von maximal 10 Stunden pro Tag zu realisieren hatte, und: „Siehe da, es geht!“.

Matthias von Fintel von ver.di machte jedoch klar, dass es langfristig nicht ohne Tarifvertrag ginge, auch aus Sicht der Produzenten, die in der aktuellen Verhandlungsrunde ebenfalls auf eine Arbeitszeitbegrenzung drängen. Allerdings sei man hier noch unterschiedlicher Auffassung. Dies wäre das erste Mal, dass eine Höchstarbeitszeit in einen Tarifvertrag geschrieben werde – fast schon ein historischer Akt. Er ermögliche dann auch Kontrollbehörden eine leichtere Handhabe, nicht nur im Schadensfall. Kurz und gut: Es entsteht mehr Rechtsicherheit für Alle.

Thomas Trost ■

Tarifrunde für Filmproduktionen vertagt

Die vierte Runde der Tarifverhandlungen für Film- und Fernsehschaffende zwischen den Produzentenverbänden und ver.di ist am 6. Juli 2009 ohne Ergebnis zu Ende gegangen.

Trotz intensiver Verhandlungen und der erstmaligen Bereitschaft der Produzenten zur Fixierung der täglichen Arbeitszeit im Tarifvertrag seien die maximale Dauer der täglichen Arbeitszeit, Ausnahmeregelungen sowie dann fällige Kompensationen strittig geblieben, heißt es in einer Pressemitteilung.

ver.di fordert eine Begrenzung der täglichen Arbeitszeit auf zwölf Stunden sowie eine deutliche Tariferhöhung. Zudem ist eine Verlängerung der Ruhezeit nach dem Arbeitsende in die Verhandlungen eingebracht worden. Der Tarifvertrag gilt bundesweit für etwa 25.000 auf Produktionsdauer befristet Beschäftigte in Kino- und Fernsehfilmen.

„Für uns führt der Weg zu einem Tarifergebnis nur über die Eindämmung überlanger Arbeitszeiten am Drehtag. Die Entwicklung zu immer weniger, aber dafür umso längeren Drehtagen hat ein gesundes Maß verlassen. Die Qualität der Produktionen und die Sicherheit der Beschäftigten am Filmset leidet darunter“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

Die Tarifparteien kommen am 7. Oktober zur nächsten Verhandlungsrunde zusammen. *Red.* ■

Kinobeschäftigte gehören ins Licht

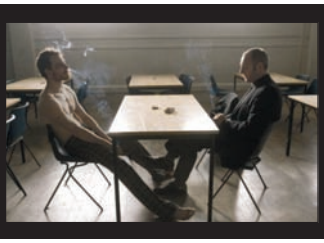
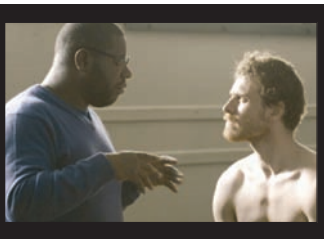
Unter dem Motto „Kinobeschäftigte gehören ins Licht“ fand am 25. August das erste hessenweite Vernetzungstreffen der hessischen Kinobeschäftigten statt. 20 Kinobeschäftigte – vom gestandenen Filmvorführer, der seit über 25 Jahren in seinem Beruf tätig ist, bis zur studentischen Aushilfskraft – trafen sich im Frankfurter Gewerkschaftshaus.

Diskutiert wurden über die Auswirkungen der Digitalisierung der Lichtspielhäuser auf die Beschäftigten und da speziell auf die Filmvorführer und über die (Neu-) Gründung von Betriebsräten. Rückfragen: Conny Dörries, ver.di / connexx.av, Fon: 069 / 25 69 15 24, E-Mail: cornelia.doerries@connexx-av.de.

Wer in den E-Mail Verteiler für Kinobeschäftigte des Fachbereichs Medien in Hessen aufgenommen werden möchte, schreibt bitte ebenfalls an die angegebene E-Mail Adresse. *Red.* ■

Filmrezension: „Hunger“

Mahnmal gegen menschenunwürdige Zustände

GB / IRL 2008. R: Steve McQueen. D: M-Fassbender, Liam Cunningham, Stuart Graham. 91 Min.

Scheußlicher kann man sich ein Gefängnis von innen nicht vorstellen: An den Zellenwänden klebt überall Kot, am Boden schwimmen Speisereste. Mittendrin die halbnackten, verfilzten, zotteligen, langhaarigen Insassen, die die Häftlingsuniform und jegliche Körperhygiene verweigern. Es sind IRA-Aktivisten, die mit ihrem Waschstreik den Status von politischen Gefangenen einfordern und sich selbst von schlimmsten Torturen nicht klein kriegen lassen: Sie werden zwangsgewaschen, zwangsrasiert, getreten und mit Gummiknüppeln blutig geschlagen. Der berüchtigte H-Block im nordirischen Maze Prison ist 1981, zur Zeit des unerbittlichen harten Thatcher-Regimes, auch ein Ort der Menschenverachtung und Gewalt.

„Hunger“, uraufgeführt 2008 in Cannes und nun in den deutschen Kinos, ist einer der unerträglichsten, schaurigsten und zugleich großartigsten Filme der vergangenen Jahre, bei dem man oft wegschauen möchte, sich aber nicht dem Sog der Geschichte entziehen kann, mit den gemarterten Protagonisten mitleidet und zutiefst beeindruckt ist von ihrer charakterlichen Stärke. Gedreht hat diesen Film der britische Turner-Preisträger Steve McQueen, der ihn wie ein dreiteiliges Tryptichon anlegt und souverän seinen hohen Anspruch einlöst, die gräuliche Atmosphäre auf allen Sinnesebenen zu vermitteln.

Man meint, den bestialischen Gestank in der Nase zu haben, wenn die Kamera die kackbraunen Wände herauf und herunter wandert, wenn vermummte Putzkräfte mit Mundschutz gegen den Dreck anrücken. Und wenn eine riesige Phalanx von militärisch gerüsteten Polizisten aufmarschiert, die aggressiv mit ihren Schlagstöcken auf ihre Panzerschilder trommeln, schwillt der Ton so laut an, dass es weh tut.

Nicht minder stark das zentrale Kernstück, ein einziges, 20 Minuten langes Streitgespräch zwischen dem IRA-Anführer Bobby Sands und dem katholischen Priester der Anstalt. Ein packender Dialog, erst halb humorvoll, schlagfertig, dann philosophisch, schließlich warnend. Was bringt es, als letztes Mittel des Protests in den Hungerstreik zu treten? Bobby ist dazu entschlossen. Der Priester versucht ihn davon abzuhalten, gemahnt an das große Leid, das er seinen Anhängern und seiner Familie zufüge, ohne sichergehen zu können, dass sein Tod irgendwas bewirke. Nach diesem intensiven langen Schlagabtausch, bei dem es keinen klaren Gewinner gibt, verstummt Bobby Sands und mit ihm der Film.

Der dritte Teil widmet sich ganz dem Hungerstreik und Bobbys Sterben. Unglaublich, wie authentisch und echt der überragende Michael Fassbender das spielt, der sich für diese Rolle selbst erschreckend abgemagert hat. Wie er von Tag zu Tag immer schwächer wird, wie die Haut allmählich verwest, wie er unbeirrt seinen Leidensweg geht, sich kaum noch auf den Beinen halten kann, schließlich nur noch liegt und röchelt – kaum auszuhalten.

„Hunger“ ist eine mutige, kompromisslose Annäherung an das, was damals geschehen ist, aber auch ein erschütternd-schockierendes Mahnmal gegen menschenunwürdige Zustände in Haftanstalten – sei es das Maze Prison oder Guantanamo. *Kirsten Liese* ■

Fotos: www.imdb.com

Verfassungsgericht schränkt Pressespiegel-Haftung ein

Die Haftung von Medien für den Inhalt von Presseschauen und -spiegeln hat das Bundesverfassungsgericht in einem Beschluss vom 25. Juli 2009 (Az. 1 BvR 134/03) beschränkt. Die Sorgfaltspflichten der Presse bei der Verbreitung fremder Äußerungen dürften nicht überspannt werden, um den durch Artikel 5 des Grundgesetzes „geschützten freien Kommunikationsprozess nicht einzuschnüren“, begründeten die Karlsruher Richter ihre erste Entscheidung zu Pressespiegeln.

Bereits aus der äußeren Form ergäbe sich aus Sicht des Lesers, dass hier ein Fremdbericht in stark verkürzter Form wiedergegeben werde, dem keine eigenen Recherchen des Pressespiegel-Verbreiters zugrunde liegen. Aus verfassungsrechtlicher Sicht, so die 1. Kammer des Ersten Senats, sei daher „zumindest zweifelhaft, ob im Fall einer Presseschau den Verbreiter die Recherchepflicht uneingeschränkt trifft beziehungsweise ob nicht die eindeutige Kennzeichnung als gekürzter Fremdbericht im Regelfall als hinreichende Distanzierung anzusehen ist.“

Im konkreten Fall hatte die Verfassungsbeschwerde des „Effecten-Spiegels“ allerdings keinen Erfolg, weil die Börsenzeitschrift den Sinngehalt eines Berichts des „Handelsblatts“ verfälscht wiedergegeben habe. Damit blieb der ursprüngliche Kläger, Journalist, Fondsberater und „Börsen-Guru“ Bernd Förtsch, wie schon vor dem Land- und Oberlandesgericht Hamburg erfolgreich. *lü* ■

www.bverfg.de/entscheidungen/rk20090625_1bvr013403

Rechtswidrig

Kein angemessenes Honorar durch Total-Buy-out-Verträge

In gleich drei Entscheidungen haben Gerichte in letzter Zeit verfügt, dass Total-Buy-out-Verträge, wie sie immer mehr Zeitungs- und Zeitschriftenverlage ihren Freien aufzwingen, rechtswidrig sind und in der üblichen Form nicht mehr verwandt werden dürfen. Zentrales Argument: Die dort vereinbarte honorarfreie Zweit- und Drittnutzung von Artikeln und Fotos verstößt gegen das „Leitbild“ des im Urheberrechtsgesetz verankerten Anspruchs auf ein angemessenes Honorar.

Springer, Bauer und der Nordkurier haben es jetzt schriftlich: Ihre Vertragsbedingungen, mit denen sie ihren Freien einen Total Buy-out abpressen wollten, sind rechtswidrig und dürfen in der bisherigen Form nicht mehr verwendet werden.

Den Anfang machte das Landgericht Berlin. Es bestätigte bereits am 9. Dezember 2008 eine einstweilige Verfügung, mit der dem Axel Springer Verlag anderthalb Jahre zuvor untersagt worden war, seine Allgemeinen Vertragsbedingungen weiter zu nutzen, da sie zumindest in Teilen die betroffenen freien Fotografen „unangemessen benachteiligen“. Geklagt hatten ver.di, der DJV und FreeLens. Im Kern geht es in dem Urteil darum, dass Springer von seinen Freien sozusagen alle Nutzungsrechte für immer und ewig und auch das Recht verlangte, die Beiträge an Dritte zu vermarkten, ohne dass für diese Fälle ein Honoraranspruch eindeutig geregelt war. Das verstößt nach Meinung des Gerichts gegen das im Urheberrechtsgesetz fixierte „Leitbild“ einer angemessenen Vergütung.

Als rechtswidrig bezeichnet das Gericht außerdem die Bestimmungen, nach denen der Verlag nicht für eine unterlassene Namensnennung haften und das „Ausfallhonorar“ lediglich 50 Prozent betragen sollte. Sie gelten deshalb auch dann nicht, wenn Freie sie unterschrieben haben. Gegen dieses Urteil haben beide Seiten Berufung eingelegt.

Den Hamburger Bauer-Verlag erwischte es Mitte Juli 2009: Ihm untersagte das Landgericht Hamburg auf Antrag von FreeLens per einstweiliger Verfügung, sich von Fotografen per „Rahmenvertrag“ über den einmaligen Abdruck hinausgehende Nutzungsrechte gegen ein einmaliges Pauschalhonorar einräumen zu lassen. Da FreeLens in seinem Antrag leider nur diese eine Klausel angegriffen hatte, nicht aber zahlreiche andere, die nach Ansicht von ver.di ebenfalls rechtswidrig sind, gehen ver.di und der DJV gegen diesen Rahmenvertrag jetzt zusätzlich noch mit dem Mittel der Abmahnung vor.

Auch der Neubrandenburger Nordkurier, der im Mai mit seiner Idee, Aufträge an Freie via Internet zu versteigern, in die Schlagzeilen geraten war, kassierte am 31. Juli eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Rostock für seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu den „Rahmenvereinbarungen für freie Mitarbeiter“. Darin hatte der Nordkurier das Urheberrechtsgesetz geradezu systematisch auszuhebeln versucht und z.B. festgelegt, dass die Zeitung gelieferte Artikel auch aus „inhaltlichen, qualitativen oder rechtlichen Gründen“ ablehnen kann – und dass dann kein Honoraranspruch besteht, dass nur die gedruckten Zeilen bezahlt werden – egal wie viele bestellt oder geliefert wurden, dass die Originale von Illustrationen und Bildern einschließlich der Negative mit Ablieferung ins Eigentum der Zeitung übergehen, dass die Zeitung das Recht hat, Beiträge zu bearbeiten und umzugestalten, dass die Freien zwar ihr „Urheberpersönlichkeitsrecht“ behalten (anderes ist nach dem Gesetz auch gar nicht möglich), sich aber verpflichten, dieses Recht „nicht in einer Weise geltend zu machen, die einen Konflikt mit den … wirtschaftlichen Interessen der Gesellschaft herbeiführen kann“, dass die Freien allein die Verantwortung übernehmen, wenn Dritte gegen ihre Artikel klagen.

All diese Bestimmungen (und natürlich auch die umfassende Abtretung aller Rechte gegen ein einmaliges Honorar) seien, so das Gericht „unwirksam“. Das heißt, auch wer sie schon unterschrieben hat, kann sie getrost vergessen. Sollte der Nordkurier sie trotzdem weiter verwenden, wird ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro fällig und, falls dieses nicht bezahlt wird, eine Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten, „zu vollziehen am Vorstandsvorsitzenden“. *Goetz Buchholz* ■

Informationen zu den Rechten Selbstständiger unter: www.mediafon.net

Karikatur: Reinhold Löffler

www.media.nrw.de

Freche Kopien

Urheberrechte im non-fiktionalen TV-Bereich auf dem Prüfstand

Autoren, Journalisten, Werber und Produzenten kennen das Problem: Sie haben eine gute Idee für eine Reportage, einen Slogan, eine Kampagne, einen Roman oder eine Fernsehshow. Doch nach der Themenvorstellung bei einem möglichen Abnehmer herrscht nach anfänglicher Begeisterung plötzlich Funkstille. Monate später findet sich die vorgestellte Idee identisch oder doch irgendwie ähnlich wieder auf dem Medienmarkt, als freche Kopie.

Auch dem 43-jährigen Marcel Juegel, tätig unter anderem als TV-Formatentwickler, ist es so gegangen, so beklagt er zumindest. Im Jahr 2003 habe er die Idee zu einer Fußballcasting-Show gehabt, das Konzept an das DSF geschickt. Danach habe er nie wieder etwas gehört, aber einige Jahre später genau das TV-Konzept im Programm wieder gefunden. Das DSF und deren Kooperationspartner Beiersdorf hätten seine Idee geklaut, sagt Juegel. Gemeinsam mit dem Münchner Medienanwalt Marc Heinkelein hat er im Juli dieses Jahres am Landgericht München I Klage eingereicht und fordert von beiden Unternehmen die Herausgabe des erzielten Gewinns – und könnte damit eine branchenweit wichtige Rechtssprechung auslösen.

Denn die verwertete Idee dürfte lukrativ gewesen sein für den Spartensender. Im DSF wurde das Ganze präsentiert von der Marke Nivea. Auch solche „crossmediale Verwertungsstrategien“ seien in seinem Konzept vorgesehen gewesen, sagt Juegel. Bei ihm – und dann auch im DSF – geht es darum, Männern einen Jugendtraum zu erfüllen: einmal im Leben als Fußballprofi in ein großes Bundesligastadion einzulaufen und gegen ein Profi-Star-Ensemble anzutreten. Spieler sollen öffentlich gecastet und von einem „Star-Trainer“ auf den großen Abend, das „Spiel Deines Lebens“, vorbereitet werden. In der Branche werden gute Ideen immer wieder gerne kopiert, also hatte sich Juegel, wie viele andere Autoren und Entwickler, abzusichern versucht. Sein Konzeptpapier hinterlegte er, wie in der Branche üblich, im Juni 2003 bei der Writers Guild of Germany (WGG) und der Format Recognition and Protection Association (FRAPA).

Ende Juni 2003 übersandte er das zehnseitige Treatment dann nach telefonischer Absprache an die Programmabteilung des DSF – ordentlich dokumentiert per Einschreiben. „Danach habe ich nie wieder etwas von dem Sender gehört“, beklagte sich Juegel. Weder sei sein Konzept abgelehnt, noch zurückgeschickt worden.

Auf unsicherem Boden

Stattdessen fand er Anfang 2007 in Anzeigen und Berichten den Aufruf „Nivea for Men – Kicken gegen die Profis“. Mario Basler und der Entertainer Elton würden als Trainer kommen – und der HSV als Gegner bereitstehen. Schließlich landete auch noch die Aufforderung in seinem Mail-Postfach, doch mitzuspielen bei der Show: „Lieber Marcel Juegel“, heißt es in einem Newsletter, „nur noch wenige Tage, und die Bewerbungsfrist für das Spiel gegen den HSV läuft ab. Also: Jetzt bewerben! Übrigens: Nach dem Training kommen Sie mit den neuen Pflegeduschen ‚For Men’ wieder auf Touren.“

Am 7. Juli 2007 kickte die Nivea-Auswahl dann tatsächlich gegen den Hamburger Sportverein. Der Fussballclub erhielt verschiedenen Medienberichten zufolge übrigens 150.000 Euro – Juegel selbst aber nichts. Zwischen Ende Juli und Mitte August 2007 wurden die vier Doku-Sendungen dann im DSF ausgestrahlt.

Offenbar war die TV-Show ein Erfolg. Im November 2008 veranstaltete Beiersdorf auch noch in Kroatien eine identische Serie, wie Juegel beklagt: „Nivea for Men – Nogometni Zazov“, hieß die Reihe, produziert zusammen mit dem dortigen RTL-Ableger.

Juegel und sein Anwalt Heinkelein sind sich sicher, dass alles zu Unrecht abgekupfert wurde. Eine 16 Seiten umfassende Tabelle mit den Gemeinsamkeiten liegt der Klageschrift bei, für die eine Streitwert von 100.000 Euro angesetzt ist.

Die beiden Beklagten wollen übrigens nicht ausführlich Stellung nehmen zu dem Vorwurf. Allerdings betont das Unternehmen Beiersdorf, dass man „unabhängig von dem vorliegenden Fall“ selbstverständlich geistiges Eigentum respektiere und „gerade als Markenartikler“ darauf achte, dass Urheberrechte in jedem Fall geschützt werden.

Ob Juegel Erfolg hat, ist nicht sicher. Das Terrain Urheberrecht ist in Deutschland gerade im non-fiktionalen TV-Bereich nicht völlig klar. Vor allem seit einer BGH-Entscheidung aus dem Jahr 2003 stehen Entwickler auf unsicherem Boden. Damals hatte der Bundesgerichtshof bestritten, dass sich die Reihe „Kinderquatsch mit Michael“ unzulässig an das französische Format „L’école des fans“ anlehne. Eine „Anleitung zur Formgestaltung“ – also ein Showkonzept – sei keine schöpferische Arbeit im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und damit nicht schützbar, hieß es in der Begründung.

„Die Frage, ob das Konzept zu einer Fernsehshow rechtlich geschützt ist, ist spätestens seitdem ausgerechnet in Deutschland, dem Vorreiter des Schutzes geistigen Eigentums umstritten“, sagt Anwalt Heinkelein, der den Fall – finanziert durch nicht namentlich bekannte Dritte – deswegen als Musterprozess aufziehen will. „Wenn Ideen dauernd geklaut werden, dann muss man sich nicht wundern, wieso es kein kreatives Fernsehen mehr in Deutschland gibt.“ Eine Klage, die ähnlich übrigens auch Vertreter der Werbebranche führen. Auch sie haben jüngst eine Anpassung des Urheberrechts gefordert. „Ideen sind Kapital. Auch für Werbekonzeptionen brauchen wir den Schutz der kreativen Leistung“, erklärte Peter John Mahrenhol vom Gesamtverband Kommunikationsagenturen GWA beim Internationalen Mediendialog in Hamburg.

Allen Urhebern von Ideen rät Medienanwalt Heinkelein übrigens die Arbeit gut abzusichern, um damit – wie im wohl kommenden Prozess – die Beweisführung antreten zu können: „Beim eigenen Anwalt kann man Konzepte kostenlos hinterlegen, oder man schickt sich das Papier per Einschreiben an die eigene Adresse und lässt den Brief ungeöffnet“, lautet der pragmatische Ratschlag. Und natürlich gebe es auch noch Institutionen, die bei der Beweisführung helfen, wie die Format Recognition and Protection Association (FRAPA), die Juegel genutzt hat.

Max Hägler ■

Foto: Steffen Schmidt / Keystone

internationales

Abbau und Umbau bei Tamedia

Züricher Tages-Anzeiger streicht ein Viertel der Redakteursstellen

Redakteure des Tagesanzeiger protestieren am 26. Mai gegen die Stellenstreichungen

Im Mai kam es Schlag auf Schlag: Erst die Ankündigung der Entlassungswelle, dann die Kündigungen knapp zwei Wochen später. Seit September erscheinen der Züricher *Tages-Anzeiger* und das Berner Traditionsblatt *Der Bund* nur noch mit vier Bünden. Als Grund für diese Kostensenkungsmaßnahmen nannte das Schweizer Verlagshaus Tamedia den starken Einbruch der Werbeausgaben in den ersten drei Monaten und die Verlagerung der Werbeinvestitionen. Zu den wichtigsten Neuerungen gehört die enge Zusammenarbeit des *Tages-Anzeigers* mit dem fast 160-jährigen *Bund*, der kurz vor dem Aus stand. Eingeführt wird ein überregionaler Mantel für die Ressorts Politik, Kultur, Sport und Wirtschaft, der vom *Tages-Anzeiger* produziert wird, sowie eine gemeinsame Bundeshausredaktion.

Pietro Supino, Verwaltungsratspräsident von Tamedia, will mit dem neuen *Tages-Anzeiger (TA)* hoch hinaus: «Das muss die beste Zeitung der Schweiz werden» (*TA* 14.05.2009). Und auch für den *Bund* sieht er Vorteile: «Wir glauben, dass der *Bund* in Zusammenarbeit mit dem *Tages-Anzeiger* ein noch besseres Angebot sein wird als in der Vergangenheit.» Dies angesichts der Tatsache, dass lange unklar war, ob der *Bund* die Restrukturierungen übersteht: «Es gab wirtschaftliche Argumente, den *Bund* nicht weiterzuführen, und es gab publizistische Argumente, die den Versuch nahe legten, den *Bund* in diesem neuen Modell in die Zukunft zu führen», so Supino. Begründet wird der Umbau weniger mit der aktuellen Wirtschaftskrise als mit dem Strukturwandel der Medienwelt, die durch Internet-Angebote und Gratiszeitungen aus den Angeln gehoben wurde. Dabei will die Tamedia AG nicht nur Verluste vermeiden, sondern auch Gewinne schreiben. «Wirtschaftlicher Erfolg ist für ein Unternehmen eine wichtige Voraussetzung, um seine Zukunft selber bestimmen zu können», meint CEO Martin Kall gegenüber dem Medienmagazin EDITO. «Wir streben für Tamedia grundsätzlich eine EBIT-Marge von 15 bis 20 Prozent an.»

Das sind deutlich höhere Ertragsziele als andere Medienunternehmen in der Schweiz anstreben. Stephanie Vonarburg, Zentralsekretärin der Mediengewerkschaft Comedia, findet diese Rendite-Erwartungen denn auch «überrissen» und hält den Umbau für «ein reines Schrumpfprojekt ohne publizistische Vision». Wie die Gewerkschafterin vorrechnet, hat das Verlagshaus im Jahr 2008 einen Gewinn von 105 Millionen Franken erzielt, und das obwohl die Wirtschaftskrise bereits spürbar war. Zwar gingen die Gewinne im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent zurück, «aber ausgehend von einem sehr hohen Niveau», wie Vonarburg betont. Von diesem Gewinn wurden insgesamt 40 Mio. an die Aktionäre ausgeschüttet und 20 Mio. als freie Reserven zurückgestellt. „Allein mit diesen 20 Millionen hätte man den massiven Abbau, der wirtschaftlich nicht zwingend war, reduzieren oder zumindest staffeln können“, so Vonarburg.

Sozialplan erstritten

Auch Salva Leutenegger, Zentralsekretärin des Berufsverbandes Impressum, kritisiert „diesen massiven Stellenabbau auf Vorrat ohne wirtschaftliche Not“. Zudem bemängelt sie die Art und Weise, wie die Entlassungen ausgesprochen wurden: «Die Kündigungen wurden einfach an die Ressortleiter delegiert. Und in keinem einzigen Gespräch, das ich begleitet habe, wurde ein Dank für die Zusammenarbeit ausgesprochen, auch nicht bei langjährigen, verdienten Mitarbeitern.»

Nach sechs Wochen zähen Verhandlungen zwischen der Tamedia und den Personalvertretern kam schließlich ein Sozialplan zustande. Dieser sieht hauptsächlich drei Massnahmen vor: Erstens erhalten alle eine Abgangsentschädigung in der Höhe ihres durchschnittlichen Monatslohnes; zudem gibt es für die über 45jährigen eine spezielle Abfindung nach Dienstalter. Zweitens haben jene, die arbeitslos werden, die Wahl zwischen einer Verlängerung der Kündigungsfrist um drei Monate oder eines Ausgleichs der Lohnunterschiede, wenn sie Arbeitslosengelder beziehen. Dieser Ausgleich gilt während zwölf Monaten und bei Unterhaltspflichtigen während 18 Monaten. Drittens sorgt ein paritätisch verwalteter Fonds als Auffangnetz für Härtefälle, wenn die ersten beiden Massnahmen nicht greifen.

Verhältnismäßig am stärksten vom Abbau betroffen ist der *Bund*, dessen Belegschaft um ein Drittel reduziert wird, was 14 Vollzeitstellen entspricht. Beim *Tages-Anzeiger* wird fast ein Viertel der Redaktion abgebaut. Das sind 50 Vollzeitstellen oder gemäss einer internen Rechnung der Personalkommission 88 betroffene Personen. Davon werden 50 gekündigt oder frühpensioniert und 38 müssen ihr Arbeitspensum reduzieren. Beim *Tages-Anzeiger* müssen vor allem die Ressorts Kanton und Stadt Zürich sowie die Redaktionen der vier Regionalausgaben Federn lassen. Insgesamt 26 Vollzeitstellen werden hier gestrichen werden.

«Wie mit den verbleibenden Redakteuren die gleiche Qualität erbracht werden soll, ist völlig unklar», meint ein Regionalredakteur vom rechten Zürichsee-Ufer. Laut Tamedia sollen jetzt alle regionalen Informationen zu einem Zeitungsbund zusammengeführt und die Regionalisierung damit gestärkt werden. Doch Erwin Haas, bisheriger Leiter der Regionalredaktion für das rechte Zürichsee-Ufer, will das neue Konzept nicht mittragen und hat das Handtuch geworfen: «Wie man mit weniger Personal besseren Regionaljournalismus machen kann, ist mir ein Rätsel», so Haas. «Zudem hat es im Haus Tamedia noch nie einen publizistischen Umbau von diesem Ausmaß gegeben, bei dem die Meinung der Redaktion so wenig gefragt war.»

Nicht nur der Regionaljournalismus, auch die Inland- und die Auslandberichterstattung sind inhaltlich von den Umstrukturierungen betroffen. Grundsätzlich betrachtet Verena Vonarburg, Bundeshausjournalistin beim *Tages-Anzeiger*, den gemeinsamen Mantel als Chance, da der *Bund* nun vom grossen Netzwerk ihrer Zeitung profitieren könne. „Auf der anderen Seite ist es aber wahrscheinlich, dass die Inlandberichterstattung künftig in beiden Blättern nahezu dieselbe sein wird“, so Vonarburg. Viele befürchten daher eine Verengung der Perspektive auf die nationale und internationale Politik, so etwa die 70 ehemaligen Redakteure des *Tages-Anzeigers* in einem offenen Brief: „Wenn das Netz der Auslandkorrespondenten zusammengestrichen wird, (...) ist eine sorgfältige, seriöse Auslandberichterstattung nicht mehr möglich. Wenn in der Inlandberichterstattung der Konzernjournalismus eingeführt wird, verliert diese ihre eigenständige Kompetenz.“ Dass nun mit einem Viertel weniger Leuten ein besserer *Tages-Anzeiger* gemacht werden soll, wie das Verwaltungsratspräsident Supino vorschwebt, hat in der Belegschaft für Empörung gesorgt. Res Strehle, Co-Chefredaktor des *Tages-Anzeigers*, glaubt jedoch, dass die Qualität auch mit 50 Stellen weniger zu halten sei: «Den Abbau hätte jeder Chefredakteur durchführen müssen. Ich musste mich fragen, ob es möglich ist, Qualitätsansprüche zu erfüllen», meint Strehle gegenüber dem Medienmagazin EDITO (neue Zeitschrift von „Impressum – Die Schweizer JournalistInnen“ und „Schweizer Syndikat Medienschaffender SSM“). Das Konzept, das er mitgestaltet habe, hatte ihn schliesslich überzeugt. Die neue Strategie des *Tages-Anzeigers* läge nun weniger in der Chronistenpflicht, die bereits von News-Agenturen erfüllt würde, als in der vertiefenden Analyse: „Wir wollen pro Tag vier bis fünf herausragende Geschichten als Eigenleistung bieten, und vier bis fünf beeindruckende Bilder“, so Strehle. Überhaupt sollen Bilder ein stärkeres Gewicht erlangen und den geringeren Text-Umfang der neuen Vierbundzeitung kompensieren. Ob das auch die 50 fehlenden Redakteure kompensiert, bleibt fraglich.

Judith Arnold, Zürich ■

Foto: prensa-latina.cu

Objektiv, nicht unparteiisch

Nachrichtenagentur Prensa Latina hat wieder eine Vertretung in Deutschland

Es ist mehr eine Rückkehr als eine Expansion: Nach 20 Jahren unterhält die kubanische Nachrichtenagentur Prensa Latina wieder ein Büro in Berlin. Nach 1989 hatten beide Vertretungen – in Berlin und Bonn – schließen müssen. Die Agentur geriet damals in den Sog der schweren Wirtschaftskrise, die Kubas Ökonomie nach der Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit sich riss.

„Nach und nach haben wir uns wieder erholt“, sagt der Präsident der „PL“, Frank González. Auch, weil sich die Prensa Latina selbst finanziert. „Wir stecken jeden eingenommenen Cent wieder ins Geschäft“, so González. Der Erfolg spricht für sich: Nach der Wiedereröffnung der Auslandsbüros in Panama und der Türkei (2005), Frankreich (2006), Uruguay und Indien (2007) sowie Ägypten (2008) wurde in Berlin die jüngste Vertretung eingerichtet.

Gegründet wurde Prensa Latina 1959, wenige Monate nach der kubanischen Revolution, auf Initiative von Ernesto „Che“ Guevara und Fidel Castro. Die junge Regierung stand damals im Visier einer Medienkampagne, die vor allem von US-amerikanischen Agenturen angeführt wurde. Gerade drei Wochen nach dem Sieg über die Diktatur von Fulgencio Batista kamen deswegen hunderte internationale Journalisten im Hotel Habana Riviera zu einer Konferenz unter dem Titel „Operación Verdad“ (Operation Wahrheit) zusammen. Der Einfluss von wirtschaftlichen Interessen auf die Berichterstattung der großen internationalen Agenturen war damals eines der zentralen Themen. Man müsse, so der Tenor, eine eigene, eine lateinamerikanische Nachrichtenagentur schaffen. In der Prensa-Latina-Zentrale an der 23. Straße in Havanna ist bis heute eine Notiz Che Guevaras erhalten: „Sie sollte PRENSA LATINA heißen“.

Damals wie heute ist der Schwerpunkt der Agentur Lateinamerika. Von 26 Ländern mit Korrespondentenbüros befinden sich 16 auf dem amerikanischen Kontinent, drei in Asien, zwei in Afrika und nun fünf in Europa. Auch von Deutschland aus sollen andere, alternative Informationen den Weg in die lateinamerikanische Öffentlichkeit finden: über die soziale Realität in einem der wirtschaftsstärksten Länder der EU, die Situation der Immigranten, die sozialen Widersprüche. Die Sicht von Gewerkschaften auf diese Themen nimmt ein entsprechendes Gewicht ein.

Prensa Latina ist längst kein isoliertes Projekt mehr. Im Kontext der progressiven Reformbewegungen in Lateinamerika sind in den vergangenen Jahren mehrere Medien entstanden, die eine unabhängige Berichterstattung verfolgen. Eines der bekanntesten Beispiele ist der lateinamerikanische Fernsehsender Telesur. Prensa Latina nimmt in diesem Kontext als Nachrichtenagentur aber eine besondere Stellung ein.

Möglich wurde der Aufbau des Büros auch durch ein Kooperationsabkommen mit der sozialistischen Tageszeitung *Neues Deutschland (ND)*. Der Chefredakteur des *ND*, Jürgen Reents, verspricht sich von der Zusammenarbeit einen „aktiven Beitrag zur alternativen Information auf beiden Seiten“. Man freue sich auf die Partnerschaft mit einer Agentur, zu deren Gründungsjournalisten der Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez gehört. Seine Mitarbeit und die anderer lateinamerikanischer Persönlichkeiten haben den Charakter von Prensa Latina als lateinamerikanische Agentur gestärkt. Inhaltlich gilt bis heute, was der erste PL-Chef Jorge Ricardo Masetti 1959 feststellte: „Wir sind objektiv, aber nicht unparteiisch. Nicht Partei zu ergreifen kommt für uns der Feigheit gleich, denn man kann nicht neutral sein zwischen dem Guten und dem Schlechten.“

Harald Neuber, Deutschland-Korrespondent von Prensa Latina: neuber@prensa-latina.cu ■

Tumult im Parlament

Heftige Proteste gegen neues Mediengesetz in Korea

Foto: NUMW

In Korea kam es wegen der Verabschiedung eines Mediengesetzes zu Blockadeaktionen und Massendemonstrationen. Immerhin, die Wogen schlugen so hoch, dass sie auch den deutschen Blätterwald erreichten. „Im südkoreanischen Parlament lieferten sich über 100 Abgeordnete eine wilde Schlägerei. Mindestens eine Frau musste ins Krankenhaus eingeliefert werden", vermeldete die Nachrichtenagentur AP.

Die Auseinandersetzungen um das neue Mediengesetz haben bereits 2008 angefangen. Die koreanische Mediengewerkschaft (NUMW), Mitglied von UNI-MEI und die Opposition wollten verhindern, dass mit den neuen Regelungen u.a. zu Cross-Owner-Ship freie und unabhängige Berichterstattung weiter eingeschränkt wird.

Anlässlich eines UNI-MEI-Filmseminars für den asiatischen Raum in Seoul hatte ich Anfang Juli die Gelegenheit, mit dem Choi Sang-Je, dem Präsidenten der NUMW (Bild), zu sprechen. Das von der regierenden GNP eingebrachte Gesetz würde die politische Einflussnahme durch die Regierung von Präsident Lee Myung verstärken und sowohl großen Wirtschaftunternehmen als auch den drei großen konservativen Zeitungen die Möglichkeit geben, eigene TV-Sender zu etablieren. „Das werden wir unter keinen Umständen hinnehmen. Damit wird das bisherige annähernde Gleichgewicht zwischen öffentlich-rechtlichen Sendern und den Zeitungsmonopolen zerstört." Dem Gewerkschaftsvorsitzenden war klar, dass er mit den Streikkundgebungen und Aktivitäten mit einem Bein im Gefängnis stand. Gemeinsam haben wir an einer strike-rally teilgenommen und zu den Kollegen gesprochen.

Mitte Juli wurde das Gesetz im Parlament verabschiedet und eine Woche darauf wurde Choi Sang-Je vor seiner Haustür verhaftet. Die NUMW forderte mit einer Mahnwache vor dem Parlament seine Freilassung. Auf nationalen und internationalen Druck, maßgeblich angestoßen von UNI-MEI, kam er zwei Tage später wieder frei. In seiner ersten Pressekonferenz unmittelbar danach machte er deutlich, dass der Kampf um Medien- und Gewerkschaftsrecht weitergehen werde. Gegen das aus seiner Sicht illegal zustande gekommene Mediengesetz werde man Klage erheben.

Nach jüngsten Informationen von The Hankyoreh, einer 1988 von unabhängigen Journalisten gegründeten Zeitung, plant die Regierung den nächsten Schritt zur Medienkonzentration und gegen Medienvielfalt. Die Schwelle zur Beteiligung bzw. zum Alleinbesitz von Tageszeitungen soll von bisher drei auf 10 Billionen Won (600 000 Euro) Kapitalvermögen heraufgesetzt werden. Das wird nach Auffassung von Ryu Seong-u, von der NUMW zu einem weiteren Konzentrationsschub führen. *Heinrich Bleicher-Nagelsmann* ■

Informationen: http://medien-kunst-industrie.verdi.de/-/zuB; http://www.uniglobalunion.org/Apps/iportal.nsf/pages/sec_20081016_gbkcEn

Aktion für Dhondup Wangchen, China

AMNESTY INTERNATIONAL

Tibetischer Dokumentarfilmer angeklagt

Zwei Tage vor der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Peking lud Dhondup Wangchen im vergangenen Sommer ausländische Journalisten in ein Pekinger Hotel ein. Dort zeigte er den von ihm gedrehten Dokumentarfilm „Leaving Fear Behind". Zu sehen waren Interviews mit Tibetern, die sich skeptisch über die von China im Vorfeld der Spiele versprochenen größeren Freiheiten für Tibet äußern, ihre Sympathie für den Dalai Lama kundtun und die chinesischen Behörden kritisieren. Die Filmvorführung im Hotel wurde von der Polizei unterbrochen und gestoppt.

Jetzt erwartet den tibetischen Dokumentarfilmer in Xining ein Strafverfahren wegen „Anstiftung zum Separatismus" und „Staatsgefährdung". Zunächst war ihm „illegaler Journalismus" zur Last gelegt worden. Da es diesen Straftatbestand aber im chinesischen Recht nicht gibt, wurde die Anklage geändert.

Die Behörden haben zudem seine Pekinger Anwälte gezwungen, die Verteidigung niederzulegen. Begründung: In seinem Fall gehe es um Staatsgeheimnisse – deshalb dürfe nur ein Rechtsbeistand aus der Region den Fall übernehmen. Somit steigt die Gefahr, dass der Prozess nicht fair verlaufen wird. Nach Überzeugung von Amnesty International wird Dhondup Wangchen allein wegen der friedlichen Ausübung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung gefangen gehalten.

Dhondup Wangchen befindet sich in der Haftanstalt Nr. 1 der Stadt Xining. Nach seiner Festnahme ist er gefoltert worden. Zudem leidet er an Hepatitis B, erhält jedoch keine medizinische Behandlung. Bis April 2009 wusste seine Familie nicht einmal seinen Aufenthaltsort.

amnesty international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228 / 98 37 30
www.amnesty.de

ver.di

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

M-Redaktion
karin.wenk@verdi.de

Was können Sie tun?
Schreiben Sie an den chinesischen Justizminister und fordern Sie die sofortige und bedingungslose Freilassung von Dhondup Wangchen, weil dieser nur wegen der Wahrnehmung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung festgenommen wurde. Dringen Sie auch auf eine unabhängige Untersuchung der Foltervorwürfe.

Schreiben Sie auf Chinesisch, Englisch oder Deutsch an:
WU Aiying Buzhang
Sifabu, 10 Chaoyangmen Nandajie
Chaoyangqu
Beijingshi 100020
VOLKSREPUBLIK CHINA
Fax: 00 86 – 10 65 29 23 45
E-Mail: pfmaster@legalinfo.gov.cn

Senden Sie eine Kopie an:
Botschaft der Volksrepublik China
S. E. Herrn Canrong Ma
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin
Fax: (030) 2758 8221
E-Mail:
chinesischeBotschaft@debitel.net

EURO-MEI in Rom

Neuer Vorstand gewählt

Arbeitsbedingungen der Kultur- und Medienschaffenden in Europa, Urheberrechte und Fragen der gewerkschaftlichen Organisierung waren die Hauptthemen der EURO-MEI Generalversammlung, die vom 9. bis 10. Juni in Rom stattfand. Turnusgemäß standen nach der Konferenz in Budapest vor vier Jahren auch Wahlen an. Neuer Vorsitzender ist William Maunier von der CGT. Eine der vier Vizepräsidentinnen ist Cordula Baumeister von der Fachgruppe Medien in ver.di. In den Vorstand wurde als weiteres ver.di-Mitglied Toni Winter von der Fachgruppe Darstellende Kunst gewählt.

Mit den Neuwahlen zum Präsidium (Management Committee) und Vorstand (Executive Committee) war auch der Abschied von Marc Kerki aus Belgien verbunden. Insgesamt 16 Jahre davon 13 als Präsident hatte er die Arbeit von EURO-MEI maßgeblich geprägt und befördert. In dieser Zeit der europäischen Erweiterung auf 27 Staaten ist EURO-MEI eine Organisation geworden, die die Interessen der europäischen Medienschaffenden in Brüssel wirkungsvoll vertritt und europaweit erfolgreiche Solidaritätsaktionen durchführt. Abschied von der Arbeit auf der europäischen „Bühne“ nahm auch Jim Wilson als Director von UNI-MEI dem Johannes Studinger, bisheriger Deputy Director, mit Wirkung vom 1. August 2009 in sein Amt folgt. UNI-MEI-Präsident Heinrich Bleicher-Nagelsmann dankte dem langjährigen Weggefährten für seine unermüdliche und erfolgreiche Arbeit, einem „amerikanischen Sozialisten der mit Beharrlichkeit und Überzeugungskraft über alle ideologischen Grenzen Gewerkschaften aus Asien, Afrika, Lateinamerika, den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und Nordamerika zusammengeführt hat“.

Vorangegangen war der Konferenz ein zweitägiges Filmseminar auf dem insbesondere Produktionsbedingungen und die Qualifizierung von Filmbeschäftigten in Europa, ihre Organisierung sowie die spezifischen Bedingungen des Sektors Computerspiele diskutiert wurden. *Red.* ■

Infos: http://medien-kunst-industrie.verdi.de/bereich_kunst_und_kultur/kunst_und_kultur/internationales

Zeitung verboten

Iranische Journalisten und Oppositionelle verhaftet und gefoltert

Die Reform-Zeitung *Etemade Meli* (Nationales Vertrauen), wurde am 17. August im Iran verboten. Als Begründung wurde angegeben: Die Zeitung veröffentliche Themen, welche die nationalen Interessen und die Sicherheit des Landes gefährdeten.

Als vor vier Jahren Mahmoud Ahmadinedschad den Posten des Staatspräsidenten gewann, gründete Ex-Parlamentsvorsitzender Mehdi Karubi, eine Partei Namens „Hisbe Etemade Meli“ (Nationales Vertrauen), um das verloren gegangene Vertrauen des Volkes zum Islamischen System wieder herzustellen. Eine gleichnamige liberale Zeitung wurde herausgegeben, die täglich, neben Informationen aus dem In- und Ausland, kritische Beiträge und Kommentare zu Wirtschaft, Politik und der Gesellschaft brachte. Die oppositionelle Rolle dieser Zeitung trat vor allem während der Präsidentschaftswahlen am 12. Juni dieses Jahres stark in den Vordergrund.

Fast 20 Prozent mehr Iraner, als vor vier Jahren, gaben ihre Stimme ab um die Wiederwahl von Ahmadinedschad zu verhindern. Aber es kam mit Zustimmung der Verwaltung, die in den vier Jahren der Amtszeit von Ahmadinedschad von Reformwilligen gesäubert worden war, und mit Hilfe der Revolutionsgarden, zu Wahlfälschungen und Wahlmanipulationen.

Zensoren in der Redaktion

Die Opposition bezeichnet den Wahlbetrug als Staatsstreich. Viele Redakteure der Zeitung *Etemade Meli* standen fest an der Seite des geistlichen Herausgebers und des Wahlkandidaten Mehdi Karubi. Sie wurden nach den Wahlen Teil der „Grünen Bewegung“. Diese Bewegung wurde vom tatsächlichen Wahlgewinner Mir Hossein Mossawi ins Leben gerufen und von Mehdi Karubi uneingeschränkt unterstützt.

Mit unter den ersten der 41 verhafteten Journalisten war Mohammad Gochani, der Chefredakteur der Zeitung *Etemade Meli*. Er befindet sich wie die meisten Gefangenen in Isolationshaft und hat keinen Zugang zu rechtlicher Beratung. Gerechnet wird mit Schauprozessen ohne „Gnade“.

Die Zensoren von Ahmadinedschad saßen vor, während und nach der Wahl als Beobachter in der Redaktion der *Etemade Meli*. Wenn ihnen ein Beitrag oder der Brief eines Lesers nicht gefiel, musste die Redaktion ihn streichen. Sie haben dies gezwungenermaßen getan, aber zum Teil diese Beiträge im Internet veröffentlicht.

Um einer Reaktion der Bevölkerung gegen die Schließung der Zeitung vorzubeugen, wurden zuerst technische Probleme und später ein kurzfristiges Verbot, seitens des Teheraner Staatsanwalt, Said Mortazavi, vorgetäuscht. Trotzdem haben sich hunderte Menschen vor dem Zeitungsgebäude versammelt und gegen das Verbot protestiert. Die Sicherheitskräfte gingen mit Tränengas und Schlagstöcken gegen demonstrierende Anhänger Karubis vor, die „Tod dem Diktator“ skandierten.

Unzählige Journalisten, Blogger und oppositionelle Politikern wurden während der Proteste gegen die fragwürdigen Wahlergebnisse verhaftet. Das Militär ging dabei sehr brutal vor. Menschen wurden auf offener Straße erschossen. Entlassene Gefangene wandten sich an *Mehdi Karubi* um über den Zustand der Gefängnisse und die Foltermethoden im Gottesstaat Iran zu berichten. Karubi schrieb einen offenen Brief an Ayatollah Rafsanjani. Darin erhob er den Vorwurf, dass einige Oppositionsanhänger im Gefängnis schwer misshandelt und vergewaltigt worden seien. Von den Übergriffen seien Frauen und Männer betroffen. Trotz des Verbots der Zeitung sprechen die Leute landesweit von „unislamischen Foltermetoden“, aber der Name „Abu Ghraib“ (nach dem berüchtigten Folter-Gefängnis Abu Ghraib im Irak) wird dem Evin-Gefängnis von Teheran verliehen. Das Gefängnis Kahrisak, in dem die gleichen Methoden angewandt wurden, ist inzwischen auf Anordnung des Revolutionsführers geschlossen worden. Aber niemand wird im Iran als Verantwortlicher deswegen vor Gericht gestellt.

Kambiz Behbahani ■

In Isolationshaft wie viele iranische Kollegen: Chefredakteur Mohamed Gochani

Foto: Etemade Meli

Foto: Harald Neuber

Militär schirmt Regierungsgebäude in Tegucigalpa vor Demonstranten ab

Im Visier der Putschisten

Honduras: Zunehmende Brutalität gegen Demokratiebewegung

Am 28. Juni erschütterte ein Militärputsch Honduras. In den frühen Morgenstunden dieses Sonntags stürmte ein Militärkommando die Residenz des Präsidenten Manuel Zelaya, verschleppte den 56-jährigen Politiker der regierenden Liberalen Partei und deportierte ihn nach Costa Rica. Seither herrscht in dem kleinen mittelamerikanischen Staat ein De-facto-Regime unter Führung des ehemaligen Parlamentspräsidenten Roberto Micheletti. Die Putschisten sind international isoliert und gehen mit zunehmender Härte gegen Kritiker vor. Vor allem Journalisten und unabhängige Medienunternehmer stehen im Visier von Polizei und Armee.

Plötzlich standen die acht Männer vor ihm. Der Wachmann des Fernsehsenders „Canal 36“ in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa konnte nicht mehr reagieren. In knappen Befehlen forderten die maskierten und bewaffneten Angreifer den Wächter auf, sich auf den Boden zu legen und die Arme hinter dem Kopf zu verschränken. Während einer der Männer ihn in Schach hielt, drangen die übrigen in das Sendezentrum ein und schütteten Säure über die Funkanlagen. Wenige Minuten später fiel das Signal aus. Dieser Angriff ereignete sich in der Nacht zum 24. August. Fast zeitgleich griff ein bewaffnetes Kommando den landesweiten Sender „Radio Globo“ an. Die Anlagen dieser Radiostation wurden ebenfalls zerstört. Allerdings stand in diesem Fall ein Ersatzsender zur Verfügung. „Radio Globo“ konnte wenige Stunden nach dem Überfall den Betrieb wieder aufnehmen. „Canal 36“ ist das bisher nicht gelungen.

Das Vergehen der beiden Medien: Sie hatten sich seit dem Staatsstreich kritisch mit der politischen Lage in Honduras auseinandergesetzt. Während andere Privatmedien Unternehmern gehören, die an dem Umsturz beteiligt waren oder mit dem Regime sympathisieren, haben „Radio Globo“ und „Canal 36“ der wachsenden Protestbewegung eine Stimme gegeben. Und sie haben über die Initiative berichtet, die den Putsch provoziert hat: Am 28. Juni wollte Präsident Zelaya eine nicht bindende Umfrage über die mögliche Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung durchführen. Soziale Organisationen und Gewerkschaften hatten darauf gedrängt. Das Grundgesetz sollte umgestaltet werden und mehr soziale sowie demokratische Rechte garantieren.

Protestbündnis bloggt und twittert

Für die Oberschicht des kleinen Landes ein Affront. Mit dem Putsch habe man „einen als Demokratie getarnten Sozialismus“ aufgehalten – so verteidigte General Miguel Ángel García Padget den Sturz der gewählten Regierung. Unterstützt werden die Machthaber dabei von einigen rechtsgerichteten Akteuren aus den USA – und Politikern aus Deutschland. Der Vertreter der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Tegucigalpa, Christian Lüth, etwa würdigte den Putsch als „Rückkehr zum Rechtsstaat und zu Verfassungsmäßigkeit“.

Doch die Umstürzler und ihre Sympathisanten haben sich politisch verkalkuliert. Der Staatsstreich gegen Manuel Zelaya wurde nicht nur von der internationalen Gemeinschaft und multistaatlichen Organisationen verurteilt. Im Land hat sich binnen weniger Tage eine breite Demokratiebewegung formiert. Rund 100 Organisationen, darunter die drei großen Gewerkschaftsverbände, haben sich in einer „Nationalen Widerstandsfront gegen den Staatsstreich“ zusammengeschlossen. Dieses Protestbündnis klagt fast täglich Verletzungen der Menschenrechte an. Bestätigt werden diese Vorwürfe inzwischen auf internationaler Ebene. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission, ein Gremium der Organisation Amerikanischer Staaten, beklagte nach einer Untersuchung vor Ort „eine Atmosphäre der Einschüchterung, durch die eine ungehemmte Ausübung der Meinungsfreiheit behindert wird“. Die Kommission bestätigte bereits vor dem bewaffneten Überfall auf die beiden Radiosender, dass mindestens acht nationale Fernsehsender, drei größere Radiostationen und internationale Nachrichtenkanäle zeitweise abgeschaltet wurden. Zudem seien wiederholt Journalisten während ihrer Arbeit festgenommen worden.

Auch Felix Molina sieht eine klare Zuspitzung. „Mit dem Überfall auf Radio Globo und Canal 36 wurde eine neue Dimension erreicht“, sagt der Radiojournalist im Gespräch mit M. Seit dem Putsch habe es zwar eine stetige Repression gegeben: Drohanrufe bei Journalisten etwa, oder juristische Anklagen. Auch habe das Regime versucht, die oppositionellen Medien durch den Entzug von Werbung in den Bankrott zu treiben. „Ein so direkter und koordinierter Angriff aber ist neu und besorgniserregend“, sagt Molina, der hinter der Aktion die Armee vermutet. Darauf wiesen die Fahrzeuge der Angreifer hin: Sie hatten Nummernschilder und Antennen, die für Militärfahrzeuge typisch sind.

Trotz der zunehmenden Repression wollen sich die Akteure der Demokratiebewegung nicht einschüchtern lassen. „Wir werden weiter die Gegenwehr gegen das Putschistenregime organisieren“, sagt Juan Barahona, der Generalkoordinator der Nationalen Widerstandsfront. Das Protestbündnis hat inzwischen eine eigene Medienstrategie entwickelt: In einem halben Dutzend Blogs werden täglich Informationen aus der Bewegung veröffentlicht. Auch den Mikroblogging-Dienst Twitter nutzen die Aktivisten. Für den Reporter Felix Molina ist derzeit aber die internationale Unterstützung am wichtigsten: „Was wir brauchen, ist mehr Öffentlichkeit“, sagt er. Im Moment müsse der „zunehmende Staatsterrorismus“ in Honduras bekannt gemacht werden: „Dabei sind wir auf internationaler Ebene auf die Hilfe von Kolleginnen und Kollegen angewiesen.“

Harald Neuber ■

service seminare

Journalismus aktuell

ABP, München. 30. Oktober: Presserecht für das Internet. 2. bis 4. November in Kulmbach: Redigieren – Zeitung. 5./6. November: Investigative Recherche.
ABZV, Bonn. 12. Oktober: Readerscan – Ergebnisse und Konsequenzen. 21. Oktober in Dresden: Rechtssicher schreiben. 22. Oktober in Dresden: Rechtsfragen beim Interview. 3./4. November: Kreative Arbeitsmethoden im journalistischen Alltag.
AFP, Hamburg. 8./9. Oktober: Schreibcoaching IV. 16. Oktober: Online-Presserecht. 19./20. Oktober: Storytelling. 26./27. Oktober: Redigieren – Fachzeitschriften.
DGB, Hattingen. 1. bis 6. November: Das Ende von Zeitung und TV? – Neue Kompetenzen zur Beherrschung der Informationsflut erwerben (mit Besuch der Spiegel-Online-Redaktion).
FES, Bonn. 5. bis 8. Oktober: Politischer Journalismus – Neue Themen, starke Meinungen (Basis-Modul Politikberichterstattung).
IFP, München. 3. Oktober: Journalist, katholisch – na und? 9. bis 11. Oktober: Auf verschlungenen Pfaden – Recherche intensiv.
IFRA, Darmstadt. 2. November: Mobile Publishing für Zeitungen.
JHB, Hagen. 19. bis 21. Oktober: Schreibtraining – Sprache und Stil für Einsteiger.
JSR, Essen. 28. Oktober: Alles was Recht ist.
KLARA, Berlin. 1. bis 3. Oktober: Jetzt wird´s spannend – Kreativitätstraining. 12./13. Oktober: Text-Labor. 14. Oktober: Das Textkonzept.
MAZ, Luzern. 5. bis 8. Oktober: Journalistisches Texten I – Was ist ein guter Text? 19./20. Okt.: Redigieren – Zusammenstreichen? Zusammen streichen!
MH, Hamburg. 5., 12. und 19. Oktober: Recherchetraining.
NA, Hamburg. 7./8. Oktober in Frankfurt: Schreib- und Redigierwerkstatt. 14. Oktober in Berlin: Neue deutsche Rechtschreibung. 14. Oktober in Berlin: Effizientes Korrekturlesen. 15./16. Oktober in Berlin: Kreatives Texten.
NK, Rendsburg. 16. bis 18. Oktober: Autobiografisches Schreiben – Grundkurs.
PFA, Frankfurt. 10. Oktober: Medienrecht – Was ich in der Zeitung schreiben oder im Radio sagen darf. 31. Oktober: Gute Schreibe für Print, Online und Radio – Eine Textwerkstatt.
TA, Augsburg. 14./15. Oktober in München, 28./29. Oktober in Düsseldorf: Textwerkstatt I + II. 7./8. Oktober in Stuttgart: Kreativitätstechniken I + II.
ZR, Reutlingen. 9. bis 11. Oktober: Die Recherche. 16./17. Oktober: Themen finden.

Journalistische Themen

ABP, München. 12. bis 16. Oktober: Wirtschaftsjournalismus.
ABZV, Bonn. 26. bis 28. Oktober in Hannover: Haushalt einer Gemeinde. 2./3. November: Lokale Sportberichterstattung. 5./6. November in Hannover: Schreiben für Kinder und Jugendliche.
JSR, Essen. 4. bis 6. November: Wirtschaftsseminar.
KLARA, Berlin. 5. bis 7. Oktober: Wissenschaftsjournalismus.
MAZ, Luzern. 26. bis 29. Oktober: Wirtschaft – Gelder, Märkte, Mechanismen.
MH, Hamburg. 30. Oktober bis 2. November: Wissenschaftsjournalismus.

Journalistische Formen

ABP, München. 5. bis 9. Oktober: Interview. 19. bis 24. Oktober: Feature. 26. bis 30. Oktober: Reisejournalismus mit Recherche (im Ausland).
ABZV, Bonn. 12./13. Oktober in Stuttgart: Die Lust am Lesen wecken – Überschrift, Bildunterschrift, Vorspann. 13./14. Oktober: Themen, Titel, Teaser.
AFP, Hamburg. 12. bis 14. Oktober: Der Kommentar.
FES, Bonn. 29./30. Oktober: Wer fragt, der führt – Das politische Interview (Basis-Modul Kernkompetenzen).
JA, München. 8./9. Oktober: Headlines, Teaser, Nachrichten. 20./21. Oktober: Das Interview (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 29. Oktober: Zum Lesen verführen – Die Überschrift.
KEP, Wetzlar. 23./24. Oktober: Porträts schreiben.
MH, Hamburg. 26. Oktober, 2. und 9. November: Magazinartikel.

Journalismus online

ABP, München. 5. bis 9. Oktober: Grundkurs Online. 19. bis 23. Oktober: Online-Texten. 5./6. November: Titel, Teaser, BU – Online.
AKAD, Berlin. 29. Oktober: Beginn des 3-wöchigen Online-Kurses „Webgerecht texten".
IFP, München. 28. bis 30. Oktober: Gut im Bilde – Grundlagen des Videojournalismus für Onlinejournalisten.
IFRA, Darmstadt. 6. Oktober: Web-Technologien im Wandel. 7. bis 9. Oktober: Flash-Grundlagen.
KFH, Köln. 24. Oktober: Web-TV & IP-TV. 25. Oktober: Webstreaming.
KLARA, Berlin. 1./2. Oktober: Texte im Web.
MAZ, Luzern. 5./6. Oktober: Bilder fürs Web I – Fotografieren, Verarbeiten, Publizieren. 12. Oktober: Multimedia II – Produzieren fürs Web. 14. Oktober: Trends im Onlinejournalismus – Mehrwert für Web und Print. 26. Oktober: Multimedia II – Produzieren fürs Web. 27. Oktober: Videos fürs Web produzieren – Einführung.
VDZ, Berlin. 5. November in Stuttgart: Mehrwert für den Nutzer schaffen – Perfekte Texte und passende Formate für das Internet.
ZR, Reutlingen. 6. bis 8. November: Online-Journalismus.

Layout / Infografik

ABP, München. 5. bis 9. Oktober: Zeitschriftenlayout. 14. bis 16. Oktober: Photoshop CS4.
IFRA, Darmstadt. 5. Oktober: Farbmanagement im PDF-Workflow.
JA, München. 23. bis 25. Oktober: Layout mit InDesign (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 12. bis 16. Oktober: Newsdesign – Grundlagen der Gestaltung.
KEP, Wetzlar. 30./31. Oktober: Zeitschriftenlayout für Fortgeschrittene.
MAC, München. Ab 1. Oktober werden an den Standorten München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin zahlreiche mehrtägige Kurse in den Bereichen Grafik, Bildbearbeitung, AV, 3D-Animation, Multimedia und Internet angeboten. Kurse gibt es etwa zu Print Design, InDesign, Photoshop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress, Flash, Dreamweaver, CSS oder Typo 3. Informationen zu den genauen Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).
MH, Hamburg. 17./18. Oktober: Magazin-Layout.

Volontäre

ABP, München. 5. bis 16. Oktober: Grundkurs I – Zeitung. 12. bis 23. Oktober: Grundkurs I – Zeitschrift. 26. Oktober bis 6. November: Grundkurs I – Zeitschrift. 2. bis 13. November: Grundkurs I – Zeitschrift.
ABZV, Bonn. 5. bis 16. Oktober: Grundlagen journalistischer Arbeit. 19. bis 23. Oktober in Stuttgart: Aufbauseminar. 2. bis 13. November in Stuttgart: Grundlagenseminar.
AFP, Hamburg. 19. Oktober bis 13. November: Kompaktkurs für Print-Volontäre. 26. Oktober bis 6. November: Kompaktkurs für Radio-Volontäre.
IFP, München. 12. bis 24. Oktober: Grundkurs I. 17. bis 29. Oktober: Grundkurs II. 18. bis 30. Oktober: Grundkurs I.
JHB, Hagen. 26. Oktober bis 20. November: Volontärseminar. 26. Oktober bis 6. November: Volontärseminar für Pressestellen-Volontäre.
JSR, Essen. 26. Oktober bis 20. November: Volontärseminar.
KLARA, Berlin. 2. bis 27. November: Volontärskurs Printmedien. 2. November bis 12. Dezember: Großer Volontärskurs.

Fotografie

ABP, München. 26. bis 30. Oktober: Fotojournalismus.
DGB, Hattingen. 18. bis 23. Oktober: Bilder prägen unseren Blick auf die Welt – Digital fotografieren, Fotos bearbeiten und gesellschaftlich deuten lernen.
JHB, Hagen. 2. bis 4. November: Workshop Fotografieren.
KEP, Wetzlar. 9./10. Oktober: Das Bild zum Text.
MAZ, Luzern. 6./7. Oktober: Ausländisches Konzept – Der Umgang mit dem Bild in Dänemark.
MH, Hamburg. 9. bis 11. Oktober: Inszenierte Fotografie – Grundkurs.

Hörfunk

AM, Düsseldorf. 29./30. Oktober: Hörfunk-Workshop – Radio-Moderation im Selbstfahrerstudio.
FES, Bonn. 19. bis 23. Oktober: Von wegen Dudelfunk – Politische Berichterstattung in jungen Radioprogrammen (Basis-Modul Politikberichterstattung).
IFP, München. 11. bis 13. Oktober: Live vor Ort – Einführung in die Hörfunkreportage.
MAZ, Luzern. 2. November: Teasing und Backselling – Hinhören garantiert!
MEZ, Berlin. Diverse, frei zusammenstellbare Seminare vor allem zum Radio- aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: www.medienkonkret.de.
MH, Hamburg. 3./4. Oktober: Sprechen für Radio und Fernsehen.
MKZ, Köln. 30./31. Oktober: Moderation im Radio.
MQ, Köln. 22./23. Oktober: Ausbildung zum Moderationstrainer Hörfunk – Modul III. 26./27. Oktober: Workshop Nachrichten – Professionell und auf den Punkt gebracht. 30. Oktober bis 2. November: Ausbildung zum Moderationstrainer Hörfunk – Modul IV. 4. bis 6. November: Moderationscoaching – Grundkurs für Anfänger.
NK, Rendsburg. 6. bis 8. November:

Wie schreibt und montiert man Radiofeatures?
PFA, Frankfurt. 31. Oktober: Die Collage – Der gute Ton im Radio. 31. Oktober: Sprechen und präsentieren vor dem Mikrofon.

Film & TV

AFP, Hamburg. 16. bis 18. Oktober: Dokumentarische Dramaturgie / TV. 22. / 23. Oktober: Texten fürs Fernsehen. 29. / 30. Oktober: Das Fernseh-Interview. 2. bis 6. November: Videojournalist II.
AGA, Marl. 22. / 23. Oktober: Seminar für den Fernsehnachwuchs – Redaktionsmanagement und Ökonomie.
BET, Hamburg. 12. bis 15. Oktober in Köln: Videotechnik Operating. 16. bis 18. Oktober in Köln: Videotechnik Spezial HD. 23. bis 25. Oktober: Broadcast Kamerarecorder HD. 4. bis 6. November: TV-Produktionsmethoden HD.
FHB, Hamburg. 2. bis 4. Oktober: Einführung Drehbuchschreiben – Die ersten Schritte der Buchentwicklung. 10. / 11. Oktober: Genre Krimi – Wie hält eine Story die Spannung? 16. bis 18. Oktober: Die Kunst der Dialoggestaltung – Figuren zum Leben erwecken. 24. / 25. Oktober: Ton-Aufbaukurs – Von der Hörwahrnehmung zu Aufnahmeübungen. 31. Oktober / 1. November: Einstieg in Final Cut Pro – Videoschnitt von der Technik zur Ästhetik. 6. bis 8. November: Die Serie – Schreiben für den Markt.
FHF, Frankfurt. 9. bis 11. Oktober: Animation – Von der Knetfigur zur 3D-Animation. 16. bis 18. Oktober: Regieassistenz. 24. Oktober: Filmfinanzierung und Produktionsverträge. 31. Oktober bis 1. November: After Effects für Fortgeschrittene. 6. bis 8. November: Drehbuchseminar – Von der Idee zum Schreiben in filmischer Form.
FM, Münster. 3. Oktober bis 12. Dezember: Masterschool Dokumentarfilm (3. bis 9. Oktober: Modul I; 7. bis 13. November: Modul II; 7. bis 13. Dezember: Modul III).
IFFMA, München. 1. / 2. Oktober: Workshop Farbkorrektur.
IFRA, Darmstadt. 19. Oktober: Trends im Online-Videojournalismus. 20. / 21. Oktober: Kostengünstige Videoproduktion mit der „Flip".
IP, Stuttgart. Reihe „Schreiben für Kino und TV": 19. Oktober: Formatkunde Exposé und Treatment; 20. Oktober: Genre-Konventionen; 21. Oktober: Krimi versus Thriller; 22. Oktober: Drama versus Comedy; 6. November: Family Entertainment.
ISFF, Berlin. 2. bis 4. Oktober, 16. bis 18. Oktober: Innovative Dokumentarfilme. 12. bis 16. Oktober: Dokumentarische TV-Beiträge. 12. bis 16. Oktober: Stoffentwicklung – Von der Idee zum Drehbuch. 17. / 18. Oktober: Drehbuchförderung. 31. Oktober: Soziale Absicherung – Vorsorge für Filmschaffende.
KFH, Köln. 2. bis 4. Oktober: EB-Ton. 3. / 4. Oktober: Produktionsleitung. 10. / 11. Oktober: Finanzierung. 9. bis 11. Oktober: Regie – Grundlagen. 9. bis 11. Oktober: Film Acting Workshop. 17. / 18. Oktober: EB-Realisation. 17. / 18. Oktober: Filmisches Erzählen. 23. bis 25. Oktober: Creative Writing mit Keith Cunningham.
MFW, München. 3. / 4. Oktober: Drehbuchhandwerk. 10. / 11. Oktober: Selbständig machen (nicht nur) in der Filmbranche. 24. / 25. Oktober: Benotung filmischer Arbeiten. 31. Oktober / 1. November: Einführung in die Filmanalyse. 31. Oktober / 1. November: Aufbaukurs Fernsehjournalismus.
MH, Hamburg. 24. bis 27. Oktober: Videojournalismus online. 6. bis 8. November: Texttraining für TV und Video.
PRO, Potsdam. 2. Oktober: Bandloses Produzieren – Der filebasierte Workshop. 9. Oktober: Fiktional – TV Serie und TV Spielfilm in HD.
RTL, Köln. 21. bis 23. Oktober: Gerichtsberichterstattung im TV. 30. September / 1. Oktober: Storytelling Masterclass mit Waltermedia.
VDZ, Berlin. 5. / 6. Oktober in Hamburg: Bewegtbild auf dem Vormarsch: All around Web-TV & Video!
VSM, München. 9. Oktober: Hochzeits-Workshop – Alles was Sie für die Produktion eines gelungenen Hochzeitsfilms wissen müssen. 17. Oktober: Casablanca für Fortgeschrittene – Smart-Edit 7+8 u. BOGART. 24. Oktober: DVD ARABESK 3/4 (DVD) und 5 (Blu-ray) in Casablanca-Systemen – Perfekt gestaltete DVDs/BDs selbst programmieren und produzieren. 31. Okt.: Camcorder Videoseminare – Der richtige Umgang mit der DV- oder HDV-Videokamera.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 12. / 13. Oktober: PR 2.0 – Public Relations im Web. 19. bis 21. Oktober: Kreatives Schreiben – PR I. 22. bis 24. Oktober: Management in Redaktionen (MiR) – Relaunch und Redesign Zeitschrift. 26. / 27. Oktober: MiR – Blattmachen Zeitschrift. 28. / 29. Oktober: MiR – Vom Mitarbeiter zum Vorgesetzten. 2. bis 4. November: Moderieren von Veranstaltungen und auf Messen.
ABZV, Bonn. 29. / 30. Oktober in Hannover: Führen, Fördern, Motivieren.
ADB, München. 26. Oktober: Zeitschriftenproduktion.
ADR, Rottenburg-Stuttgart. 12. bis 16. Oktober: Öffentlichkeitsarbeit.
AFP, Hamburg. 16. / 17. Oktober: Blattmachen – Magazine.
AM, Düsseldorf. 27. / 28. Oktober: Visuelle Kommunikation – Corporate Design und signet. 28. / 29. Oktober: Schwierige Kommunikationssituationen – Souveräner Umgang mit Einwänden und Angriffen.
COP, Köln. 23. / 24. Oktober in Bochum: Nomadenwissen für Medienschaffende – Handlungssicher unter allen Umständen. 26. / 27. Oktober in Hamburg: Phönix-Coaching für Presse-Profis – Erfolgreich Neuanfänge wagen. Weitere Coaching- und Karriereseminare unter: www.cop-morrien.de.
FCP, München. 5. Oktober: Bild- und Urheberrechte im CP. 7. Oktober in Hamburg: Themenfindung für Kundenzeitschriften.
FES, Berlin. 9. / 10. Oktober: Der öffentliche Auftritt – Stringent und überzeugend (Rhetoriktraining). 23. / 24. Oktober: Vorsicht Kamera / Mikrofon – Medientraining. 30. / 31. Oktober: Aktive Pressearbeit für Vereine und Verbände.
IFP, München. 16. bis 18. Oktober: Erfolgreich frei – Selbstmarketing für Journalisten.

Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: http://mmm.verdi.de

ABP Fon 089 / 49 99 92 – 0, www.a-b-p.de
ABZV Fon 02 28 / 259 00 – 0, www.abzv.de
ADB Fon 089 / 29 19 53 84, www.buchakademie.de
ADR Fon 07 11 / 16 40 726, www.seminarprogramm.info
AFP Fon 040 / 41 47 96 -0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AGA Fon 023 65 / 91 89 – 0, www.grimme-akademie.de
AKAD Fon 030 / 61655 – 0, www.akademie.de
AM Fon 02 11 / 43 69 01 50, www.medienverband.de
BET Fon 040 / 4 10 84 – 0, http://bet.de
COP Fon 02 21 / 739 32 62, www.cop-morrien.de
DGB Fon 023 24 / 50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de
FCP Fon 089 / 34 07 79 77, www.forum-corporate-publishing.de
FES Fon 02 28 / 883 – 0 und 030 / 269 35 – 73 03, www.fes.de
FHB Fon 040 / 399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de
FHF Fon 069 / 13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de
FM Fon 02 51 / 230 36 21, www.filmwerkstatt.muenster.de
IFFMA Fon 089 / 89 39 89 60, www.iffma.de
IFP Fon 089 / 54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de
IFRA Fon 061 51 / 733 – 6, www.wan-ifra.org
IP Fon 07 11 / 997 86 91, www.interspherial.com
ISFF Fon 030 / 20 09 27 442, www.isff-berlin.eu
JA Fon 089 / 16 751 – 06, www.journalistenakademie.de
JHB Fon 023 31 / 365 – 6 00, www.hausbusch.de
JSR Fon 02 01 / 80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de
KEP Fon 064 41 / 91 51 66, www.cma-medienakademie.de
KFH Fon 02 21 / 222 710 – 0, www.koelner-filmhaus.de
KLARA Fon 030 / 690 415 85, www.KLARAberlin.de
MAC Fon 089 / 544 151 – 74, www.macromedia.de
MAZ Fon 00 41 / 41 / 226 33 33, www.maz.ch
MEZ Fon 030 / 68 30 20 90, www.medienkonkret.de
MFW Fon 089 / 20 333 712, www.muenchner-filmwerkstatt.de
MH Fon 040 / 306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
MKZ Fon 022 24 / 955 – 129, www.ksi.de
MQ Fon 02 21 / 29 93 05 – 31, www.medienqualifizierung.de
NA Fon 040 / 41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de
NK Fon 043 31 / 14 38 – 11, www.nordkolleg.de
PFA Fon 069 / 92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de
PRO Fon 0331 / 721 21 81, www.probabelsberg.de
RTL Fon 02 21 / 82 02 – 0, www.rtl-journalistenschule.de
TA Fon 08 21 / 41 90 36 – 0, www.textakademie.de
VDZ Fon 030 / 72 62 98 – 113, www.zeitschriften-akademie.de
VSM Fon 089 / 83 51 91, www.videoschule.de
ZR Fon 07121 / 33 61 82, www.reportageschule.de

JA, München. 10./11. Oktober: Pressearbeit – So bekommen Sie eine gute Presse. 6. bis 8. November: Konzepte der PR (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 5. bis 7. Oktober: Fotografie in der Pressestelle. 26. bis 28. Oktober: Krisen-PR.
KEP, Wetzlar. 6. bis 8. November: Mit der Stimme zum Erfolg – Sprechtraining.
KLARA, Berlin. 8./9. Oktober: Die Pressemitteilung. 4. November: Pressemitteilungen verfassen.
NA, Hamburg. 19./20. Oktober in Hamburg: Präsentationstraining auf Englisch. 22./23. Oktober in Frankfurt: Professionell moderieren. 28. Oktober in Zürich: Die gute Pressemitteilung. Eine Vielzahl weiterer Seminare zu Strategien und Umsetzungen von PR-Maßnahmen kann in Hamburg, Berlin, Frankfurt, Zürich, Düsseldorf und Köln besucht werden. Informationen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).
PFA, Frankfurt. 24. Okt.: Bewerbungstraining für Nachwuchsjournalisten.
RTL, Köln. 14. bis 16. Oktober: Redaktionsorganisation und Führung.
TA, Augsburg. 13. Oktober in München: Die erfolgreiche PR-Meldung.

termine

Journalismus

Förderpreis Freie Presse Osteuropas
HAMBURG. Die ZEIT-Stiftung Ebelin, Gerd Bucerius und die „Institusjonen Fritt Ord" vergeben an Zeitungen den Bucerius-Förderpreis Freie Presse Osteuropas, den Förderpreis Freie Presse Russlands sowie einen Sonderpreis für Journalisten. Verliehen werden die Preise für eine Presse, die für das freie Wort und die liberale Bürgergesellschaft eintritt. Dotierung: Für die Zeitungen jeweils bis zu 40.000 €, für den journalistischen Sonderpreis 10.000 €. Die Förderpreise sind ausgerichtet auf Zeitungen in Russland, Weißrussland, der Ukraine und Georgien sowie dem Südkaukasus. Vorschlagsfrist: 19. Oktober. Kontakt: Frauke Hamann, ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Fon: 040/41 33 68 71, E-Mail: hamann @zeit-stiftung.de, Internet: www.zeit-stiftung.de/home/index.php?id=126.

IFD-Medienpreis
FRANKFURT/M. Die Initiative Finanzstandort Deutschland prämiert hervorragende deutschsprachige Beiträge aller Mediensparten, die sich konstruktiv und in journalistisch hoher Qualität mit der Situation des Finanzstandortes Deutschland auseinandersetzen. Zugelassen sind Beiträge aus dem Zeitraum vom 1. November 2008 bis 17. Oktober 2009. Dotierung: Insgesamt 15.000 €. Einreichschluss: 19. Oktober. Kontakt: Initiative Finanzstandort Deutschland c/o CNC AG, Fon: 069/506 03 75 68, E-Mail: info@finanzstandort.de, Internet: www.finanzstandort.de

Recherchepreis Wissenschafts- und Medizinjournalismus
ZÜRICH. Die Stiftung experimentelle Biomedizin vergibt in Kooperation mit dem Netzwerk Recherche den Peter Hans Hofschneider Recherchepreis für Arbeiten aus den Bereichen Wissenschaft und Forschung. Sie sollen durch saubere Darstellung wissenschaftlicher Fakten und durch die Recherche politischer, wissenschaftlicher oder gesellschaftlicher Hintergründe überzeugen. Eingereicht werden können Beiträge aller journalistischen Sparten, die 2008 oder 2009 in einem deutschsprachigen Medium in der Schweiz, in Österreich oder in Deutschland veröffentlicht wurden. Dotierung: Insgesamt 20.000 Schweizer Franken in Form eines zweckgebundenen Recherchestipendiums. Einsendeschluss: 30. Oktober. Kontakt: Peter Hans Hofschneider Recherchepreis, c/o BLUM Rechtsanwälte, 00 41/(0)43/443 8 00, E-Mail: info@experimentelle-biomedizin.ch, Internet: www.recherchepreis-wissenschaftsjournalismus.ch.

Wächterpreis Tagespresse
BAD VILBEL. Wächter und Streiter einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung sollen Journalisten im Sinne des „Wächterpreises der Tagespresse" sein. Die Stiftung „Freiheit der Presse" zeichnet Arbeiten aus, die Missstände aufdecken und behandeln oder die sich um die Abwehr sachfremder Einflüsse oder Einflussversuche auf die Presse bemühen und damit der verfassungspolitischen Funktion der Tagespresse nachkommen. Zugelassen sind Reportagen oder Berichte, die vom 1. September 2008 bis 31. August 2009 in der deutschsprachigen Tagespresse oder in Wochenzeitungen veröffentlicht wurden. Dotierung: Insgesamt 30.000 €. Einreichschluss: 31. Oktober. Infos: Stiftung „Freiheit der Presse", Fon: 061 01/98 89 – 0, Internet: www.waechterpreis.de.

Hermine-Albers-Preis
BERLIN. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) verleiht einen Medienpreis für hervorragende Arbeiten aller Mediensparten, die zu einem Verständnis der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe beitragen und/oder die Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien einer breiten Öffentlichkeit bewusst machen. Journalisten können für einzelne Beiträge oder für ein kontinuierliches berufliches Engagement ausgezeichnet werden. Einzelbeiträge müssen im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 30. Oktober 2009 veröffentlicht worden sein. Dotierung: Insgesamt 4.000 €. Einsendeschluss: 31. Oktober. Informationen: AGJ, Sabine Kummetat, Fon: 030/400 40 219, E-Mail: jugendhilfepreis@agj.de, Internet: www.agj.de.

Journalistenpreis „Bio"
HANNOVER. Das PresseForum BioBranche – ein Zusammenschluss von Pressesprecherinnen und Pressesprechern der Naturkost- und Naturwarenbranche – würdigt in Publikumsmedien veröffentlichte deutschsprachige Berichte, Interviews und Reportagen aller Mediensparten rund um die Themen Bio-Landwirtschaft, Bio-Lebensmittelwirtschaft, Naturwaren und Naturkost. Vergeben werden „attraktive Sachpreise". Einsendeschluss: 31. Oktober. Informationen: PresseForum BioBranche c/o Detlef Harting, Fon: 05 11/161 59 20, E-Mail: harting@harting-tovar.de, Internet: www.pfbb.de.

19. bis 20. Oktober 2009 in Berlin
Sichtwechsel e.V. lädt ein zur Diskussion:

Werterziehung – Lebenserfolg – Audiovisuelle Medien

Zum Problem der Mediatisierung von Kindheit

unterstützt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Beginn: 10:30 Uhr Ende: 17 Uhr
Ort: Konferenzzentrum der Bank für Sozialwirtschaft AG (BFS), Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin

Um eine verbindliche Anmeldung bis spätestens zum 14. Oktober wird gebeten: per E- Mail: medny@gmx.de oder info@sichtwechsel.de per Post an: Sichtwechsel.e.V. für gewaltfreie Medien c/o L.Wuss, Sedanstr. 39, 12167 Berlin,

Informationen zum Programm: www.sichtwechsel.de

Film

ökofilmtour 2010
POTSDAM. Der Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz e.V. (FÖN) ruft Filmemacher, Produzenten, Fernsehjournalisten, Autoren und Redakteure zur Teilnahme am Festival des Natur- und Umweltfilms „ökofilmtour 2010" auf. Es findet vom 6. Januar bis 22. April 2010 an mehr als 60 Festivalorten (hauptsächlich in Brandenburg) statt. Bis 30. September 2009 können Filme rund um das Thema „Bildung für Nachhaltige Entwicklung" ab Produktionsdatum Januar 2008 eingereicht werden. Das „Brandenburger ÖKO-Kinderkino" zeigt die Filme innerhalb der Tournee und danach in Brandenburger Schulen. Die Filme sollten gründlich recherchiert sein, Probleme aufdecken und eine originelle, mutige weltoffene Sicht auf (Über-)Lebensfragen haben. Gefragt sind alle Genres und Formate. Kontakt: FÖN e.V., Fon: 03 31/201 55 35, E-Mail: foerderverein-foen@t-online.de, Internet: www.foenwelt.de, www.oekofilmtour.de.

doxs on tour
DUISBURG. doxs! dokumentarfilme ist die Kinder- und Jugendsektion der Duisburger Filmwoche. Das Tourneeprogramm doxs! on tour kooperiert bundes- und europaweit mit Festivals und Institutionen und zeigt speziell für ein jugendliches Publikum ausgewählte Dokumentarfilme. Die Dokumentarfilmprogramme werden durch Begleitmaterialien und anschließende Gespräche aufbereitet. Im Herbst 2009 geht die Tour nach Graz, Arras, London, München, Köln, Bochum und erstmalig auch nach Kassel. Informationen für 2008/2009: www.do-xs.de/ on_tour_termine.html

Filmfestival Münster
MÜNSTER. Vom 7. bis 11. Oktober 2009 setzt das Filmfestival Münster erneut seinen Schwerpunkt auf die Förderung junger Talente. Für die Wettbewerbe

wurden über 500 Kurz- und mehr als 80 Spielfilme eingereicht. Der europäische, mit 7.500 € dotierte Spielfilmwettbewerb legt den inhaltlichen Fokus auf das Thema „Risiko". Der Kurzfilmwettbewerb bietet eine Entdeckungsreise in die aktuelle deutschsprachige Filmkunst quer durch alle Genres. Einen Einblick in das Filmschaffen der niederländischen Nachbarn gibt die Reihe „film|spiegel", im Schulprogramm für Jugendliche wird der Begriff „Courage" reflektiert. Infos: www.filmfestival.muenster.de.

Viral Video Award
BERLIN. Beim internationalen Kurzfilmfestival interfilm Berlin vom 3. bis 8. November werden die besten Virals und Internetfilme prämiert. Der von interfilm Berlin und der PR-Agentur Zucker.Kommunikation ausgelobte Viral Video Award ist der erste Wettbewerb für virale Filme auf einem deutschen Filmfestival in Deutschland. Das Publikum kann die eingereichten Filme vom 5. Oktober bis 5. November im Internet ansehen und mittels eines Online-Votings für den Award vorschlagen. Zwei Gewinnerfilme werden auf dem Festival am 6. November mit dem Viral Video Award prämiert.
Voting: www.viralvideoaward.com.

DOK Leipzig
LEIPZIG. Das größte deutsche und zweitgrößte europäische Dokumentarfilmfestival präsentiert seinem Publikum vom 26. Oktober bis 1. November erneut die besten neuen Animations- und Dokumentarfilme aus über 50 Ländern. Parallel gibt es Branchenangebote für Regisseure, Produzenten, Redakteure, Verleiher, Vertriebe, Journalisten und den dokumentarischen Nachwuchs. „DOK Industry" vernetzt Filmemacher, Produzenten und internationale Experten, finanziert Filmideen, fädelt Koproduktionen ein und stellt fertige Filme Festivalprogrammierern, Verleihern, Vertrieben und Fernseheinkäufern vor. Der mit 1.500 € dotierte ver.di-Preis wird auch in diesem Jahr wieder unter den Teilnehmern des Deutschen Wettbewerbs vergeben. Erstmals wird in Zusammenarbeit mit der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) der „Healthy Workplaces Film Award" vergeben. Akkreditieren für DOK Leipzig können sich alle im Bereich Film oder Medien Tätigen für 50 €. Informationen und Programm: Dok Leipzig, Dr. Christoph Peters, Fon: 03 41 / 308 64 – 16, E-Mail: peters@dok-leipzig.de, Internet: www.dok-leipzig.de.

Rundfunk

Mein 9. November!
BADEN-BADEN. Der 9. November 1989 gilt als das entscheidende Datum der jüngeren deutschen Geschichte. Die SWR2-Feature-Redaktion schreibt zum Mauerfall vor 20 Jahren einen Wettbewerb für freie Autoren aus. Teilnehmer können bis 15. Oktober O-Töne und Features bis zu zehn Minuten Länge in das Radio- und Internetportal www.swr2.de/dokublog einstellen. Gesucht werden private Tondokumente, persönliche Erinnerungen, Reportagen und Zeitzeugen-Gespräche zum Thema „Mein 9. November". Autoren dürfen das im Dokublog gesammelte Material weiterverwenden, um neue Kurz-Features zu produzieren. Das ausgezeichnete Hörstück wird am 4. November um 22.05 Uhr in der Sendung „SWR2 Feature: Mehrspur" gesendet und honoriert. Zudem erhält der Siegerautor ein Produktionsstipendium für ein 55-minütiges Feature.
Informationen: Oliver Kopitzke, Fon: 072 21 / 929 – 38 54, E-Mail oliver.kopitzke@swr.de, www.swr.2.de/dokublog.

Fotografie

Workshops für Fotojournalisten
HAMBURG. Ein Workshop für Fotojournalisten in Hamburg vermittelt am 31. Oktober / 1. November in Theorie und Praxis die nötigen Fertigkeiten zur Erstellung von kurzen Slideshows für Websites. In dem zweitägigen Kurs erstellen die Teilnehmer eine eigene Kurzreportage in Ton und Bild. Interviewtechniken werden ebenso vermittelt wie das Wissen, welche Art der Fotografie für diese Erzählform notwendig und geeignet ist. Fototrainer: Stefan Sobotta (DGPh, Freelens), Kursgebühr: 450 Euro inkl. Verpflegung. Kontakt: Stefan Sobotta, Fon: 053 26 / 99 68 08, Internet: www.stefan-sobotta.de.

Magnum In Motion
BERLIN. Der Name „ Magnum" steht für qualitativ hochwertigen Fotojournalismus. Magnum In Motion (MIM) wurde 2004 als digitales Multimedia Studio von Magnum Photos in New York gegründet. Ein Workshop an der Berliner Neuen Schule für Fotografie unter der Leitung von MIM's Lead Producer Adrian Kelterborn bietet vom 2. bis 6. November Einblick in die Geschichte und den modus operandi von MIM sowie detaillierte Analysen und Hintergrundinformationen. Die Teilnehmer lernen Techniken der Multimediaproduktion und entwickeln eigene präsentationsreife multimediale Fotoessays. Preis: 600 €, Anmeldeschluss: 10. Oktober. Neue Schule für Fotografie, Barbara Schneider, Fon: 030 / 28 04 68 62, E-Mail: info@neue-schule-berlin.com, Internet: www.neue-schule-berlin.com.

Varia

EU hautnah
BONN/BRÜSSEL. Die JournalistenAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung lädt zum Hospitanzprogramm „Einblicke in die EU-Politik„ nach Brüssel ein, vorgeschaltet ist ein Einführungsseminar „Akte Europa" in Bonn. Vom 6. bis 13. November besuchen die Teilnehmer EU-Institutionen, führen Gespräche mit Pressereferenten und diskutieren mit EU-Parlamentariern und Korrespondenten. Teilnahmebeitrag: 300 € inkl. Unterkunft/Frühstück; Fahrtkosten können erstattet werden. Anmeldeschluss: 25. September. Informationen: Friedrich-Ebert-Stiftung, JournalistenAkademie, Fon: 02 28 / 883 71 24, E-Mail: journalistenakademie@fes.de, Internet: www.fes.de/journalistenakademie/common/pdf/Programm_Int_Hospiprogramm.pdf.

JugendMedienEvent
MAINZ. Die Junge Presse e.V. veranstaltet vom 8. bis 11. Oktober mit dem ZDF und weiteren Partnern das JugendMedienEvent, das 500 medienbegeisterten Jugendlichen Einblicke in die Medienwelt bietet. Gemeinsam mit Profi-Journalisten verbringen junge Medienmacher zwischen 14 und 27 Jahren vier Tage auf dem Sendegelände der größten Fernsehanstalt Europas. Unter dem Motto „Zukunft.Medien.Vision" werden sie theoretisch geschult und erstellen eigene Medienbeiträge. Informiert wird über Ausbildungswege, Berufschancen und technische Innovationen. Zudem gibt es Redaktionsbesuche, Diskussionsrunden und mehr als 60 Medienworkshops. Kontakt: Junge Presse e.V., Marcus Hammes, Fon: 01 76 / 238 15 113, E-Mail: m.hammes@junge-presse.de, Internet: www.jugendmedienevent.de.

Journalistenlehrgänge
MÜNCHEN. Die Journalistenschule Hooffacker startet im Herbst zwei Medienlehrgänge: Am 9. Oktober beginnt der berufsbegleitende Lehrgang „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit klassisch

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke
Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)
Tel: 030 / 255 94 – 150
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: blum@nwmd.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 14 gültig ab 1.1.2009
M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier" verantwortlich: Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 08 / 09.2009: 22.8.2009
M 10.2009: 1.10.2009
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

und online". Im Blended-Learning-Verfahren geht es hier vor allem darum, Presseinformationen für das Internet und für Neue Medien zu konzipieren, zu schreiben und zu gestalten, auch wird die Gestaltung von Printmedien und Events als Bestandteil des Aufgabengebiets von Presse- und Öffentlichkeitsreferenten vermittelt. Der Kurs endet am 27. Juni 2010 und kostet 3.500 €, dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt. Der Lehrgang „Online-Journalismus" beginnt am 26. Oktober 2009 und vermittelt in sechs Monaten Vollzeitunterricht alle notwendigen Kenntnisse zum Recherchieren, Texten, Gestalten, Publizieren für Online-Medien.Infos: Stiftung Journalistenakademie Dr. Hoffacker, Fon: 089 / 167 51 06, E-Mail: info@journalistenakademie.de, Internet: www.journalistenakademie.de.

Medienkongress für Gründerinnen
HANNOVER. Hat die Krise die Medienbranche fest im Griff? Nein, meint Gründerinnen-Consult Hannover, ein Bereich der hannoverimpuls GmbH, noch gebe es viele Chancen. Ein Kongress am 23. Oktober will Medienfrauen Mut zur Selbstständigkeit machen. In Foren, Vorträgen und einem Wissenscafe erfahren Gründerinnen und Freiberuflerinnen wie sie Überblick über Zahlen gewinnen, Honorare kalkulieren und durchsetzen oder Strategien für neue Kundschaft entwickeln. Im Mittelpunkt stehen praxisorientierte Themen. Mehr als 20 Aussteller, darunter auch ver.di, stehen für Informationen und Einzelfragen zur Verfügung. Die Teilnahme kostet inkl. Verpflegung und Kinderbetreuung 20 €. Anmeldeschluss: 11. Oktober. Kontakt: Gründerinnen-Consult Hannover, hannoverimpuls GmbH, Fon: 05 11 / 92 40 01 20 E-Mail: info@gruenderinnenconsult.de, Internet: www.gruenderinnenconsult.de.

Grenzgänger-Recherchen
BERLIN. Die Robert Bosch Stiftung und das Literarische Colloquium Berlin unterstützen Autoren bei den Recherchen für Veröffentlichungen, die Mittel- und Osteuropa oder China als Thema grenzüberschreitend und für ein breites Publikum aufbereiten. Willkommen sind literarische und essayistische Prosa, Fototextbände, aber auch andere Formen wie Drehbücher für Dokumentarfilme und Hörfunkbeiträge. Dotierung: 2.000 bis 10.000 € je nach Rechercheaufwand. Bewerbungsfrist: 31. Oktober. Kontakt: Literarisches Colloquium Berlin e.V., Inga Niemann, Fon: 030 / 81 69 96 64, E-Mail: niemann@lcb.de, Internet: www.bosch-stiftung.de.

leute

Dirk Augele, früher Leiter der Zentralen Online Redaktion Zeitungen beim Axel Springer Verlag, übernimmt die neu geschaffene Position des Online-Chefs der Zeitschriften SuperIllu und Guter Rat (Burda).

Der Kameramann **Michael Ballhaus** wird Co-Leiter der Kameraabteilung des Studiengangs Film an der Hamburg Media School (HMS).

Mathias Brüggemeier, bislang stellv. Chefredakteur von Focus Schule (Burda), folgt als Chefredakteur auf **Gaby Miketta**, die als Chefredakteurin des Magazins Das Haus **Ursula Gräfin Lambsdorff** ablöst.

Annika de Buhr, bisher u.a. Moderatorin von ZDF-Nachrichtensendungen, wird die NDR-Fernsehsendung „Niedersachsen 19.30 das Magazin" moderieren.

Mercedes Bunz, zuletzt Chefredakteurin von Tagesspiegel.de, wechselt zum Londoner Guardian.

Hans-Martin Burr, Chefredakteur von Computer Bild, übernimmt zusätzlich die redaktionelle Gesamtverantwortung für Computer Bild Spiele und Audio Video Foto Bild. Deren bisheriger Chefredakteur **Frank Surholt** wechselt in die Berliner Bild-Redaktion.

Dr. **Christiane Düts**, bislang Referentin der Geschäftsführung der Freitag Mediengesellschaft mbH & Co KG, rückte zur Verlagsleiterin auf.

Roland Freund, derzeit Leiter der dpa-Wirtschaftsberichterstattung aus den USA, wird zum 1. Januar 2010 als Leiter des dpa-Hauptstadtbüros und zugleich Chef des Ressorts Politik Deutschland Nachfolger von **Martin Bialecki**, der Ende Oktober ausscheidet. In der Zwischenzeit leiten **Gerd Reuter**, Koordinator des Bundesteams, und **Jörg Blank**, Dienstleiter Politik Deutschland, das Berliner Büro kommissarisch. **Bialecki** übernimmt in der Nachfolge von **Sebastian Fischer-Jung** im November die Geschäftsführung der PR- und Public-Affairs-Agentur Plato Kommunikation.

Lothar Gorris, zuletzt Sportchef des Magazins Der Spiegel, löst als Leiter des Kulturressorts **Susanne Weingarten** ab, die eine Babypause einlegt. Für das Ressort Sport zuständig sind dann die Redakteure **Gerhard Pfeil** und **Michael Wulzinger**.

Raoul Hess, bislang Leiter Digitale Medien bei der Auto Bild-Gruppe und zuletzt auch für Sportbild.de zuständig, verlässt das Unternehmen, um sich selbstständig zu machen.

Peter Hummel, bisher stellv. Chefredakteur des Frauenmagazins Emotion (G+J), folgte als Chefredakteur auf **Bettina Wündrich**, die das Blatt verließ und sich selbstständig machte.

Sabine Ingwersen, zuletzt als freie Journalistin für die WAZ-Gruppe tätig, wurde stellvertretende Chefredakteurin bei Bild der Frau und Redaktionsleiterin von Frau von heute; die wöchentlich erscheinenden Titel werden von einer gemeinsamen Redaktion produziert.

Dr. **Bernhard Jünemann**, bisher stellv. Chefredakteur von Börse Online, verstärkt seit Juli das Deutsche Anleger Fernsehen (DAF).

Andrea Kaiser, Moderatorin beim DSF, gehört neben Johannes B. Kerner und Oliver Welke zum Moderatoren-Team des SAT.1-Fußballmagazins „ran".

Matthew Karnitschnig, zuletzt Chief M & A Reporter des Wall Street Journal, wurde deutscher Bürochef des Wirtschaftsblatts mit Sitz in Berlin. Dort ist auch **Vanessa Fuhrmans** als neue Unternehmensreporterin ansässig; **Brian Blackstone** berichtet über die Europäische Zentralbank aus Frankfurt.

Markus Kater, zuletzt Redaktionsleiter der Alfelder Zeitung, wurde Lokalchef der Nordsee-Zeitung.

Marc Koch, zuletzt Hörfunkkorrespondent im ARD-Studio Madrid, folgte als Chefredakteur der DW auf **Miodrag Soric**, der Leiter des DW-Studios in Washington wurde. **Soric** löste dort **Rüdiger Lentz** ab, der sich beurlauben ließ, um sich dem Museum für „German-American Heritage" in Washington DC widmen zu können.

Jutta Kramm, bisher Leiterin des Ressorts Politik/Tagesthema bei der Berliner Zeitung (Mediengruppe M. DuMont Schauberg), wurde stellv. Chefredakteurin des Blatts. **Brigitte Fehrle**, Mitglied der Chefredaktion, wurde zur Stellvertreterin des Chefredakteurs ernannt.

Thomas Kröter folgt als Leiter der Parlamentsredaktion des Kölner Stadt-Anzeigers auf **Sibylle Quenett**, die stellv. Chefredakteurin bei der Mitteldeutschen Zeitung wird.

Dirk Lübke, bislang Chefredakteur für die Zeitungsgruppe Lahn-Dill (Wetzlar), folgte als Chefredakteur der Goslarschen Zeitung auf die beiden Verleger **Klemens Karl** und **Philipp Krause**, die nach dem Ausscheiden von **Christian Otto** im Juli 2008 vorübergehend die Leitung des Blatts übernommen hatten.

Chefredakteurin **Heidi Mayrhofer**, Textchef **Chris Löwer** und Chefin vom Dienst **Luisa Gareis** verließen das Wohnmagazin H.O.M.E. (Verlag ahead media).

Personalien bei der SZ: **Alexander Gorkow**, bislang verantwortlicher Redakteur für SZ Wochenende, löste als Leiter des Ressorts Seite Drei **Peter Münch** ab, der Nahost-Korrespondent in Tel Aviv wurde. Er folgte auf **Thorsten Schmitz**, der als Reporter nach Berlin wechselte. **Andrea Bachstein**, bisher stellv. Ressortleiterin Seite Drei, löste als SZ-Korrespondentin in Rom **Stefan Ulrich** ab, der Korrespondent in Paris wurde. Sein Vorgänger **Gerd Kröncke** ging in den Ruhestand.

Christian Pfeil, der in München und Jena Programmkinos betreibt, und Daniel Sponsel, u.a. wissenschaftlicher Mitarbeiter der Dokumentarfilmabteilung der HFF München, folgen als Leiter des Münchner Dokumentarfilmfestivals auf **Hermann Barth**.

Ines Pohl, zuletzt Korrespondentin für die Mediengruppe Ippen in Berlin, löste als Chefredakteurin der taz **Bascha Mika** ab.

Gregor Poniewasz, bisher Redaktionsleiter von Gala.de, wurde Chefredakteur des Internetauftritts der Zeitschrift.

Ulf Poschardt, stellv. Chefredakteur der Welt am Sonntag, übernimmt zusätzlich die Herausgabe der Musiktitel (Rolling Stone, Musikexpress, Metal Hammer) des Medienhauses Axel Springer, die in die Welt-Gruppe eingebunden werden.

Anne Reidt, bislang stellv. Redaktionsleiterin des ZDF-„heute-journals", folgte als Leiterin auf **Jan Metzger**, der Intendant von Radio Bremen wurde.

Andrea Richartz, bisher stellv. Chefredakteurin der Magazine Viel Spaß, Freizeit Aktuell und Freizeit Magazin (Verlagsgruppe Stegenwaller / Burda),

löste als Chefredakteurin der drei Titel **Siegfried Sammet** ab, der das Unternehmen verließ.

Christian Rickerts, zuletzt Strategieberater bei der Unternehmensberatung Capgemini Consulting Deutschland, zuvor Geschäftsführer für gemeinnützige Hilfsorganisationen in Südosteuropa, folgte als Geschäftsführer der deutschen Sektion von Reporter ohne Grenzen (ROG) auf **Elke Schäfter**.

Claudia Rüggeberg-Bates, bislang Korrespondentin im ZDF-Studio Washington, wurde Leiterin des ZDF-Landesstudios in Bremen.

Karin Sarholz, bisher Leiterin der Präsentationsredaktion und des Programmdesigns beim WDR Fernsehen, wurde Leiterin der neu geschaffenen Abteilung Programmdesign und Multimedia.

Johannes Scherer, Moderator und Comedian, verlässt den Privatsender Hit Radio FFH und wechselt zum HR. Auch der bisherige Nachrichtenchef **Norbert Linke** scheidet aus, um sich als Berater und Coach selbstständig zu machen.

Jost Springensguth, bisher Chefredakteur der Kölnischen / Bonner Rundschau (M. DuMont Schauberg), verließ das Blatt, um in der Kommunikationsberatung tätig zu werden, u.a. für den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (CDU).

Andreas Terstiege, zuletzt Unternehmenssprecher der FR und zuständig für den Bereich Neue Märkte, wird stellv. Leiter des Hamburger Morgenpost Verlags.

Sebastian Voigt, zuvor u.a. bei den Jugendsendern planet radio und You FM sowie beim MDR tätig, folgte als Programmdirektor des Berliner Radiosenders 98.8 Kiss FM auf **Christian Schalt**, der Geschäftsführer bleibt.

Martin Wagner, bisher beim BR Leiter der Redaktion Politik, Studios Berlin und Ausland, löste als Leiter des Studios Franken in Nürnberg **Klaus Häffner** ab, der aus gesundheitlichen Gründen in den Vorruhestand trat.

Adrienne Woltersdorf, Sinologin und bisher Korrespondentin der taz in Washington, übernimmt zum 1. Dezember 2009 die Leitung der China-Redaktion der Deutschen Welle in Bonn.

preise

BLM-Hörfunk- und Lokalfernsehpreise der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien – eine Auswahl der Preisträger. Hörfunk / Aktuelle Berichterstattung & Information: **Michael Küster** (Radio IN, Ingolstadt). Kultur & Gesellschaft: **Anne Axmann** (Radio Charivari Regensburg); Anerkennungspreis: Dr. **Isabella Kreim** (Verein zur Förderung kultureller Belange der Region Ingolstadt). Unterhaltung & Comedy: **Wolfgang Subirge** (Radio Charivari Regensburg). Nachwuchs-Preis: **Timo Staudacher** (Donau 3FM, Ulm). Verkündigungspreis des Evangelischen Presseverbands für Bayern und des Sankt Michaelsbunds (3.000 €): **Uwe Schütz** (Radio AREF, Nürnberg). Fernsehen / Aktuelle Berichterstattung & Information: **Bernadette Schrama** (Fernsehredaktion der Diözese Würzburg / Sendereihe „Immer wieder sonntags"); Anerkennungspreis: **Jürgen Hofmann** (SAT.1 Privatfernsehen in Bayern). Kultur & Gesellschaft: **Kai Scherhans** (TV touring Würzburg). Sonder-, Spezial- oder Spartensendung: **Robert Schumann** und **Günther Wittmann** (Medienwerkstatt Franken e.V.); Anerkennungspreis: **Philipp Walulis** und **Benjamin Eimannsberger** (afk TV, München). Die Preise sind mit jeweils 3.000 € dotiert.

Der Deutsche Dokumentarfilmpreis wurde vom SWR, der MFG Filmförderung Baden-Württemberg und dem Stuttgarter Haus des Dokumentarfilms (HDF) dieses Jahr zum ersten Mal vergeben. Hauptpreis (20.000 €): **Erwin Wagenhofer** für „Let's Make Money" (Koproduktion ORF); Förderpreis des HDF (3.000 €): **Alexander Riedel** für „Draußen bleiben" (Koproduktion ZDF); Förderpreis der Stadt Ludwigsburg (2.000 €): **Volker Koepp** für „Holunderblüte" (Koproduktion RBB / MDR).

19. Deutscher Kamerapreis – Kinospielfilm: **Armin Franzen** für „KRONOS. Ende und Anfang" (ZDFtheaterkanal); Fernsehfilm / Dokudrama: **Christian Rein** für „Die zweite Frau"; Dokumentation: **Sophie Maintigneux** für „Die dünnen Mädchen" (ZDF / 3sat); Fernsehserie: **Jens Harant** für die Folge „Am Abgrund" der Serie „KDD – Kriminaldauerdienst" (ZDF); Kurzfilm: **Bernhard Keller** für „Polar"; Bericht / Reportage: **Jürgen Dahlhoff** für „Unsere Vertreibung 1968 – Der Weg der polnischen Juden"; Schnitt-Preis: **Silke Olthoff** für den Kurzfilm „Schautag"; Förderpreise (je 5.000 €): **Ingo Scheel** (Kamera) für den Kurzfilm „Loose Connection" und **Julia Keller** (Schnitt) für den Dokumentarfilm „Agridulce". Ehrenkameramann: **Joseph Vilsmaier**.

17. Deutsches Kinder-Medien-Festival „Goldener Spatz" in Erfurt und Gera / Preise der Jury des jungen Publikums – Minis: „Die Sendung mit der Maus: Herr Wehrli räumt auf" (WDR); Unterhaltung: „Die Sendung mit dem Elefanten: Kunst und Co." (WDR); Information / Dokumentation: „Moritz – Wäre cool, wenn sie ein Engel wird…" von **Simone Grabs** (Sendereihe „Stark!", ZDF tivi); Kurzspielfilm, Serie / Reihe: „Chatgeflüster" (Kurzfilmreihe KRIMI.DE, KI.KA); Animation: „Chicken Wings" von **Pauline Kortmann**; Moderator/-in (1.000 €): **Ralph Caspers** („Wissen macht Ah!", WDR); Darsteller/-in (1.000 €): **Alina Freund** („Hexe Lilli", WDR); Kino- / Fernsehfilm: „Hexe Lilli – Der Drache und das Magische Buch"; Regisseur des besten Kino- / Fernsehfilms (1.500 €): **Stefan Ruzowitzky**. Preise der Online-Jurys – Website: 1. kika.de, 2. tivi.de; Onlinespiel: „Karibuni – Willkommen in Afrika" (ZDF tivi). Preise der Fachjury – Vorschulprogramm: „Die Sendung mit dem Elefanten: Kunst und Co." (WDR); Drehbuch (3.000 €): **Matthias Schmidt** für „Höllenritt" (Regie: Martin Busker).

Deutsch-Polnischer Journalistenpreis 2009 – Presse: **Wlodzimierz Nowak** in Zusammenarbeit mit **Friederike Lippold** für „Auf der anderen Seite der Briefmarke" (Gazeta Wyborcza); Hörfunk: **Alicja Kulik** für „Am Anfang gab es nur einen Traum" (Polskie Radio Olsztyn); Fernsehen: **Tobias Gohlis** und **Martin Schöne** für „Marek Krajewski: Tod in Breslau" (Reihe „crime time", ZDFinfokanal). Die Preise sind mit je 5.000 € dotiert.

Der Deutsche Preis für Denkmalschutz wird vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz verliehen. Zu den diesjährigen Preisträgern gehört **Werner von Bergen**, Redakteur in der ZDF-Zentralredaktion Kultur und Wissenschaft sowie Moderator der Sendereihe „Bürger rettet eure Städte!", dem die „Silberne Halbkugel" zugesprochen wurde. Der Journalistenpreis ging an **Carola Wedel**, Kultur-Redakteurin des ZDF-Landesstudios in Berlin, für ihre Langzeitdokumentation über die Berliner Museumsinsel.

Der Felix-Rexhausen-Preis 2009 des Bundes Lesbischer und Schwuler JournalistInnen (BLSJ) ging zu gleichen Teilen (je 500 €) an **Christine Schön** für ihre O-Ton-Collage „Nachhall – Junge Lesben suchen nach ihrer Geschichte" (SWR2) und **Franz Stocker** für das Feature „Wenn Liebe nur finanzielle Nachteile bringt" (Welt am Sonntag). Einen Sonderpreis erhielt **Andreas Völlinger** für zwei Artikel im Internet-Magazin Comicgate.

5. Festival des deutschen Films in Ludwigshafen – eine Auswahl der Preisträger. Filmkunstpreis (50.000 €): **Friederike Jehn** (Buch und Regie) sowie die Produzenten **Alexander Funk**, **Michael Jungfleisch** und **Florian Rothenberger** für „Weitertanzen" (SWR); Publikumspreis: „Der rote Punkt" von **Marie Miyayama**.

9. Grimme Online Award für publizistische Qualität im Netz – Kategorie Information: Autorenblog „Carta" (carta.info); „Jens Weinreich-Blog" (jensweinreich.de); „ZDFParlameter" (parlameter.zdf.de). Kategorie Wissen und Bildung: „Design-Tagebuch" des Diplom-Designers **Achim Schaffrina** (designtagebuch.de); Kinder-Webangebot „zzzebra Netz" (labbe.de/zzzebranetz). Kategorie Kultur und Unterhaltung: Onlineportal zum Thema Spannungsliteratur „Krimi-Couch.de"; SWR-Kindernetzseite „Tom und das Erdbeermarmeladebrot mit Honig" (kindernetz.de/tom). Kategorie Spezial: „ByteFM – Webradio" (byte.fm). Publikumspreis: Website zur Kinder-Fernsehsendung (WDR) „Wissen macht Ah!" (wissenmachtah.de). klicksafe Preis für Sicherheit im Internet: das Online-Jugendmagazin der Verbraucherzentrale NRW „checked4you" und das „Medienkompetenz-Programm für einen sicheren Umgang mit Web 2.0" des Amtes für Soziale Arbeit Wiesbaden.

Dr. med. **Horst Gross** erhielt für seinen Beitrag „Zu Hause sterben – Ambulante Palliativmedizin zwischen Bürokratie und Gesundheitspolitik" (Deutschlandradio Kultur) den Medienpreis der Theodor Springmann Stiftung, der zum Thema „Gute Pflege für ein würdiges Altern. Wer sorgt dafür?" ausgeschrieben worden war.

Der Hessische Journalistenpreis wird von der Sparda-Bank (Frankfurt) getragen. Print – 1. Preis (3.000 €): **Georg Löwisch** für „Der Gewinner" (taz Berlin); 2. Preis (2.000 €): **Joachim Wille** für „Hessisches Staatstheater" (FR); 3. Preis (1.000 €): **Matthias Thieme** für mehrere Artikelserien (FR); Hörfunk (2.000 €): **Dirk Wagner** für „Das Match um die Macht" (HR); Fernsehen (2.000 €):

Philipp Engel für „Hessische Verhältnisse" (HR / ARD).

Internationales Natur- und Tierfilmfestival NaturVision 2009 – eine Auswahl der Preisträger. Internationaler Film – 1. Preis: „Mythos Wald" von **Jan Haft**; 2. Preis: „Elephants without Borders" von **Mike Holding**. Deutscher Film – 1. Preis (3.000 €): „Wildes Russland – Die Serie" (NDR) von **Henry M. Mix** u.a.; 2. Preis: „Wildes Russland – Das Abenteuer" (Making-of der Serie). Kamera – 1. Preis: „Mythos Wald"; 2. Preis: „Das Havelland" von **Christoph Hauschild**. Story – 1. Preis: „Wölfe auf dem Vormarsch" von **Holger Vogt**; 2. Preis: „Yak!" von **Jan Kerckhoff**. Filmpreis Bayern – 1. Preis (2.000 €): „Yak!"; 2. Preis: „Im Land der Höhlen, Felsen und Falken – Die Fränkische Schweiz" von **Jürgen Eichinger**. Sonderpreis der Jury: „Jagdzeit" von **Angela Graas**. Preis der Jugendjury: „Tableau Vivant of a better World" von **Marián Polák**. Publikumspreis: „Im Bann der Pferde – Marokko" von **Lisa Eder**. Kinderprogramm – 1. Preis: „Willi wills wissen – Wie schlau sind Tiere?" von **Martin Tischner**; 2. Preis: „Löwenzahn: Streuner auf samtigen Pfoten" von **Marc Andreas Borchert**.

Josef Joffe, Mitherausgeber der Wochenzeitung Die Zeit, wird u.a. für „sein außergewöhnliches Engagement für den transatlantischen Dialog und für das gegenseitige Verständnis zwischen Amerika und Deutschland" sowie „seine Freundschaft zu Israel" mit dem undotierten Scopus Award 2009 der Hebräischen Universität Jerusalem ausgezeichnet.

Journalistenpreis „Wildtier und Umwelt 2008" des Deutschen Jagdschutz-Verbands (DJV) – Fernsehen: **Simone Müller** und **Annegret Oster** für ihre Reportage „Schwarzkittel auf dem Vormarsch – Wildschweine in Deutschland" (ZDF. reporter); Hörfunk: **Wolf Renschke** für das Feature „Sauwohl im Maisfeld – Wenn Wildschweine zur Plage werden" (Deutschlandfunk); Print: **Tanja Laninger** für die vierteilige Serie „Wildschweinplage in Berlin" (Berliner Morgenpost). Die Preise sind mit je 5.000 € dotiert.

Alexander Kluge, Schriftsteller und Filmemacher, wird der mit 50.000 € dotierte Theodor-W.-Adorno-Preis 2009 verliehen, den die Stadt Frankfurt alle drei Jahre vergibt.

Harald Lesch, Professor für Astrophysik und ZDF-Wissenschaftsmoderator, wird zwei Mal ausgezeichnet. Er erhält den Deutschen IQ-Preis des Vereins Mensa in Deutschland e.V. für „seine Fähigkeit, naturwissenschaftliche Zusammenhänge unkompliziert zu vermitteln", und den Bruno-H.-Bürgel-Preis der Deutschen Astronomischen Gesellschaft für „hervorragende populäre Darstellungen neuerer Ergebnisse auf dem Gebiet der Astronomie".

Der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik wird von der gleichnamigen Stiftung vergeben. Die diesjährigen Hauptpreise (je 10.000 €) gehen an **Rainer Hank**, Ressortleiter Wirtschaft und Geld & Mehr bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, sowie an **Martin Wolf**, Mitherausgeber und Chefökonom der Financial Times (London). Die Förderpreise (je 5.000 €) erhalten **Sebastian Jost**, Redakteur bei der Welt und Welt am Sonntag, sowie **Philip Plickert**, Redakteur bei der FAZ.

Der Medienpreis „Bobby" der Bundesvereinigung Lebenshilfe ging an **Juliana Götze**, Schauspielerin mit Down-Syndrom, und ihre Teamkollegen für die Folge „Rosis Baby" der Krimiserie „Polizeiruf 110" (BR / ARD).

Die Medienpreise der Deutschen AIDS-Stiftung erhielten: **Peter-Philipp Schmitt**, Redakteur der FAZ, für seine „sachkundige und kontinuierliche Berichterstattung über HIV und AIDS"; **Christa Graf** (Regie) und **Roland Wagner** (Kamera) für „Memory Books – Damit du mich nie vergisst" (ARTE); **Ulrich Würdemann**, Initiator und Redakteur des Internetauftritts „Positiv schwul – Ondamaris" (ondamaris.de); **Gesa Dankwerth** und **Antía Martinez-Amor** für den Beitrag „AIDS – Wenn die Körperpolizei nicht mehr helfen kann" (Sendereihe „neuneinhalb – Nachrichten für Kinder", ARD). Das Preisgeld betrug insgesamt 15.000 €.

Wolfgang Müller erhielt für sein Hörspiel „Séance Vocibus Avium" (BR) den mit 12.500 € dotierten Karl-Sczuka-Preis 2009 für Hörspiel als Radiokunst, der vom SWR verliehen wird. Der Förderpreis wurde dieses Jahr nicht vergeben.

Der PHOENIX-Dokumentarfilmpreis wurde vom Sender PHOENIX und der Filmstiftung NRW erstmalig verliehen. Hauptpreis (10.000 €): **Judith Malek-Mahdavi** und **Jens Schanze** für die Langzeitreportage „Otzenrath 3 Grad kälter" (Koproduktion ZDF / 3sat / WDR). Förderpreis (25.000 €, verbunden mit einer Finanzierungshilfe von 75.000 €): **Marcel Ahrenholz** für die Projektidee „14 Arten, den Regen zu beschreiben".

Preise für Agrarjournalisten: **Friederike Krick** wurde in Texas für eine Reportage in der Zeitschrift NL Neue Landwirtschaft mit dem Star Prize of Agricultural Journalism 2009 ausgezeichnet. **Josef Berchtold** erhielt den IFAJ Star Prize of Agricultural Photography, **Klaus Strotmann** den IFAJ-Nachwuchsjournalistenpreis. Alle drei sind Mitarbeiter des dlv Deutschen Landwirtschaftsverlags.

Die Redaktion ZDF.umwelt erhielt den Nachhaltigkeitspreis 2009 (2.500 €) der Öko-Brauerei Neumarkter Lammsbräu in der Kategorie Medien.

Prof. **Markus Schächter**, Intendant des ZDF, wird mit dem Emmy(r) Directorate Award ausgezeichnet, der von der International Academy of Television Arts & Sciences in New York für „hervorragende Leistungen über einen langen Zeitraum im Bereich des internationalen Fernsehens" verliehen wird.

Starter-Filmpreise 2009 der Landeshauptstadt München – Nachwuchspreise (je 6.000 €): **Germán Kral** für den Dokumentarfilm „Der letzte Applaus – El último aplauso"; **Pia Strietmann** für den Kurzfilm „Aus dem Tritt"; ex aequo **Stefanie Brockhaus** für „Das Kind in mir" und **Pary El Qalquili** für „Ruhe im Kopf". Postproduktionspreis (6.000 €): **Michael Rentsch** für den Dokumentarfilm „Wir sind Papst – Marktl am Inn". Alle Preisträger sind Absolventen oder Studierende der HFF München.

Welt-Redakteur **Daniel Wetzel** erhält für „besondere Verdienste in der Berichterstattung über energiewirtschaftliche und energiepolitische Fragen" den mit 5.000 € dotierten Theodor-Wessels-Preis, der alle zwei Jahre vom Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln verliehen wird.

Johannes Willms, Kulturkorrespondent der SZ in Paris, wird „für außergewöhnliche Leistungen zur Belebung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Franzosen und Deutschen" der „Prix de l'Académie de Berlin" (20.000 €) verliehen.